

Noch nicht genehmigt

Protokoll 22

Stadtratssitzung

Donnerstag, 24.11.2022, 17.00 Uhr und 20.35 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Inhaltsverzeichnis

Traktandum	Seite
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr	1431
1 Frauenfussball-EM 2025; Verpflichtungskredit	1432
2 Gaswerkareal: Sanierung Gaskessel; Erhöhung Projektierungskredit für Gesamtsanierung sowie Baukredit für dringliche Massnahmen.....	1446
3 Aufwertung Hodlerstrasse; Abgabe Hodlerstrasse 6 im Baurecht an die Stiftung Kunstmuseum Bern	1448
4 Zentrales Dokumenten-Management-System für die Stadtverwaltung Bern; Investitions- und Verpflichtungskredit	1453
5 Grundstück 248/VI, Looslistrasse/Untermattweg, 3027 Bern: Kauf; Investitionskredit..	1454
Präsenzliste der Sitzung 20.35 bis 22.40 Uhr	1458
18 Kleine Anfrage David Böhner (AL): Wie hoch ist der Stromverbrauch des Rendez- vous am Bundesplatz (in kWh)?	1459
19 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger/Thomas Glauser, SVP): Kritische Fragen zur Preisgestaltung der EWB-Tarife und zum Eigendeckungsgrad des EWBs	1459
20 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger/Thomas Glauser, SVP): Verzicht auf die geplanten Auslaufftore beim Bueberseeli/Marzili aus Spargründen: Folgen für den Hochwasserschutz? Was für Mehrkosten drohen, wenn die Auslaufftore nun – entgegen der ursprünglichen Planung – neu nicht mehr im Trockenen, sondern im fliessenden Gewässer eingebaut werden müssen?	1460
5 Fortsetzung: Grundstück 248/VI, Looslistrasse/Untermattweg, 3027 Bern: Kauf; Investitionskredit	1460
6 Nydeggbrücke: Gesamtsanierung der Brückenoberfläche und der Brückenkonstruktion; Ausführungskredit; Kostenanteil der Stadt Bern (Abstimmungsbotschaft).....	1469
7 Haltestellenanpassung für Doppelgelenktrolleybusse der Linie 10; Projektierungs- und Ausführungskredit.....	1476
8 Geschäftsreglement des Stadtrats (GRSR); Teilrevision; Änderungsantrag des Büros des Stadtrats: Monatliche Auszahlung Sitzungsgeld (Art. 12 GRSR) und keine Papieraufgabe der Kleinen Anfragen (Art. 65 GRSR); 2. Lesung.....	1480
12 Motion Fraktion AL/GPB-DA/PdA+ (Mess Barry, parteilos/Daniel Egloff, PdA): Kinderfreundliche Velostadt Bern	1483

10 Fortsetzung vom 28.11.2022: Motion Fraktion SP/JUSO (Halua Pinto de Magalhães/Fuat Köçer, SP): Ganzjähriges Aktionsprogramm gegen Rassismus – Neuaufgabe der Aktionswoche gegen Rassismus zum zehnjährigen Jubiläum	1483
Verschobene Traktanden.....	1486
Eingänge	1488

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzend

1. Vizepräsident Michael Hoekstra

Anwesend

Yasmin Amana Abdullahi
Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Timur Akçasayar
Lena Allenspach
Katharina Altas
Ruth Altmann
Ursina Anderegg
Tom Berger
Nicole Bieri
Lea Bill
Laura Binz
Gabriela Blatter
David Böhner
Regula Bühlmann
Michael Burkard
Eva Chen
Francesca Chukwunyere
Dolores Dana
Milena Daphinoff
Sibyl Martha Eigenmann
Vivianne Esseiva
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Jemima Fischer

Sofia Fisch
Thomas Fuchs
Katharina Gallizzi
Lionel Gaudy
Franziska Geiser
Claude Grosjean
Lukas Gutzwiller
Bernadette Häfliger
Erich Hess
Thomas Hofstetter
Seraphine Iseli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Nora Krummen
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Simone Machado
Salome Mathys
Matteo Micieli

Szabolcs Mihalyi
Tanja Miljanovic
Dominic Nellen
Barbara Nyffeler
Halua Pinto de Magalhães
Simone Richner
Claudio Righetti
Mirjam Roder
Sarah Rubin
Michael Ruefer
Mahir Sancar
Judith Schenk
Florence Schmid
Sara Schmid
Chandru Somasundaram
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Michael Sutter
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Janosch Weyermann
Marcel Wüthrich

Entschuldigt

Mirjam Arn
Diego Bigger
Thomas Glauser

Ueli Jaisli
Kurt Rügsegger
Therese Streit-Ramseier

Bettina Stüssi
Manuel C. Widmer

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD
Reto Nause SUE

Michael Aebersold FPI
Franziska Teuscher BSS

Marieke Kruit TVS

Entschuldigt

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin
Anita Flessenkämper, Christine
Otis, Protokoll

Mago Flück, Ratsweibel
Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberi

Mitteilungen des Vorsitzenden

Vizestadtratspräsident *Michael Hoekstra*: Ich begrüsse Nadia Stucki, die heute das erste Mal anwesend ist. Sie ist die neue Geschäftsleiterin der Kommissionen FSU, PVS und AKO. Herzlich willkommen! Auch speziell willkommen heisse ich die Vertreter*innen des Gaskessels. Ich begrüsse Sie alle zur Sitzung 22 vom 24. November 2022, meinem zweiten Testlauf – der Hauptprobe – vor dem nächsten Jahr. Dementsprechend entschuldigt sich heute Manuel C. Widmer für die erste Sitzung.

Wir haben keine Rücktritte zu vermelden und kommen somit zu den Geburtstagen. Ich gratuliere Mahir Sancar, der nicht da ist, es soll trotzdem gelten. Ah doch, er ist da, er fehlt an der zweiten Sitzung. Diese Woche hatten Marcel Wüthrich am Montag und Lukas Wegmüller am Dienstag Geburtstag, herzliche Gratulation von meiner Seite.

Zu den weiteren Mitteilungen: Es freut mich, Ihnen mitteilen zu dürfen, dass wir insgesamt 2 722 Franken an die Human Front Aid gespendet haben. Dankeschön an die Leute, die sich beteiligt haben. Ein weiterer Dank geht an alle Teilnehmenden, die seitens des Stadtrats am Treffen mit der Bürgergemeinde und dem Amt für Umwelt teilgenommen haben, das von Mago Flück organisiert wurde. Herzlichen Dank von Seiten des Stadtratsbüros an Mago Flück für die Organisation, es war eine gute Sache.

Wie immer bitten wir Sie, das Badgen nicht zu vergessen, damit wir wissen, wer anwesend ist und wer nicht, damit es mit der Zeit- respektive Lohnabrechnung sauber funktioniert. Wie immer können dringliche Vorstösse bis um 21.00 Uhr und die übrigen Vorstösse bis um 21.30 Uhr eingereicht werden. Heute wenn möglich alle Anträge – vor allem die dringenden – bitte in der ersten Sitzung eingeben, damit Valentina Achermann es lernen kann.

Traktandenliste

Die Traktanden 16 und 17 werden gemeinsam behandelt.

1 Frauenfussball-EM 2025; Verpflichtungskredit

2022.SUE.000006

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat genehmigt für die allfällige Durchführung der UEFA Women's EURO 2025 in der Stadt Bern einen Verpflichtungskredit von 6,1 Mio. Franken zulasten der Erfolgsrechnung 2025 des Polizeiinspektorats (Dienststelle 230).
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Bern, 21. September 2022

Anträge

1. AL/PdA: Der Verpflichtungskredit für die Frauen-Fussball-EM 2025 in der Höhe von 6,1 Millionen Franken soll der Stadtberner Stimmbevölkerung freiwillig zur Abstimmung vorgelegt werden.
2. FDP/JF: Die Stadt Bern erhöht die Kapazität an Rasensportfeldern, um den steigenden Bedarf decken zu können.
3. GB/JA: Der Gemeinderat stellt sicher, dass auf das Jahr 2025 genügend zusätzliche Trainingskapazitäten geschaffen werden, um den Bedarf des FINTA-Fussballs in der Stadt Bern zu decken und das im Vortrag beschriebene Wachstum im Frauenfussball aufgrund der EURO 2025 aufzufangen.

4. GB/JA: Der Gemeinderat stellt sicher, dass die projektierten Gelder für Begleitmassnahmen Sport- und Bewegungsförderung vollumfänglich für die Förderung des FINTA-Sports verwendet werden.
5. GB/JA: Für jede Person, welche die Stadt als VIP einlädt, lädt sie auch ein Kind (inkl. Begleitperson) ein, welches sonst keine Möglichkeit hat, an ein Spiel zu kommen.
6. GB/JA: Der Anlass muss eine neutrale CO₂-Bilanz aufweisen. Von einer CO₂-Kompensation ausserhalb der Stadt Bern ist abzusehen.
7. Alexander Feuz, SVP: Es sei vom Gemeinderat sicher zu stellen, dass der Steuerzahler kein finanzielles Risiko eingeht und der Steuerzahler schliesslich auf ungedeckten hohen Kosten sitzen bleibt; dies weil z.B. die UEFA, der SFV und der Kanton nicht die erhofften Beiträge an die EM 2025 beisteuern.
8. Alexander Feuz, SVP: Es sei die Auflage zu machen, dass die Stadt Bern keine Verbindlichkeiten eingeht, bevor von Seiten der UEFA und der SFV namhafte Beträge gesprochen werden und verbindliche Zusagen über die Zuwendungen erfolgen, die bei deren Vorliegen das Geschäft für den städtische Steuerzahler weitgehend risikolos machen.
9. Alexander Feuz, SVP: Es sei die Vorlage nur unter der Auflage zu bewilligen, dass ab 1.4.2023 in sämtlichen städtischen Sportstädten und städtischen Institutionen wieder verbilligte Abendeintritte eingeführt werden; diese müssen um mindestens 40% gegenüber den Tageseintritten reduziert werden.
10. Alexander Feuz, SVP: Es sei der Kredit um 5 Millionen Franken zu kürzen
11. Alexander Feuz, SVP Eventualantrag: Es sei der Kredit um 2,5 Millionen Franken zu kürzen.
12. Alexander Feuz, SVP: Es seien nur die Kosten für die Bereitstellung des öffentlichen Grundes und die Bereitstellung weiterer Rasenflächen, d.h. total Fr. 800 000 zu bewilligen. Der Kredit sei entsprechend zu kürzen.
13. Alexander Feuz, SVP: Es seien die Kosten für die Begleitanlässe und Rahmenaktivitäten zu streichen und der Kredit entsprechend zu kürzen.
14. Alexander Feuz, SVP: Es seien die Kosten für die Gästebetreuung zu streichen und der Aufwand für Gäste- und Fanbetreuung um Fr. 300 000 zu reduzieren und der Kredit entsprechend zu kürzen.
15. Alexander Feuz, SVP: Es seien die Kosten für die Projektleitung und Organisationskomitee zu streichen und der Kredit entsprechend zu kürzen.
16. GB/JA: Der Beitrag der Stadt Bern an die UEFA-Frauenfussball-EM wird nicht durch Sparmassnahmen ausgeglichen. (Tischauflage)
17. GB/JA: Auch wenn die EURO 2025 nicht in die Schweiz kommt, werden im Budget der Stadt 1 000 000 CHF eingestellt zur Förderung des FINTA-Fussballs. (Tischauflage)

FSU-Sprecherin *Sibyl Martha Eigenmann* (Mitte): Ich habe immer gerne Fussball gespielt. Wir haben in der Schule jeweils an den sogenannten Schulcups teilgenommen und ein paar Jahre später haben wir sogar die Mittelschul-Schweizermeisterschaft gewonnen. Ich kann mich also Fussball-Schweizermeisterin nennen, auch wenn das bereits 20 Jahre her ist.

Meine Freundin und ich haben immer so gerne Fussball gespielt, dass wir mit 13 Jahren beschlossen haben, dem Fussballclub beizutreten. Ich bin in einem sehr kleinen Dorf aufgewachsen und das Dorf hatte keinen eigenen Fussballclub. Deshalb haben meine Kollegin und ich beschlossen, dass wir zum FC Uzwil gehen und dort dem Frauenteam beitreten. Ich habe mir gedacht, dass das super passt, mit einer Kollegin – mit 13 ist man ja noch ein bisschen scheu. Zu zweit in einem Team ist praktisch, man kann auch den Transport gemeinsam organisieren. So sind wir mit dieser Idee nach Hause gegangen.

Sie hatte drei ältere Brüder, die alle beim FC Uzwil Fussball spielten. Meine Eltern hat es eigentlich nicht gross gekümmert, sie fanden, wenn ich Fussball spielen wolle, dann soll ich

Fussball spielen. Aber die Mutter meiner Freundin fand, dass sie nicht Fussball spielen solle, das sei ein Männersport. Deshalb ging es nochmals drei Jahre, bis ich mit 16 Jahren dem Fussballclub beigetreten bin. Ich spielte dann über 15 Jahre Fussball, mal im FC, mal in der Alternativliga in Bern, dann wieder im FC, manchmal auch gar nicht, aber ich war dem Fussball immer verbunden. Umso mehr freut es mich, dass ich heute Abend das Geschäft vorstellen darf. Es geht um einen Verpflichtungskredit unter Vorbehalt – den wir heute hoffentlich durchwinken – von 6,1 Millionen Franken für die Frauenfussball-Europameisterschaft 2025. Was die Frauenfussball-EM ist, muss ich hier nicht erläutern, das gehört zum Allgemeinwissen. Der Verpflichtungskredit würde zulasten der Erfolgsrechnung 2025 fallen. Dieses «würde» ist der Tatsache geschuldet, dass es noch nicht garantiert und fix ist, dass die Schweiz auch wirklich den Zuschlag bekommt. Den Zuschlag würde Bern natürlich nicht alleine erhalten, sondern zusammen mit acht weiteren Schweizer Austragungsorten. Diese Vorgehensweise für einen Verpflichtungskredit unter Vorbehalt wurde gewählt, weil die UEFA erst Ende Januar entscheidet und dann müssten natürlich die Austragungsstädte und -länder ihre Kredite bereits gesprochen haben, nicht dass wir den Zuschlag bekommen, und im Nachhinein sagen müssen, dass wir das Geld eigentlich doch nicht haben oder nicht sprechen wollen. Das wäre ungünstig. Deshalb wird vom Schweizerischen Fussballverband (SFV) verlangt, dass wir bis Ende Oktober für die grundsätzliche Finanzzusage einen Parlamentsbeschluss haben. Jetzt ist Ende November und wir sind einen Monat zu spät. Aber wenn wir heute Abend das Geschäft einstimmig durchwinken können, dann ist das immer noch okay. Neben der Schweiz haben sich übrigens noch andere Nationen beworben: Frankreich, Polen, Ukraine und Skandinavien – das ist eine Viererkandidatur zusammen mit Norwegen, Schweden, Dänemark und Finnland. Es ist klar, dass aufgrund der politischen Rahmenbedingungen nicht alle diese Länder zum Zug kämen und die Schweiz mit ihren politisch stabilen Rahmenbedingungen sicher sehr weit vorne liegt bei der Auswahl. Auch was die Nachhaltigkeit betrifft besticht das Schweizer Dossier anscheinend sehr.

Klar festzuhalten ist, dass auch die Stadt Bern in ihrem Dossier sagt, dass sie den Fokus stark auf die Nachhaltigkeit legt, was für einen solchen Grossanlass sicher nicht falsch ist.

Bei einem Zuschlag Ende Januar durch die UEFA würde die Schweiz ein übergeordnetes nationales Konzept in Zusammenarbeit mit der UEFA, dem SFV, dem Bund, den Kantonen und den Austragungsstädten ausarbeiten. Der Bund selber und der Kanton haben noch keine Finanzierung gesprochen. Die nationalrätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur hat aber Ende Oktober eine Erklärung durchgewunken, damit sich der Bund oder eben der Nationalrat zugunsten der Durchführung und der Schweiz als Austragungsort der Frauen-EM 2025 ausspricht. Der Bund wird dann 2023 oder 2024 eine Art Rahmenkredit verabschieden. Er kann seine Zusage erst dann geben, wenn alle Budgets aller Austragungsorte beim SFV vorliegen. Das heisst, die Städte leisten eigentlich eine Vorfinanzierung, ausgehend vom Maximalbetrag.

Man muss hier klar festhalten, dass diesbezüglich noch gewisse Unsicherheiten bestehen. Das ist noch nicht alles in Stein gemeisselt, auch bezüglich Finanzierung. Nichtsdestotrotz müssen wir heute den Entscheid treffen, damit es in der Bewerbung und der Kandidatur überhaupt weitergehen kann. Warum will die Stadt Bern oder die Schweiz die Frauenfussball-Europameisterschaft austragen? Es ist ganz klar eine Chance für Bern, sich in diesem wichtigen Feld von Sportgleichberechtigung zu engagieren. Veranstaltungen zur Förderung von Mädchen- und Frauenfussball sind in diesem Kredit vorgesehen und das nicht zu knapp. Im Kredit dieser 6 Millionen ist rund eine Million Franken für die sogenannte Legacy vorgesehen, das heisst, für die Förderung von Frauen- und Mädchenfussball. Zum Vergleich: im gleichen Kredit sind nur 300 000 Franken für die Nachhaltigkeit eingeplant. Ein zweiter Grund ist sicher, dass es in der Stadt Bern eine Tradition hat. Die Stadt Bern ist eine Sportstadt, Sportkultur und Sportgrossanlässe werden hier grossgeschrieben. Diesbezüglich zu erwähnen sind

die Euro 08, die Eishockey-WM und die Kunstturn-EM. Alle diese Events haben für unsere Stadt einen Mehrwert und eine höhere Wertschöpfung generiert. Sie haben einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen, viel Freude bereitet und sind nicht zuletzt auch Pfeiler des Tourismus beziehungsweise von Bern Welcome. Das haben wir anlässlich der Behandlung der beiden Leistungsverträge von Bern Welcome und Bern Meetings & Events Ende Oktober gehört. Es liegt also ganz klar in der Strategie unserer Tourismusorganisationen verankert. Aus all diesen überzeugenden Gründen beantragt Ihnen die FSU, dem Verpflichtungskredit für die allfällige Durchführung der Frauenfussball EM 2025 zu Lasten der Erfolgsrechnung 2025 zuzustimmen, und das mit 0 Gegenstimmen.

Eva Chen (AL) zu Antrag 1 und für die Fraktion AL/PdA: Ich mache die Antragsbegründung und anschliessend noch das Fraktionsvotum.

Die Fraktion AL/PdA fordert, dass der Verpflichtungskredit für die Frauenfussball-EM in der Höhe von 6,1 Millionen Franken auch ohne Referendum der Stadtberner Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wird. In Zeiten von knappen Stadtfinanzen und grossen Sparbemühungen soll die Berner Stimmbevölkerung ein Mitspracherecht haben, ob man bereit ist, öffentliche Gelder für einen privaten Anlass auszugeben, der von einem milliarden schweren Verein wie der UEFA durchgeführt wird. Da aktuell sogar offen ist, ob das Gesamtbudget von der Berner Stimmbevölkerung angenommen wird, scheint es uns nur logisch, dass man bei einem Verpflichtungskredit – auch wenn er momentan noch hypothetisch ist – mitreden kann. Besonders wenn man dann sieht, wie man zum Beispiel probiert, einen ähnlichen Betrag mit einer neu eingeführten Feuerwehrabgabepflicht einzunehmen. Aber seis drum.

Zum Fraktionsvotum: Ich kann vorausschicken, dass unsere Fraktion dem Verpflichtungskredit nur zustimmt, wenn unser Antrag durchkommt. Vorweg möchte ich klar unterstreichen, dass sich unsere Skepsis gegenüber diesem Kredit nicht gegen Frauenfussball, sondern gegen die UEFA richtet. Grundsätzlich sind wir auch nicht dagegen, dass die EM in der Schweiz stattfinden kann. Wir sind aber der Meinung, dass ein kommerzieller, internationaler Sportanlass nicht mit städtischen Geldern mitfinanziert werden muss.

Zum Geschäft: Man kann lange probieren, das irgendwie als Zeichen eines feministischen Empowerments zu verkaufen. Das reicht uns als Hauptargumentation nicht. Wir sehen die Lösung nicht darin, eine teure Veranstaltung mitzufinanzieren und in einem Nebenprodukt Public-Viewings, Fanzonen und Veranstaltungen zur Förderung von FINTA-Fussball zu bewerben. Das sind super Vorhaben, um die Sichtbarkeit und die Begeisterung für Frauenfussball zu fördern und wir sind ganz klar dafür. Da die EM aber so oder so stattfinden wird, kann man sich das generell als Ziel setzen, ohne, dass man es an die Bedingungen des Austragungsortes Schweiz knüpfen muss.

Unbedingt sprechen wir uns dafür aus, dass, wenn die Stadt in Frauenfussball investieren will, man das via Förderung von lokalen Frauenteamen und Amateurrinnen machen kann. Auch dort gibt es dafür Bedarf. So könnte man nämlich nachhaltig in FINTA-Fussball investieren, ohne dabei auf direktem Weg die UEFA zu unterstützen. Apropos Gleichstellung: ein Blick auf die Mitglieder*innen des UEFA-Exekutivkomitees, das den Entscheid über die Vergabe trifft, ist auch sehr aussagekräftig. Sie sind dort so progressiv unterwegs, dass sie sogar eine Regelung haben, dass mindestens eine Frau Mitglied sein muss, und vielmehr sind es dann in der Umsetzung auch nicht. Solche Umstände und auch vergangene UEFA-Entscheide zum Beispiel betreffend LGBTIQ+ Solidaritätszeichen zeigen uns ganz klar, dass Gleichstellung oder allgemein Menschenrechte zumindest bei der UEFA keine Priorität einnehmen. Es ist irgendwie heuchlerisch, wenn in der Stadt Bern gross mit Nachhaltigkeitskonzept und FINTA-Förderung argumentiert wird. Spätestens vor dem Hintergrund der aktuellen WM ist es absolut klar, dass man die FIFA und die UEFA nicht mitfinanzieren darf. Es ist megaschade, dass die Gesamtheit des Fussballs so stark an diese Vereine gebunden ist und sich die Boykottie-

rung dieses Systems auch negativ auf den Sport und vor allem die Sportler*innen auswirkt. Aber es darf kein Ziel sein, dass man die gleichen Fehler und unsympathischen Sachen wie im Männerfussball duldet und mitträgt, um die Gleichbehandlung herzustellen.

Wir bestreiten nicht, dass ein solcher Grossevent auch sozial nachhaltige Möglichkeiten für die Stadt Bern bringen würde. Aber in Zeiten von FIFA-Boykottierung und grossen Budgetdebatten braucht es aus unserer Sicht hier die Zustimmung der Stimmbevölkerung.

Zu den restlichen Anträgen: Die Fraktion AL/PdA nimmt alle Anträge von GB/JA! und den Antrag der FDP an. Die Anträge 7 und 8 von Alexander Feuz nehmen wir als Fraktion an. Das heisst, wir gehen natürlich davon aus, dass da auch die Steuerzahlerinnen mitgemeint sind und nicht nur die Steuerzahler. Es gibt in unserer Fraktion unterschiedliche Meinungen, ob solche willkürlichen Kürzungen, wie sie in den restlichen SVP-Anträgen verlangt werden, sinnvoll sind. Folglich stimmen wir bei den nachfolgenden Anträgen von Alexander Feuz unterschiedlich ab. Ausser bei Antrag 13, den lehnen wir einstimmig ab.

Seraphine Iseli (GB) zu den Anträgen 3 bis 6, 16 und 17 GB/JA!: Wie der Gemeinderat im Vortrag sagt, geht er davon aus, dass der Frauenfussball durch die Frauenfussball-EM in Bern weiter an Beliebtheit gewinnen wird. Wir alle wissen, dass es bereits heute für Vereine schwierig ist, an genügend Spielfelder zu kommen. Wenn der Fussballsport gerade bei FINTA-Personen weiterhin an Bedeutung gewinnen will, braucht es genügend Rasenflächen. Natürlich für alle, aber eben auch für die neu entstehenden Frauen- und Mädchenteams, um die es ja in diesem Geschäft geht. Der Antrag 3 will darum den Gemeinderat in die Pflicht nehmen, bis 2025 genügend zusätzliche Trainingsplätze zu schaffen, so dass der FINTA-Fussball in der Stadt Bern wirklich wachsen kann und es nicht nur leere Worte bleiben, weil nicht genug Kapazitäten für zusätzliche Teams zur Verfügung stehen. Um die Förderung des FINTA-Fussballs geht es uns auch in Antrag 4. Es sind eine Million Franken für die Begleitmassnahmen, Sport- und Bewegungsförderung vorgesehen. Es wird aber im Vortrag nicht explizit gesagt, wofür diese eingesetzt werden sollen. Wir möchten mit dem Antrag sicherstellen, dass die Gelder dort eingesetzt werden, wo es eine nachhaltige Wirkung gibt oder wie es der Gemeinderat nennt, Massnahmen der Legacy beim Frauen- und Mädchenfussball.

Und wir konnten lesen, dass es dem Gemeinderat wichtig ist, den Frauen- und Mädchenfussball auch zu fördern, wenn die EM nicht nach Bern kommt. Und darum sind wir der Meinung, dass man die eine Million Franken unabhängig in die Förderung des FINTA-Sports stecken soll, egal ob die EM nach Bern kommt oder nicht. So kann der Gemeinderat zeigen, dass es ihm wirklich ein Anliegen ist, in FINTA-Sport zu investieren und dieser an erster Stelle steht und das Grossereignis Fussball-EM nur Mittel zum Zweck ist.

Antrag 5 soll ermöglichen, dass die Stadtberner Bevölkerung mehr als ein paar Fanzonen in der Stadt erhält. Mit dem Antrag könnten ein paar Kinder aus ärmeren Familien die EM-Spiele besuchen. Der Gemeinderat erwähnt in seinem Vortrag nebst der sozialen auch die ökologische Nachhaltigkeit und er sagt – ich zitiere –, dass er einen Fokus auf Nachhaltigkeit legen will. Für uns ist aber klar, dass alle Vorkehrungen getroffen werden müssen, damit es einen klimaneutralen Anlass gibt und keine Kompensationen ausserhalb der Stadt Bern getätigt werden.

Und der letzte Antrag 16 betrifft den Kredit selber. Der Gemeinderat schreibt, dass er im Rahmen der Finanzplanung Massnahmen treffen wolle, dass die Ausgaben von 6 Millionen Franken für das städtische Budget verkraftbar werden. Wir finden aber, die Gelder dürfen nicht irgendwo gespart werden, wo sie dringend gebraucht werden, und sollen darum nicht im Budget kompensiert werden.

Alexander Feuz (SVP) zu den Anträgen 7 bis 15: Wir haben gar nichts gegen die Frauen-EM, sogar Punkto Sicherheit wird diese sicher viel problemloser sein als eine andere EM, die je

nachdem eine gefährliche Zusammensetzung haben kann. Die Holländer damals waren ein Glücksfall. Noch zwei Vorbemerkungen: Meine Tochter spielt gerne Fussball und ist offenbar auch talentierter als der Vater. Von dem her habe ich durchaus Affinitäten. Die Stadt Bern aber ist klamm und hat kein Geld für verbilligte Abendeintritte in die Ka-We-De oder andere Sportstätten, will aber hier mit der grossen Kelle anrichten. Wir haben einen Hansjörg Wyss, der Kontakt zum Kunstmuseum hat. Ihm zuliebe schränkt man sogar den Verkehr auf der Hodlerstrasse ein. Dieser Herr konnte mit einem anderen solventen Kollegen und Milliardär den FC Chelsea für 5,5 Milliarden Franken kaufen. Für ihn wäre das doch ein Griff in die Portokasse gewesen, wenn er ermöglicht hätte, die Gelder der UEFA sicherzustellen, damit man es bekommt. Aber nein, das Risiko soll der Steuerzahler der Stadt Bern tragen. Ich habe relativ wenig Sympathien für die UEFA. Ich sage nichts zu Herrn Infantino von der FIFA, aber es sind die gleichen Leute. Wenn man da mit der grossen Kelle anrichtet, ist das der falsche Ansatz. Von der Vertreterin der Fraktion AL/PdA wurde es richtig gesagt: Uns droht eine Feuerwehrabgabe und andere Sachen, hier aber will man das Geld einsetzen. Oder der FC Breitenrain, wenn wir etwas für den Breitensport machen wollen, dort wäre das möglich. Aber nein, man will sich hier profilieren. Es sind nationale Wahlen und einige Leute nutzen das hier als Podium. Man kann sich mit Steuergeldern profilieren, wie früher im alten Rom, Brot und Spiele. Also für mich ist das absolut der falsche Weg. Ich bin der Meinung, man muss hier etwas anderes machen. Es hätte Möglichkeiten gegeben, wenn man den Vertrag anschaut. Darauf komme ich noch zurück. Ich halte dem Gemeinderat immerhin zugute, dass man die Sache offenlegt, aber wenn man dermassen klamm ist, darf man hier nicht so argumentieren. Es wurde vorher zu Recht gesagt, und ich nehme die Kritik entgegen, ich habe das auch so aufgefasst bei diesen Anträgen. Da bin ich grosszügig. Wenn Sie einen der Kürzungs- oder Eventualkürzungsanträge annehmen, ziehe ich die anderen Anträge zurück. Das kann ich hier und jetzt schon sagen. Wieso ich dort kürzen will, kann ich Ihnen sagen: Ich will nicht, dass der Stadtberner Steuerzahler die UEFA delegiert – ich muss aufpassen, dass ich mich nicht strafbar mache mit einer heiklen Aussage – und sich dem Verdacht aussetzt, dass das Geld für eine Couvertaktion gebraucht werden könnte. Eines muss ich der UEFA zugutehalten, ich habe kein Couvert bekommen.

Zu den Anträgen, die ich bereit bin, gegebenenfalls zurückziehen. Der erste, Antrag 7, verlangt, dass der Gemeinderat sicherstellt, dass der Steuerzahler kein finanzielles Risiko eingetht und nicht auf ungedeckten, hohen Kosten sitzen bleibt. Dies, weil zum Beispiel die UEFA, der SFV oder der Kanton nicht die erhofften Beiträge an die EM beisteuern. Im Vortrag steht, dass die Höhe unsicher ist. Es ist unklar, ob man effektiv bezahlt. Die UEFA- und die FIFA-Juristen sowie die anderen Sportjuristen sind relativ gewieft. Wie häufig haben wir den Fall, dass irgendein Austragungsort der Olympiade oder eines anderen Wettkampfes noch immer Schulden abbezahlt und die grossen Verbände die Fernsehrechte und die Werbeeinnahmen einkassiert haben. Der Veranstalter kann dann im Winter schauen, ob er mit dem Verkauf von Glühwein über die Runden kommt. Das ist für mich ein falscher Ansatz. Darum haben wir den Antrag 7 gestellt. Wir haben auch den Antrag 8 gestellt, bei dem ich sehr froh bin, dass er unterstützt wird: Es sei die Auflage zu machen, dass die Stadt Bern keine Verbindlichkeiten eingetht, bevor von Seiten der UEFA und des SFV namhafte Beträge gesprochen und verbindliche Zusagen über Zuwendungen erfolgt sind. Wenn diese vorliegen, wäre das Geschäft für den städtischen Steuerzahler weitgehend risikolos. Aber es kann nicht sein, dass wir irgendwelche Verpflichtungen mit Caterern eingehen und dann schlussendlich auf den Kosten sitzen bleiben. Die UEFA hat ihre Möglichkeiten, dass die EM trotzdem stattfindet, und der Berner Steuerzahler kommt zum Handkuss.

Zum Antrag 9: Ich setze mich für den Breitensport ein. Hier bin ich konsequent, wenn der Antrag nicht durchkommt, lehne ich das ganze Geschäft ab. Es sei die Vorlage nur unter der Auflage zu bewilligen, dass ab 1. April in sämtlichen städtischen Sportstätten und gleichzeitig

auch in anderen städtischen Institutionen – zum Beispiel in den städtischen Museen – wieder verbilligte Abendeintritte eingeführt werden. Diese habe ich noch ein bisschen präzisiert. Nicht, dass die Stadt sie um 5 Prozent günstiger macht. Sie müssen gegenüber den Tageseintritten mindestens 40 Prozent reduziert werden. Für mich ist das eine entscheidende Bedingung: Entweder man macht etwas für den Breitensport und setzt sich dafür ein oder man lässt es bleiben.

Zum Antrag 10: Das ist ein bisschen der Holzhammer. Ich verlange, dass der Kredit um 5 Millionen Franken gekürzt wird. Wenn man einzeln betrachtet, wofür man das Geld ausgibt, für Begleitaktivitäten und Rahmenaktivitäten, bin ich der Meinung, dass das auch ein Sponsor übernehmen könnte. Ich bin der Meinung, da muss man kürzen. Es gibt noch einen Eventualantrag. Wenn Sie das schon bewilligen, geht es auch mit weniger. Ich habe Ihnen Beispiele genannt, wo Sie vielleicht Geld holen könnten, wie zum Beispiel bei Hansjörg Wyss, der für 5 Milliarden Franken den FC Chelsea gekauft hat. Ich bin der Meinung, dass man dort sicher hätte anklopfen können. Vielleicht hätte es weniger Parkplätze gegeben oder was auch immer, ich dürfte die Verhandlungen besser nicht führen. Ich kann mich nicht delegieren lassen, sonst gibt es nichts. Aber es wäre ein Ansatzpunkt.

Weiter habe ich den Antrag 12 gestellt, der durchaus ein bisschen willkürlich ist, das gebe ich zu. Eigentlich sagen wir, dass nur die Kosten für die Bereitstellung des öffentlichen Grundes und von weiteren Rasenflächen zu bewilligen seien. Sie sehen, wir sind immer für neue Rasenflächen, an dem soll es bei mir nicht scheitern. Wenn man das gibt, kann ich damit leben.

Antrag 13 zu den Begleitanlässen und Rahmenaktivitäten: Ich habe das Gefühl, da geht es wiederum um Dinge für Herrn Infantino und die anderen Herren, die nach Bern kommen. Ähnlich wie bei der Gästebetreuung stellt man dann wahrscheinlich einen Maserati oder einen Ferrari zur Verfügung und führt irgendwelche Superevents durch. Ich habe hier meine grössten Zweifel und es ist nicht die Sache des bernischen Steuerzahlers. Darum habe ich dort willkürlich etwas genommen. Diese Anträge kann ich zurückziehen, wenn Sie die anderen Kürzungsanträge annehmen. Bei der Gästebetreuung und der Fanbetreuung differenziere ich. Bei der Gästebetreuung sehe ich das grosse Risiko, dass gewisse Herren umworben und bewirtet werden, alles auf Kosten des bernischen Steuerzahlers. Darum habe ich dort einen Kürzungsantrag gestellt. Ebenfalls habe ich das Gefühl, dass es wieder ein schönes Geschäft oder Gegengeschäft gibt. Insbesondere, wenn man die Zusage schlussendlich nicht erhält. Ich schliesse nicht aus, dass die Stadt Bern für irgendwelche Planungen viel Geld ausgibt. Ich erinnere an die UCI Road & Para-Cycling World Championships 2024, die man hätte durchführen wollen. Auch dieses Vorhaben habe ich bekämpft. Auch da kann man durchaus geteilter Meinung sein. Ich habe durchaus Verständnis, wenn Sie sagen, dass eine gewisse Willkür dabei ist. Ich will irgendwo ansetzen und erklären, warum ich eine Kürzung will. Ich bin kein Freund der UEFA. Ich habe hier grösste Bedenken und es ist nicht Sache des bernischen Steuerzahlers für einen Privatevent zu bezahlen. Man hat schon gewisse Leute gesehen, die sich sehr stark machen, damit diese Sache durchkommt. Mir geht es um den Berner Steuerzahler. Mir geht es um den Breitensport und darum werde ich persönlich auch den Antrag der Fraktion AL/PdA unterstützen, dass man das in einer Volksabstimmung dem Stimmvolk unterbreitet. Wie gesagt, ich war grosszügig. Wenn ich einen Nichteintretensantrag gestellt hätte, dann wäre das Geschäft bereits hier erledigt. Ich stimme auch dem Antrag von Tom Berger zu, dieser geht ebenfalls in die richtige Richtung. Ich danke allen, die unsere Anträge unterstützen. Das Fraktionsvotum hält Thomas Fuchs. Wir haben Stimmfreigabe.

Fraktionserklärungen

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Fussball ist schon lange nicht mehr einfach ein Sport, es ist ein Politikum. Als solches müssen wir ihn anschauen. Die GFL/EVP-Fraktion sieht einen solchen Event als grosse Chance und hofft, dass die Schweiz und somit auch

Bern als Gastgeberinnen gewählt werden. Und natürlich begrüßen wir sehr, dass der Fokus auf die Nachhaltigkeit gelegt wird. Aus der Fraktion ist aber zu einem Punkt noch ein Hinweis gekommen, der in der Präsentation des SFV steht. Darin steht: «Wir sind ein nachhaltiges Land, ökonomisch wie ökologisch.» Das geht nun wirklich unter Greenwashing. Wir hoffen sehr, dass die Stadt Bern nicht dem Greenwashing verfällt, sondern anerkennt, dass wir Punkte Nachhaltigkeit noch einiges besser machen könnten. So ein Grossanlass ist per se nicht ökologisch. Da muss man einfach ehrlich sein. Wir begrüßen es sehr, dass die Wichtigkeit des Themas erkannt wurde und dass Anstrengungen unternommen werden, um den Anlass so ökologisch wie möglich durchzuführen und hoffen, dass es dann wirklich ernstgenommen wird. Deswegen nehmen wir auch den Antrag der Fraktion GB/JA! an, der verlangt, dass das CO₂ in der Stadt Bern kompensiert wird.

Bekanntlich basiert aber das Prinzip der Nachhaltigkeit auf drei Säulen: Umwelt, Wirtschaft und Soziales. Häufig ist es dann auch da situationsabhängig, welche Säule man mehr gewichtet. Wie gesagt, ist der Anlass vor allem hinsichtlich der ökologischen Sphäre alles andere als nachhaltig. Aber zur sozialen Nachhaltigkeit kann der Anlass durchaus etwas beitragen und zwar in Bezug auf eine gesellschaftliche Nachhaltigkeit. Damit wir zu echter Gleichberechtigung kommen, muss diese in allen Lebensbereichen stattfinden und da gehört halt der Sport auch dazu. Fussball ist natürlich nur ein Bereich, aber ein Bereich, der die Ungleichbehandlung ziemlich deutlich macht. 1989 hat die deutsche Frauennationalmannschaft für das Gewinnen der Weltmeisterschaft als Preis ein Kaffeeservice bekommen.

Ganz so schlimm ist es zum Glück nicht mehr, aber als ich noch Fussball gespielt habe, hatten wir die Matches jeweils um 8 Uhr morgens, weil die guten Zeiten für die Jungs reserviert waren. Oder wir haben die abgetragenen Trikots der Jungs erhalten, weil das Budget nicht mehr gereicht hat, um uns auch neue zu besorgen. Frauenfussball könne man eh nicht ernstnehmen, hat es nachher immer geheissen. Wenn eine Frau Fussball spielte, wurde sie im besten Fall als Mannsweib oder mit anderen sexistischen, homophoben Kampfausdrücken betitelt, die ich hier nicht wiederholen will. Umgekehrt gingen natürlich «echte Männer» Fussball spielen, was das auch immer heissen mag. Der Kampf gegen Sexismus und Homophobie im Fussball ist somit unweigerlich auch ein gesellschaftlich-politischer Kampf für Frauen- und LGBTQ-Rechte.

Und überhaupt: Wieso spricht man meistens von Frauenfussball, bei den Männern aber einfach von Fussball? Es sind Frauen, die Fussball spielen, es ist nicht Frauenfussball. Es ist die gleiche Sportart. Um dieses verstaubte Rollenverständnis, das im Fussball herrscht, in den Köpfen endlich einmal umzukehren, braucht es solche Anlässe mit einer grossen Strahlkraft. Die EM in England hat es vorgemacht und in ganz Europa eine richtige Euphorie ausgelöst. Endlich liefen die Spiele der Frauen zur Prime-Time und nicht irgendwann am frühen Nachmittag. Die Einschaltquoten haben Rekordhöhe erreicht und das Finale war mit 90 000 Zuschauer*innen ausverkauft. Vielleicht ist die Begeisterung aber auch so gross, weil es noch nicht ganz so kommerzialisiert ist wie bei den Männern. Hoffen wir, dass es so bleibt. Die Schweiz und somit auch die Stadt Bern soll auf dieser Welle mitreiten und wir sind überzeugt, dass die Stadt Bern eine vorbildliche Gastgeberin abgeben wird. Und weil wir darauf vertrauen, dass die Stadt Bern eine vorbildliche Gastgeberin sein wird, lehnen wir auch die restlichen Anträge der Fraktion GB/JA! ab, nicht, weil wir inhaltlich nicht damit einverstanden wären. Den Antrag der Fraktion AL/PdA lehnen wir ebenfalls ab. Auch hier würden wir es grundsätzlich sehr begrüßen, wenn die Bevölkerung darüber abstimmen könnte, aber leider sind wir mit dem Geschäft so spät dran, dass wir befürchten, dass es dann zu spät wäre, wenn man noch eine Volksabstimmung machen würde, weil der Vergabeentscheid schon im Januar gefällt werden soll. Wir fänden es sehr schade, wenn deswegen eine solche Chance verpasst werden würden, je nachdem gerade für die ganze Schweiz.

Den Antrag der Fraktion FDP/JF unterstützen wir und die restlichen Anträge der SVP lehnen wir ab.

Laura Binz (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Ich halte hier das Votum von Lena Allenspach. Die Frauenfussball-EM in Bern hat einen ganz wichtigen Effekt. Sie erhöht die Sichtbarkeit von Frauen- und Mädchenfussball und fördert diesen, besonders mit dem eingeplanten Legacy-Projekt. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst das sehr. Es wäre dann auch völlig unverständlich, wenn man während der Euro 08 Gastgeber der Männerfussball-EM gewesen ist, die Frauenfussball-EM in Bern aber ablehnt. Gleichzeitig ist die SP/JUSO-Fraktion klar der Meinung, dass eine nachhaltige Förderung von Juniorinnen- und Amateurinnenfussball in der Stadt Bern gewährleistet sein muss und der Gemeinderat sich dafür einsetzen soll, dass insbesondere der Breitensport in der Stadt Bern gefördert und in die Infrastruktur investiert wird.

Wie vermutlich ein paar andere im Rat auch, hat Lena als Mädchen lange Fussball gespielt, nicht in Bern, aber beim FC Interlaken. Und ich gehe davon aus, dass sich seit ihrer bescheidenen Fussballkarriere nicht besonders viel verbessert hat. Schliesslich müssen auch die Profifussballerinnen nach einem Sieg am nächsten Tag wieder auf der Matte stehen und ihrem anderen Beruf nachgehen, weil die Gehälter bei den Frauenfussballerinnen schlicht nicht reichen. Die SP/JUSO-Fraktion hat jedoch insbesondere vor der angespannten finanziellen Lage der Stadt, aber auch generell Mühe damit, einen solchen Kredit zu sprechen, wenn dahinter ein Verein steht, der jeweils Gewinne in Milliardenhöhe macht und steuertechnisch bevorzugt wird.

Für die SP/JUSO-Fraktion überwiegen aber die positiven Aspekte für die Wertschöpfung der Stadt und für die Förderung von Mädchen- und Frauenfussball klar und in dem Sinne begrüsst die SP/JUSO-Fraktion, dass Bern Hostcity sein will, und stimmt dem Kredit zu. Hingegen ist für die Fraktion aber auch klar, dass Bund und Kantone einen wesentlichen Anteil an die Kosten leisten müssen. Zu den Anträgen 16 und 17: Wir konnten sie in der Fraktion nicht besprechen und darum kann ich jetzt hier auch nicht für die ganze Fraktion dazu Stellung nehmen.

Judith Schenk (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Ich habe nicht Fussball gespielt, aber Badminton. Aber ich freue mich trotzdem sehr, das Votum hier halten zu dürfen. Die GLP/JGLP-Fraktion unterstützt den vorliegenden Verpflichtungskredit, der unter Vorbehalt ist. Wir hoffen, dass die Schweiz den Zuschlag bekommt. Ich rede jetzt einfach mal für alle. Die vorliegenden Anträge lehnen wir alle ab. Ich gehe kurz auf den grossen Teil der Anträge ein. Mit Antrag 1 würden wir unsere eigene Kompetenz untergraben, also die Kompetenz des Stadtrats, und die Verwaltung beüben. Eine Volksabstimmung bis zum Entscheid der UEFA von Anfang des nächsten Jahres ist zeitlich gar nicht umsetzbar. Die Anträge 2 und 3 sind sachfremd und werden in anderen Geschäften bereits bearbeitet. Zum Antrag 4 werden die Begleitmassnahmen im Vortrag als Public Viewing und offizielle Fanzonen definiert. Die Forderung bräuchte sehr viel Denkarbeit und die GLP/JGLP-Fraktion ist nicht bereit, alle Nicht-FINTA-Personen auszuschliessen, und wir bräuchten da genauere Informationen des Gemeinderats dazu.

Der Antrag 5 ist eine gute Idee, der aber in der Planung, also zu einem viel späteren Zeitpunkt, gemeinsam mit allen Städten, dem schweizerischen Fussballverband und der UEFA zusammen sehr gut durchgedacht werden müsste und nicht zum Zeitpunkt einer Bewerbung für einen Sportevent im Berner Alleingang. Beim Antrag 6 fehlen uns die Systemgrenzen. Wenn nämlich nur schon der Konsum eingerechnet wird, ist es schlicht unmöglich, einen so grossen Event in einer so kleinen Stadt CO₂-neutral zu halten.

Die Anträge 16 und 17 zum Schluss lehnen wir ebenfalls ab, weil es um einen Verpflichtungskredit unter Vorbehalt geht, der ein grosser Mehrwert für die Stadt Bern generieren würde, falls wir den Zuschlag bekommen.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion GB/JA!: Vor etwas mehr als 15 Jahren hat in diesem Saal hier eine sehr ähnliche Debatte stattgefunden. Es ging darum, ob die EM 08 in Bern stattfinden soll. Jetzt geht es um die Frauenfussball-EM. Mirjam Roder hat es vorhin auch schon gesagt, die Terminologie Fussball und Frauenfussball ist entlarvend. Dass Frauenfussball gefördert werden soll, ist in unserer Fraktion unbestritten. Hingegen hat das Geschäft einiges zu reden gegeben. Für uns ist klar, wenn eine Fussball-EM in Bern stattfinden soll, so darf das nicht auf Kosten von ökologischen und sozialen Projekten gehen und die Berner Bevölkerung muss im Moment des Turniers, aber auch vor allem im Nachgang des Turniers, davon profitieren können. Was wir auf jeden Fall nicht wollen, ist ein Sportevent, der unter dem Vorwand, Frauen- und Mädchenfussball fördern zu wollen, dazu dient, den Standort Bern zu vermarkten und einen kommerziellen Grossevent in die Stadt zu bringen. Die Haltung unserer Fraktion ist klar: wir möchten im Sport wie in allen anderen Lebensbereichen und in allen anderen Berufen jegliche Form von Diskriminierung abschaffen. Dazu gehört im Fussball auch die unvorstellbare Lohndiskrepanz und die ungleichen Karrierechancen von Frauen und Männern. Und wir wollen gleichzeitig auch, dass die Frauen die gleichgrosse Bühne für den gleichen Sport bekommen wie Männer und, dass traditionelle Rollenmuster, die es im Sport gibt, durchbrochen werden können und gezeigt wird, dass Fussball durchaus auch ein Frauensport ist.

Es ist klar, dass sich die riesigen Gehälter der Männerfussballer und die Grösse der Turniere der FIFA und der UEFA, die momentan und seit ein paar Jahren stattfinden, sich gegenseitig befeuern. Wo viel Geld im Spiel ist, sind auch sehr viele Interessen im Spiel, und Korruption ist ein Begriff, dem man im Zusammenhang mit diesen zwei Organisationen kaum entkommen kann. Von der laufenden Männerfussball-WM habe ich ein Foto der VVIP-Tribüne gesehen, das ist die Tribüne für die «very very important People». Ich meine damit, dass es nicht das Ziel sein kann, dass die Fussball-Turniere immer noch grösser, immer noch teurer und krasser werden und die Gäste und die Sponsoren so wichtig werden, dass eine VIP-Tribüne nicht mehr ausreicht.

Noch sind wir natürlich im Frauenfussball längstens nicht an dem Punkt, an dem die Grösse der Männerfussballturniere erreicht wird. Für die Frauenligen ist es immer noch sehr schwierig, genügend Sponsoren und Sponsorinnen zu finden, so dass die Profispielerinnen neben ihrer Fussballkarriere auch noch einer anderen Erwerbstätigkeit nachgehen müssen. Darum finden wir es zum heutigen Zeitpunkt sehr wichtig, dem Frauenfussball eine Plattform zu bieten und damit Sichtbarkeit zu schaffen für einen Sport, der momentan noch zu wenig Aufmerksamkeit bekommt, weil die Tendenz im Frauenfussball sowohl international als auch in der Stadt Bern erfreulich ist. Dass Frauenfussball durchaus sehr viele Menschen interessiert, zeigt die grosse Nachfrage nach Mädchen- und Frauentteams. Auch die Fussballländerspiele haben stets an Zuschauer*innen gewonnen, was zeigt, dass Frauenfussball auch auf der grossen Bühne interessiert und etwas zu bieten hat. Darum sind wir der Meinung, dass eine Fussball-EM-Endrunde eine grosse Ausstrahlung haben und ein wichtiges Zeichen setzen kann. Aber dafür muss es so aufgelegt werden, dass wirklich der Fussball im Zentrum steht und mit ausreichend begleitenden Massnahmen umfassend und nachhaltig gefördert wird. Was wir sicher nicht wollen, ist eine Stadt Bern, die sich dafür abfeiert, einen Grossanlass wie die Frauenfussball EM zu hosten und das sogar noch progressiv findet und die Euphorie für FINTA-Sport nachher wieder verpuffen lässt, sobald die Scheinwerfer nicht mehr auf Altstadt und Wankdorf gerichtet sind. Es steht ja im Vortrag, dass für die Legacy – wie es der Gemeinderat nennt – 1 Million Franken vorgesehen sind. Uns nimmt wunder, und ich bitte den Gemeinderat Reto Nause, das am Schluss zu erläutern, wie seine Direktion sicherstellen will, dass in erster Linie fussballspielende FINTA von diesen Massnahmen profitieren können und auch, wie der Gemeinderat die zusätzlichen Trainingskapazitäten schaffen will, die es braucht, wenn der FINTA-Sport gefördert werden soll, wie es im Vortrag zu lesen ist.

Ich komme jetzt noch zu einem weiteren Aspekt, nämlich dem der Kosten. Seit ein paar Jahren diskutieren wir hier im Saal bei der Budgetdebatte um 100 000 Franken hier oder 10 000 Franken dort, die man einsparen könnte. Dass nun 6 Millionen Franken für einen Grossanlass, der nur wenige Wochen dauern soll, ausgegeben werden, ist für uns irritierend und sicher nur dann akzeptabel, wenn sichergestellt wird, dass das Geld nicht an anderen Orten wieder eingespart wird, wo es dringend gebraucht wird. Zu allerletzt dürfen Klimamassnahmen oder soziale Initiativen unter diesen Ausgaben leiden. Wir finden es auch sehr stossend, wenn für solche Anliegen kein Geld da ist, hingegen eine private Organisation wie die UEFA unterstützt wird. Das Ziel der Stadt Bern ist es nämlich, klimaneutral zu werden und die soziale Schere zu verkleinern. Diese Ziele dürfen auf keinen Fall beeinträchtigt werden durch einen Grossanlass, der einigen Menschen in der Stadt Bern wenige Wochen Freude bereitet und nachher wieder in Vergessenheit gerät.

Wenn die Fussball-EM in der Schweiz und damit auch in der Stadt Bern stattfindet, so muss die Stadt Bern unbedingt dafür sorgen, dass der Anlass klimaneutral sein wird, wie ich es schon in der Antragsbegründung gesagt habe. Im Vortrag schlägt der Gemeinderat als Massnahme zum Beispiel eine nationale Ticketintegration vor. Wir finden es natürlich eine gute Idee, den ÖV zu fördern. Das ist auch der grosse Standortvorteil, den die Schweiz hat, indem nicht zwischen den Spielorten hin- und hergeflogen werden muss und viel Infrastruktur bereits vorhanden ist. Aber für uns ist auch klar, dass ein Nachhaltigkeitskonzept eines solchen Anlasses viel weiter gehen muss als ein Verkehrskonzept.

Ich betone noch einmal, dass aus Sicht der Fraktion GB/JA! die Fussball EM, wie übrigens auch alle Anlässe, die in Zukunft in der Stadt Bern stattfinden sollen, umfassend klimaneutral sein muss. Wir werden den Antrag der FDP/JF-Fraktion unterstützen. Wir sind auch der Meinung, dass es in der Stadt Bern mehr Rasenflächen braucht, damit eben nicht nur, aber auch, der FINTA-Fussball wachsen kann.

Und damit betone ich noch einmal gerne, dass unser Antrag 1 ja genau das auch will, nämlich genügend Trainingskapazitäten für FINTA-Personen. Das bedeutet idealerweise nicht, dass man bei Bubenteams einsparen müsste, sondern dass die Kapazitäten ausgebaut werden, so dass für alle genug Platz zum Trainieren da ist. Für den Antrag der AL/PdA-Fraktion haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Grundsätzlich sympathisieren wir mit der Idee, dass bei so hohen Beträgen für ausserordentliche Ereignisse die Stimmbevölkerung gefragt werden muss. Für einige war das Argument wichtig, dass dieser enge Zeitplan nachher das ganze Projekt gefährden würde.

Für das Geschäft selber haben wir auch Stimmfreigabe beschlossen. Je mehr von unseren Anträgen angenommen werden und somit sichergestellt werden kann, dass die EM nicht auf Kosten von Grundrechten und grundsätzlichen Aufgaben der Stadt Bern geht, desto mehr aus unserer Fraktion werden dem Kredit zustimmen.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Wir teilen unser Fraktionsvotum. Die Fraktion FDP/JF würde sich enorm freuen und unterstützt natürlich die Kandidatur des SFV für die Austragung der Frauenfussball-EM 2025 in der Schweiz und möchte den Gemeinderat noch einmal zu seinem Willen beglückwünschen, die weltweit grösste frauenspezifische Sportveranstaltung nach Bern zu holen. Es ist ein grosses Zeichen gegenüber den Mädchen, es ist ein grosses Zeichen gegenüber dem Frauenfussball, womit auch die Akzeptanz und die Anerkennung für den Sport und für die Leistung unserer Fussballfrauen zum Ausdruck kommt. Es soll der Weg geebnet werden, vor allem für die kommenden Generationen. Ich denke da insbesondere an meine Tochter, die bereits jetzt, mit eineinhalb Jahren von ihrem Papa enorm angehalten wird, irgendwann einmal eine grosse Fussballspielerin zu werden. Er will sie zu einer Linksfüsslerin erziehen, was nicht so ganz funktioniert. Das grösste Argument ist natürlich auch hier wieder – ich werde nicht müde, das zu betonen –, dass dieser Anlass extrem wert-

volles Potenzial für unser Gewerbe hat: unsere Beizen, unsere Bars, unsere Restaurants und unsere Hotels.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Vor mir haben fast alle erzählt, wie ihre persönliche Sportkarriere ausgesehen hat. Ich habe mich kurz daran erinnert, dass ich selber vor über 20 Jahren in einem der ersten gemischten Teams, das es im Kanton Bern gegeben hat, gespielt habe. Beim grossartigen SC Wohlensee haben wir entsprechend bei den C-Junior*innen ein gemischtes Team gehabt, in dem es überhaupt keine Rolle gespielt hat, welches Geschlecht eine Person hat. Wir haben dort einfach zusammen Fussball gespielt und durchaus auch erfolgreich.

Ich begründe zuerst unseren eigenen Antrag 2. Der Mangel an Rasensportfeldern in der Stadt Bern ist seit längerem bekannt und wir als Parlament haben auch diesen Frühling mit 72 zu 1 Stimmen dem Gemeinderat den Auftrag gegeben, sich diesem Mangel endlich anzunehmen. Die bestehenden Felder sind bereits jetzt vielerorts komplett aus- und teilweise auch überlastet und es ist klar, dass durch so ein Turnier wie die Fussballeuropameisterschaft der Frauen die Nachfrage weiter steigen wird. Aber unser Antrag ist bewusst offen formuliert. Wir finden es grundsätzlich falsch, dass die Verfügungstellung von zusätzlichen Feldern auf eine Sportart – Fussball – beschränkt werden soll. Wir finden es noch falscher, dass die Limitierung nachher auch noch auf FINTA-Personen beschränkt sein soll. Der Klub, bei dem ich angefangen habe, Fussball zu spielen, ist alles andere als eine Ausnahme. In der Stadt Bern gibt es sehr viele Sportvereine, bei denen teilweise bis heute bis zur Stufe der C-Juniorinnen gemischte Teams zusammenspielen oder vor allem im Kinderfussball gemischte Gruppe zusammen trainieren. Wenn man die Anträge, in denen der FINTA-Fussball so erwähnt wird, konsequent umsetzen würde, müsste die Stadt Bern künftig einem achtjährigen Kind, das als Bub gelesen wird, sagen, dass es für ihn – oder für das Kind – jetzt leider gerade keinen Platz mehr hat, weil der Platz dem FINTA-Fussball zur Verfügung gestellt werden muss. Das ist der Grund, wieso wir sämtliche Anträge der Fraktion GB/JA! – manchmal liegt die Limitierung auf FINTA-Sport, manchmal auf FINTA-Fussball – ablehnen.

Ebenfalls lehnen wir den Antrag ab, der fordert, dass Gelder der Stadt Bern für die Förderung von FINTA-Fussball eingesetzt werden. Ich möchte eigentlich an dieser Stelle daran erinnern, dass die Stadt Bern vor drei Jahren den popeligen Betrag von 200 000 Franken gestrichen hat, den man Sportvereinen allgemein für ihre Nachwuchsförderung gegeben hat. Das Grüne Bündnis war damals dafür, dass die Gelder gestrichen werden. Jetzt sollen wir das fünffache des Jahresbeitrages einsetzen, um exklusiv FINTA-Fussball fördern zu können. Auch das widerspricht fundamental dem Verständnis, das unsere Fraktion von der Sportstadt Bern hat. Die Sportstadt Bern soll für alle Personen optimale Rahmenbedingungen setzen, notabene eben auch für Kinder, die als Buben gelesen werden, aber auch für Personen, die eine Beeinträchtigung haben. Vereine sollen unterstützt werden, die inklusive Sportangebote bieten. Da nun einfach separate Geldtöpfe exklusiv für den FINTA-Fussball zu schaffen, finden wir definitiv nicht zielführend.

Wenn Sie ganz persönlich einen Beitrag leisten wollen zur Förderung des Fussballs, der von Frauen gespielt wird, dann gehen Sie diesen Samstag um 17.00 Uhr ins Wankdorf. Dort gibt es nämlich das Spitzenspiel YB gegen GC. Ich empfehle es Ihnen wärmstens. Dann können Sie individuell einen Beitrag leisten, dass dieser wunderbare Sport mehr Leute interessiert.

Sibyl Martha Eigenmann (Mitte) für die Fraktion Mitte: Ich halte gerne noch unser Fraktionsvotum. Die Mitte-Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit natürlich mit Feuer und Flamme zu. Wir freuen uns auf einen frauenlastigen Event. Wir freuen uns auf ein «Wyberfest» in der Stadt Bern. Auch wenn es wahrscheinlich nicht mehr im Ausmass der Euro 08 sein wird. Die Euro 08 war ein Anlass einer Grösse, den wir heutzutage ziemlich sicher aus diversen Grün-

den nicht mehr unbedingt unterstützen würden. Aber 2008 haben die besten europäischen Fussballmannschaften in der Stadt Bern Fussball gespielt. Jetzt, 17 Jahre später, wollen wir das gleiche Willkommen auch den besten europäischen Frauenfussballmannschaften bereiten.

Ein Wort zu den Finanzen: Es ist eigentlich klar, die Stadt Bern hat das Geld nicht. Nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Trotzdem noch zwei Argumente dafür, dass die 6 Millionen Franken gesprochen werden sollen: Der Kredit ist im Vergleich zu anderen Städten und anderen Austragungsorten moderat. Es wird also nicht eine übertriebene Sause geben. Auch das Legacy-Projekt, also die Unterstützung von Frauen- und Mädchenfussball, wofür 1 Million Franken in diesem Kredit vorgesehen sind, unterstützen wir sehr. Das ist mal nachhaltige Sportförderung. Wir sind überzeugt – doch noch ein bissiger Kommentar unsererseits –, dass die 6 Millionen Franken zu mehr Mehrwert und zu mehr Wertschöpfung in der Stadt Bern führen, als beispielsweise der Teuerungsausgleich für städtische Angestellte, die nicht einmal in der Stadt Bern wohnen und ihren Teuerungsausgleich nicht einmal in der Stadt ausgeben. Wir sind überzeugt, dass die 6 Millionen Franken – etwa den gleichen Betrag, den wir für den Teuerungsausgleich werden bezahlen müssen – bedeutend nachhaltiger in die Stadt Bern investiert sind.

Noch ein Wort zu den Anträgen: Es ist ein bisschen bizarr, so viele Anträge für einen Verpflichtungskredit unter Vorbehalt einzureichen, aber sei's drum, wir äussern uns gerne noch dazu. Den Antrag für eine Abstimmung lehnen wir ab. Wir sind zwar immer dafür, dass die Stimmbevölkerung das letzte Wort haben soll. Aber in diesem Fall befürchten wir, dass es ein schlechtes Bild auf die Kandidatur wirft und diese sogar gefährdet.

Die Mitte-Fraktion nimmt selbstverständlich den Antrag der FDP/JF-Fraktion für die Rasensportfelder an. Das entspricht natürlich unserem eigenen, miteingereichten Vorstoss. Wir haben ausserdem sogar Sympathien für den GB/JA!-Antrag bezüglich CO₂-Neutralität und denjenigen mit den Kindern. Da ist noch relativ vieles unklar, aber man kann ja durchaus einmal in diese Richtung einen Vorstoss machen. Die übrigen Anträge, also auch alle von Alexander Feuz, lehnen wir ab.

Einzelvoten

Johannes Wartenweiler (SP): Gerne verlängere ich die Debatte noch um einen kurzen Moment. Selbstverständlich unterstützen wir von der SP diesen Kredit von 6 Millionen Franken für die Frauenfussball-EM 2025. Was mir aber ganz schlecht einfällt, sind die Versuche, verschiedene Sachen gegeneinander auszuspielen, wie zum Beispiel die 6 Millionen Franken für die EM gegenüber den 6 Millionen Franken für den Teuerungsausgleich. Es ist dann noch eine offene Frage, welches von beidem nachhaltiger ist, wenn man die Gesamtrechnung macht, und das möchte ich hier einfach auch noch deponiert haben.

Simone Machado (GaP): Eine Sportveranstaltung in diesem Ausmass und in dieser Grösse ist weder sozial nachhaltig noch ökologisch. Da kann man mal zurückschauen: Ist irgendetwas zurückgeblieben von dieser Tour de France, die vor nicht wenigen Jahren stattgefunden hat oder vom Formel-E Rennen?

Ökologisch kann man eine solche Veranstaltung nicht machen. Es gibt An- und Abreisende, Unmengen von Material, Einweggeschirr wird anfallen, da das mit Mehrweggeschirr nicht bewältigt werden kann. Das ist einfach ein Trugschluss.

Dann muss man auch noch im Auge behalten, dass die UEFA ganz viele Vorgaben machen wird. Jede Werbung und jede Aufschrift werden da vorgegeben sein. Das ist ein ganz enger Regime, das vorgegeben wird, und man hat keinen Gestaltungsspielraum.

Zur Legacy-Million: Das tönt gut und ich finde es einen interessanten Ansatz. Es wäre wichtig, dass der Frauen- und Kinderfussball gefördert und auch dort ein Projekt aufgegleist wird. Da-

zu wurde nun einfach mal 1 Million Franken geschrieben. Aber was genau damit gemeint ist und was man da machen sollte, müsste noch konkretisiert werden. Kurz und gut, ich lehne den Verpflichtungskredit ab und auch alle Anträge, ausser den Antrag 1 der Fraktion AL/PdA, der dem Ganzen wenigstens noch eine demokratische Legitimation geben könnte.

Direktor SUE *Reto Nause*: Heute Abend dürfen Sie einen historischen Entscheid treffen. Nach der Euro 2008 hat Bern wieder die Wahl, ob wir uns im Schaufenster der Weltöffentlichkeit präsentieren wollen oder eben nicht. Wir haben auch Leute in Bern, die in der Lage dazu sind, wie zum Beispiel Marc Heeb, ein Event-Manager, der auf der Tribüne sitzt. Er hat die Euro 08 in Bern geschmissen, wir haben das Know-how dazu. Wir wissen, wie das geht, auch logistisch. Wir haben auch das Commitment von Bund und Kanton, dass sie mitfinanzieren werden. Also, wir gehen nicht davon aus, dass wir am Schluss als Stadt Bern die gesamten 6,1 Millionen Franken ausgeben werden müssen. Die beiden anderen Staatsebenen entscheiden einfach zu einem späteren Zeitpunkt. Darum müssen wir jetzt hier mit dem vollen Betrag vorausgehen.

Die Frauen-Euro 25 wird ganz sicher zum Publikumsmagneten, zum Blockbuster für das internationale Fernsehpublikum, zur Ikone des boomenden Frauenfussballs. England hat aufgezeigt, dass die Entwicklung exponentiell, nicht linear verläuft. Die Frauen-Euro 25 wird auch zum Katalysator für Gleichstellung in diesem Land und in dieser Stadt. Regula Bühlmann, Sie werden als Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bern den ersten grossen Auftritt an der Frauen-Euro 25 haben. Wir freuen uns darum sehr auf die Unterstützung des Grünen Bündnisses in dieser Geschichte.

Aber man muss auch wissen, dass wir harte Konkurrenz haben. Die härtesten Konkurrenten, die wir haben, sind vermutlich die Skandinavien mit Finnland, Dänemark, Norwegen und Schweden. Im Direktvergleich mit dieser Kandidatur ist die Schweizer Kandidatur 100 Mal nachhaltiger und ökologischer, da wir diejenige Kandidatur mit den kurzen Wegen sind, bei der kein Flieger benötigt wird, um von einem Stadion zum anderen zu gelangen. Wir sind die Kandidatur, die mit bestehender Stadioninfrastruktur die Euro 25 stemmen könnte. Schauen wir auch nach Katar. Wir sind da geradezu eine grüne Oase, verglichen mit dem, was wir dort sehen. Und darum ist es wichtig, dass die Zeichen, die der Stadtrat heute aussendet, positiv sind. Man wird die Zeichen wahrnehmen und diese Zeichen können unsere Schweizer Kandidatur beflügeln oder grounden. Deshalb bitte keine freiwillige Volksabstimmung über den Kredit. Das würde eine überlange Phase der Ungewissheit erzeugen sowie Unsicherheiten generieren und schüren, die nicht gut wären für unser Kandidaturdossier. Und bitte, liebe Stadträtinnen und Stadträte, überladen Sie das Fuder nicht mit irgendwelchen Zusatzanträgen und Aufträgen und irgendwelchem Zusatzaufwand. Die Anträge, die hier reingeflattert sind, sind zum Teil gestern, zum Teil auch erst heute gekommen. Wir haben von Fraktionen gehört, die noch nicht einmal darüber haben debattieren können, ob sie die Anträge gut finden oder nicht. Das ist nicht seriös. Das ist einfach nicht seriös, wenn man jetzt aus der Hüfte schießt und unser Dossier belastet. Sie stimmen heute Abend über einen Verpflichtungskredit ab. Wir stimmen heute Abend nicht über eine Rasenstrategie oder über eine Finanzstrategie oder über eine Abendeintrittsstrategie ab. Sie haben heute Abend auch keine Budgetdebatte und sorry, aber wenn man Gastgeber sein will, Alexander Feuz, dann ist es auch richtig, dass man ein Rahmenprogramm und ein Gästeprogramm hat. Gastgeber sein ohne eine eigene Projektleitung zu haben, das geht ja irgendwie nicht auf.

Bezüglich dem Legacy-Projekt darf ich sagen, dass dort das Sportamt die Federführung hat und entsprechend die Projekte ausarbeiten. Dorthin hat das Grüne Bündnis einen direkten Draht zur verantwortlichen Gemeinderätin. Also liebe Leute, folgen Sie dem Gemeinderat. Für die Frauen!

Alexander Feuz (SVP): Ich wurde von Reto Nause persönlich angesprochen, dazu eine kurze Erklärung. Selbstverständlich soll die Stadt eine gute Gastgeberin sein, aber wenn man die UEFA und ihre Funktionäre einlädt, kann man dort ein bisschen sparen. Wir wissen, welche andere Verpflichtungen wir als Stadt Bern haben, denen wir nicht nachkommen, deshalb muss man einfach hier relativieren.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 1 AL/PdA ab. (18 Ja, 43 Nein, 9 Enthaltungen) [Namen](#) 005
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 2 FDP/JF zu. (51 Ja, 17 Nein, 2 Enthaltungen) [Namen](#) 006
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 3 GB/JA! ab. (30 Ja, 38 Nein, 1 Enthaltung) [Namen](#) 007
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 4 GB/JA! ab. (26 Ja, 40 Nein, 4 Enthaltungen) [Namen](#) 008
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 5 GB/JA! ab. (28 Ja, 40 Nein, 2 Enthaltungen) [Namen](#) 009
6. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 6 GB/JA! zu. (34 Ja, 31 Nein, 5 Enthaltungen) [Namen](#) 010
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag Alexander Feuz, SVP ab. (23 Ja, 44 Nein, 2 Enthaltungen) [Namen](#) 011
8. Der Stadtrat lehnt den Antrag 8 Alexander Feuz, SVP ab. (24 Ja, 44 Nein, 2 Enthaltungen) [Namen](#) 012
9. Der Stadtrat lehnt den Antrag 9 Alexander Feuz, SVP ab. (2 Ja, 66 Nein, 1 Enthaltung) [Namen](#) 013
10. Der Stadtrat lehnt den Antrag 10 Alexander Feuz, SVP ab. (5 Ja, 64 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 014
11. Der Stadtrat lehnt den Antrag 11 Alexander Feuz, SVP ab. (5 Ja, 64 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 015
12. Der Stadtrat lehnt den Antrag 12 Alexander Feuz, SVP ab. (4 Ja, 66 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 016
13. Der Stadtrat lehnt den Antrag 13 Alexander Feuz, SVP ab. (5 Ja, 65 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 017
14. Der Stadtrat lehnt den Antrag 14 Alexander Feuz, SVP ab. (4 Ja, 64 Nein, 1 Enthaltung) [Namen](#) 018
15. Der Stadtrat lehnt den Antrag 15 Alexander Feuz, SVP ab. (4 Ja, 63 Nein, 2 Enthaltungen) [Namen](#) 019
16. Der Stadtrat lehnt den Antrag 16 GB/JA! ab. (24 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltung) [Namen](#) 020
17. Der Stadtrat lehnt den Antrag 17 GB/JA! ab. (21 Ja, 44 Nein, 5 Enthaltungen) [Namen](#) 021
18. Der Stadtrat stimmt dem so bereinigten Verpflichtungskredit zu. (49 Ja, 19 Nein, 2 Enthaltungen) [Namen](#) 022

2 Gaswerkareal: Sanierung Gaskessel; Erhöhung Projektierungskredit für Gesamtsanierung sowie Baukredit für dringliche Massnahmen

2017.FPI.000025

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Gaswerkareal: Sanierung Gaskessel; Erhöhung Projektierungskredit für Gesamtsanierung sowie Baukredit für dringliche Massnahmen.
2. Er genehmigt die beantragte Projektierungskrediterhöhung von Fr. 150 000.00 um Fr. 650 000.00 auf Fr. 800 000.00 für die Gesamtsanierung des Gaskessels zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto PB14-006.

3. Er genehmigt den Baukredit von Fr. 760 000.00 für die Realisierung der dringlichen Massnahmen zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto PB22-019.
 4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieser Beschlüsse beauftragt.
- Bern, 6. Juli 2022

FSU-Sprecher *Michael Sutter* (SP): Wir befinden heute über zwei Kredite betreffend die Gaskesselsanierung, zum einen über einen Baukredit über 760 000 Franken für dringliche Massnahmen und andererseits über die Erhöhung des Projektierungskredits um 650 000 Franken auf 800 000 Franken für die Gesamtsanierung mit einem Zeithorizont von ungefähr acht bis zehn Jahren. Die beiden Sanierungsschritte sind oder werden aufeinander abgestimmt. Durch die spätere Gesamtsanierung entsteht also keine Wertverlust an den dringlichen Massnahmen.

Der Gaskessel wurde von 1969 bis 1972 erstellt. Damals noch mit einem sogenannten Kulturkessel und einem Tanzkessel, die heute Konvex 1 und Konvex 2 heissen. 1984 ist der Verbindungstrakt dazwischen ergänzt worden und seither hat es immer wieder diverse Sanierungen gegeben. Weil 2014 der bestehende Standort respektive die Nutzung des Gaskessels in Frage gestellt wurde, gab es einen Baustopp, so, dass mittlerweile relativ grosser Sanierungsbedarf besteht. Der Gaskessel gehört zum Verwaltungsvermögen. Für die Sanierung wären eigentlich Hochbau Stadt Bern (HSB) und nicht Immobilien Stadt Bern (ISB) zuständig. Weil aber eine aufwendige Planung zum Gaswerkareal läuft, hat ISB das Geschäft übernommen, damit alles innerhalb der Direktion FPI bleibt und Synergien genutzt werden können. Mit dem Baukredit sind folgende dringliche Massnahmen vorgesehen: die Notausgänge werden ertüchtigt und erweitert, was auch die Schallemissionen in das Quartier reduziert. Zur Gewährleistung der Hindernisfreiheit werden die Fluchtwege neu mit Rampen ausgestattet. Dank einem neuen Schallschutz beim Haupteingang werden die Lärmemissionen zusätzlich verringert. Im Foyer gibt es neue Brandschutztüren und es entstehen Brandabschnitte bei kritischen Räumen wie der Heizzentrale oder der Werkstatt und schliesslich werden Absturzsicherungen, die zu niedrig sind, erhöht. Die Realisierung dieser Massnahmen erfolgt, sobald der Kredit gesprochen und das Baubewilligungsverfahren abgeschlossen ist. Gemäss HRM 2 werden die Investitionen über 25 Jahre abgeschrieben.

Dann komme ich zur Gesamtsanierung: 2014 wurde eine Zustandsanalyse des Gaskessels gemacht. Nachher ist im Rahmen eines partizipativen Prozesses zusammen mit dem Verein Gaskessel ein Konzept für eine gestaffelte Sanierung ab 2020 erarbeitet worden. 2022 hat die Prona AG dann auch noch ein Sicherheitsaudit durchgeführt. Im Moment laufen die Arbeiten zur Entwicklung des Gaswerkareals. Es geht um die Anpassung der Umsetzung des Siegerprojekt aus dem Wettbewerb respektive um die Erarbeitung des Rahmen- und Entwicklungsplans. Diese Entwicklung hat natürlich auch Auswirkungen auf den Gaskessel, beispielsweise in Bezug auf die Lage der Eingänge, auf den Lärmschutz und auch auf die Umgebungsgestaltung. Der Verein Gaskessel wird in diesen Prozess einbezogen. Es besteht auch eine Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen dem Verein Gaskessel, ISB sowie Familie & Quartier Stadt Bern. Nach der Kreditgenehmigung wird das Planungsteam beauftragt, die bereits geplanten Massnahmen umzusetzen und weitere noch zu definierende Massnahmen zu planen. Auch dieser Prozess wird wiederum partizipativ ausgestaltet. Zum Sanierungsbedarf: Der Rohbau und die Tragkonstruktion des Gaskessels befinden sich grundsätzlich in gutem Zustand, aber es braucht diverse Sanierungsmassnahmen zur Verbesserung der Hindernisfreiheit, beispielsweise bei den WC-Anlagen. Weiter sind energetische Sanierungsmassnahmen an den Kuppeln und Dächern, eine bessere Isolation des Mitteltraktes und der Ersatz von Fenstern und Türen nötig. Aufgrund der verwendeten Farben braucht es auch eine Schadstoffsanierung, und schliesslich müssen Elektroanlagen, Heizung, Lüftung, Kanalisation sowie sanitäre Anlagen ersetzt werden. Auch in Bezug auf die Umgebung besteht Handlungsbedarf,

aber es hängt von der Arealentwicklung Gaswerkareal ab, wie der Aussenraum des Gaskessels zukünftig gestaltet wird. Die Kosten für die Gesamtsanierung werden auf 4,7 Millionen Franken geschätzt, bei einer Ungenauigkeit von plus/minus 25 Prozent. Im Stadtrat wird eine Erhöhung des Projektierungskredits beantragt, der für die Durchführung des Planerwahlverfahrens und der SIA-Phase 3 und 4, also für die Erarbeitung des Bauprojekts und für die Ausschreibung, vorgesehen ist.

Zum Zeitplan: Der Baukredit wird dem Stadtrat voraussichtlich in der ersten Hälfte 2025 unterbreitet. Die Realisierung folgt dann etappiert ab Sommer 2025, auch hier wieder in Abstimmung mit den weiteren Entwicklungsprozessen auf dem Gaswerkareal.

Nach der Gesamtsanierung wird die Miete aufgrund der Wertsteigerung erhöht. Das soll durch eine Erhöhung der Abgeltung im Leistungsvertrag aufgefangen werden. Eine Kostenbeteiligung des Vereins Gaskessel ist bis jetzt nicht vorgesehen. Es wäre aber sicher prüfenswert, ob sich die Leute, denen der Gaskessel am Herzen liegt, beispielsweise mit einer Crowdfunding auch an dieser Sanierung beteiligen könnten. Die FSU beantragt Ihnen mit 9 Ja- zu 1 Nein-Stimme, den beiden Krediten zuzustimmen.

Direktor FPI *Michael Aebersold*: Ich werde nicht alles wiederholen, was gesagt wurde. Es ist alles richtig, ich möchte einfach, dass dokumentiert ist, dass ich anwesend war. Zwei Dinge dünken mich wichtig. Der Lead des ganzen Geschäfts liegt bei meiner Direktion. Das haben wir so bestimmt, weil wir die ganze Entwicklung dort unten beim Gaswerk machen. So ist es wesentlich praktischer und einfacher. Wir stehen auch in sehr enger und guter Zusammenarbeit mit dem Gaskessel, mit der Partizipation. Ausserdem ist es wichtig, nochmals zu betonen, dass das gesamte Projekt kompatibel mit der Gesamtsanierung ist. Also wir geben kein Geld für etwas aus, das man dann wieder weggreissen und neu machen muss. Darum können Sie diesem Geschäft getrost zustimmen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Gemeinderatsantrag zu. (58 Ja, 7 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 023

3 Aufwertung Hodlerstrasse; Abgabe Hodlerstrasse 6 im Baurecht an die Stiftung Kunstmuseum Bern

2018.PRD.000045

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Aufwertung Hodlerstrasse; Abgabe Hodlerstrasse 6 im Baurecht an die Stiftung Kunstmuseum Bern.
2. Er stimmt der Abgabe der Hodlerstrasse 6 im Baurecht an die Stiftung Kunstmuseum Bern zu und genehmigt den Einnahmeverzicht in der Summe von Fr. 6 405 421.00, zusammengesetzt aus dem geschätzten Marktwert des Gebäudes von Fr. 4 900 000.00 und dem kapitalisierten Wert des Baurechtszinses von Fr. 1 505 421.00.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Bern, 29. Juni 2022

FSU-Sprecherin *Katharina Altas* (SP): Die FSU empfiehlt Ihnen mit 10 Ja-Stimmen ohne Gegenstimme und Enthaltung das Geschäft zur Annahme. Die Hodlerstrasse 6 soll im Baurecht an die Stiftung Kunstmuseum Bern abgegeben werden. Zurzeit wird sie von der Kantonspolizei genutzt. Diese wird, sobald das Polizeizentrum in Niederwangen fertiggestellt ist, voraussichtlich Ende 2028, ausziehen. Fakt ist, das Kunstmuseum braucht mehr Platz. Ausserdem

ist der Atelier 5-Anbau stark sanierungsbedürftig. Nun liegt hier eine Lösung vor, die die Abgabe der Hodlerstrasse 6 im Baurecht an die Stiftung Kunstmuseum Bern beinhaltet und anstelle der aufwendigen Sanierung und Erweiterung des Atelier 5-Baus wird ein Neubau geplant. Der Mäzen Hansjörg Wyss hat die finanzielle Unterstützung zu einer Erweiterung des Kunstmuseums Bern für zeitgenössische Kunst zugesichert. Die Dachstiftung Kunstmuseum Bern und Zentrum Paul Klee hat für den Ersatzneubau ein Kostendach von 80 Millionen Franken festgelegt.

Das Kunstmuseum Bern hat sich in Abstimmung mit dem Stadtplanungsamt und den Architekturverbänden für einen mehrstufigen anonymen Projektwettbewerb mit Präqualifikation entschieden. Der Gemeinderat verzichtet auf den Erlass einer Überbauungsordnung.

Die Stadt Bern ist Eigentümerin der 1957 erbauten Gebäudegruppe Hodlerstrasse 6, 6a und Waisenhausplatz 31 und 32a. Der Gebäudekomplex ist als schützenswert eingestuft und stark sanierungsbedürftig. Die Kosten der Gesamtanierung werden auf 26 Millionen Franken veranschlagt. Der grösste Teil davon entfällt auf die Sanierung der Liegenschaft am Waisenhausplatz 32.

Der Gemeinderat hat im Zusammenhang mit der Aufwertung der Hodlerstrasse und der Erweiterung des Kunstmuseums entschieden, den Gebäudeteil Hodlerstrasse 6 kostenlos im Baurecht an die Stiftung Kunstmuseum Bern abzugeben. Der Gebäudeteil wird in den Museumskomplex integriert und an den Ersatz des Atelier 5-Anbaus angebunden. Dafür muss die Hodlerstrasse 6 von den Gebäuden Hodlerstrasse 6a und Waisenhausplatz 32 abgetrennt werden. Die Realisierung des Projekts Zukunft Kunstmuseum Bern ist auf den Zeitplan des Auszugs der Kantonspolizei abgestimmt.

Nun zu den Eckwerten des Baurechtsvertrags: Innerhalb von zwei Jahren nach rechtskräftig erteilter Baubewilligung wird mit dem Bau begonnen. Die Kosten für die Abtrennung von Hodlerstrasse 6 von Hodlerstrasse 6a gehen zu Lasten der Stiftung Kunstmuseum Bern. Das Baurecht wird bis ins Jahr 2108 erteilt. Nach Ablauf der Baurechtsdauer gehen die auf dem Baurecht bestehenden Gebäude mit allen dazugehörigen Anlagen ins Eigentum der Stadt Bern zu einem Übernahmepreis von 0 Franken über. Der Baurechtszins wird auf 0 Franken festgelegt. Alle mit dem Baurechtsvertrag verbundenen Kosten gehen vollumfänglich zu Lasten der Bauberechtigten. Der Gemeinderat will nun die Hodlerstrasse 6 kostenlos im Baurecht abgeben, sofern sich der Kanton und die Burgergemeinde in vergleichbarer Weise am Projekt beteiligen. Der Beitrag seitens Kantons wird auf 40 Millionen Franken geschätzt, was 50 Prozent des Neubaus entsprechen wird. Der kantonale Beitrag ist bereits in die Investitionsplanung des Kantons eingestellt. Über die Projektierung und Realisierung entscheidet der Grosse Rat nach Vorliegen des Wettbewerbsergebnisses. Die Burgergemeinde unterstützt bereits heute Ausstellungsprojekte über die eigens eingerichtete Museumsstiftung für Kunst der Burgergemeinde Bern mit.

Da für den Start des Wettbewerbs der unterzeichnete Baurechtsvertrag vorliegen muss, wird dieser ohne Einschränkung und unabhängig von Kanton und Burgergemeinde abgeschlossen. Sollten die beiden anderen Parteien keine vergleichbare Unterstützung wie die Stadt Bern bewilligen, werden die Stadt Bern und das Kunstmuseum Bern durch Nachtrag zum Baurechtsvertrag einen Baurechtszins von 21 Franken pro m² ab dem Zeitpunkt der Eröffnung vereinbaren. Wenn keine Einigung zum erwähnten Nachtrag erzielt werden kann, entfällt der Baurechtsvertrag ohne jegliche Entschädigung der Grundeigentümerin.

Durch die kostenlose Abgabe des Baurechts an die Stiftung Kunstmuseum Bern entgehen der Stadt Bern Einnahmen in Höhe von 56 280 Franken jährlich. Dies entspricht einem Baurechtszins von 21 Franken pro m². Der entsprechende Barwert unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 3,5 Prozent und der Dauer des Baurechts von 80 Jahren ergibt 1 505 421 Franken. Der Marktwert des Gebäudes wird auf 4,9 Millionen Franken geschätzt. Der Einnahmenverzicht setzt sich aus dem Marktwert des Gebäudes und dem kapitalisierten

Wert des Baurechtszinses in Höhe von 1 505 421 Franken zusammen. Das Total beträgt 6 405 421 Franken und liegt somit in der Zuständigkeit des Stadtrates.

Nun zum Zeitplan: Im November 2022 startet der Wettbewerb Stufe 1, im Mai 2023 ist der Wettbewerb Stufe 2 dran. Im November 2023 soll der Wettbewerb abgeschlossen sein. Mitte 2027 soll mit der Sanierung der Bestandesbauten begonnen werden. Der geplante Auszug der Kantonspolizei ist für Ende 2028 vorgesehen. Die Abtrennungsarbeiten beginnen am 1. Januar 2029. In der Kommission wurde darüber diskutiert, wie hoch die Unterstützung des Mäzenen Hansjörg Wyss ist: Der Mäzen trägt 25 Millionen Franken zum Projekt bei. 20 Millionen Franken gehen in den Neubau, 5 Millionen Franken in die Neugestaltung der Hodlerstrasse. Weitere 5 Millionen Franken leistet er, falls zusätzliche Privatmittel in der Höhe von 7,5 Millionen Franken zusammenkommen. Ausserdem wurde gefragt, ob beim Projektwettbewerb Auflagen zu ökologischen Kriterien gemacht wurden. Aus der Verwaltung erhielten wir zur Antwort, dass das Kunstmuseum im UNESCO-Perimeter liegt und daher Photovoltaik und Fassadenbegrünung nicht drinliegen. Allerdings sind im Wettbewerbsprogramm viele Kriterien betreffend Energie und Nachhaltigkeit enthalten. Den Kommissionsmitgliedern wurden im Nachgang zur Sitzung die Kriterien und die Überlegungen zur Nachhaltigkeit zugestellt. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Wie schon gesagt, empfiehlt Ihnen die FSU das Geschäft einstimmig zur Annahme.

Fraktionserklärungen

Katharina Altas (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Bern gehört zu den national führenden und international viel beachteten Kunstplätzen der Schweiz. Durch die enge Kooperation des Kunstmuseums und des Zentrums Paul Klee bietet Bern ein einzigartiges ganzheitliches Kunst- und Kulturerlebnis. Das Haus an der Hodlerstrasse und das Monument im Fruchtländ sind komplementäre Ausgangspunkte der Begegnung, der Anregung, des Diskurses und der Erkenntnis, an denen die Besucher vor Ort und im virtuellen Raum Kunst neu erleben können. Das war ein Zitat, und zwar ist das die Vision der Dachstiftung Kunstmuseum Bern und Zentrum Paul Klee. Man könnte der Vision noch folgendes anfügen: Zusammen mit der Erweiterung sollte auch an die Rolle der Museen in unserer Gesellschaft gedacht werden. Es sollen Orte der Reflexion sein, an denen jeder und jede teilhaben kann. Es sollen Orte des Verweilens sein, an denen Kunst für alle fassbar wird. Die Hürden, ein Museum zu betreten, sollten mit dem Erweiterungsbau gesenkt werden. Kunst soll nicht nur für Elitäre und Akademiker*innen erfahrbar sein, sondern sollte vielmehr zum kollektiven Erlebnis für alle werden. Sie sollte ein ganz selbstverständlicher Bestandteil unseres Alltagslebens sein. Nun entscheiden wir heute über die Zukunft des Kunstmuseums Bern, dass durch den Nachlass von Cornelius Gurlitt in den Fokus der Weltöffentlichkeit geraten ist, und in der Provenienzforschung eine Vorreiterrolle einnimmt. Es ist für uns unbestritten, dass das Kunstmuseum mehr Platz braucht. Die vorgeschlagene Lösung mit einem Ersatzneubau anstelle des Atelier 5-Baus und der Abgabe der Hodlerstrasse im Baurecht an die Stiftung Kunstmuseum erachten wir als vernünftige Lösung. Es ist eine pragmatische Lösung, die die Hodlerstrasse 6 mit dem Ersatzneubau und dem Stettlerbau verbindet.

Wenn dann der Projektwettbewerb abgeschlossen ist und der Baukredit gesprochen wird, sollte unbedingt ein Kostendach festgelegt werden, denn es ist aus diversen Beispielen bekannt, dass Prestige-Bauten oft mehr kosten als veranschlagt. Aber da muss sich der Kanton darum bemühen, dass hier Kostenwahrheit herrscht. Wir sind gespannt, welche Vorschläge zur Aufwertung der Hodlerstrasse gemacht werden. Im Moment ist die Hodlerstrasse etwas abseitig und kein zentraler Place to be. Wenn nach der Erweiterung ein neuer Boulevard entsteht, der zum Publikumsmagneten wird, dann ist das Ziel erreicht. Die Hodlerstrasse wäre dann nicht nur eine Durchfahrtsstrasse, sondern ein Ort, an dem man auch verweilen möchte. Mit dem Blick auf die Aare und dem Progr in der Nähe wären eigentlich gute Bedingungen

vorhanden. Auch sind wir erfreut, dass der Mäzen Hansjörg Wyss eine Finanzspritze an die Erweiterung zugesprochen hat.

Die SP/JUSO-Fraktion wird der Abgabe der Hodlerstrasse 6 im Baurecht an die Stiftung Kunstmuseum Bern zustimmen.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Das Gebäude soll kostenlos im Baurecht abgegeben werden. Nebst dem hat das Geschäft aus unserer Sicht auch noch andere negative Punkte. Und zwar wird das Geschäft mit der Aufwertung – sprich Sperrung – der Hodlerstrasse verbunden. So ist es auch in der Präqualifikation zum Wettbewerb vorgesehen. Das ist ebenfalls eine Bedingung, also quasi die Hauptbedingung des potenziellen Kunstmuseumsponsors. Wird die Hodlerstrasse nicht gesperrt, überlegt er sich die Finanzierung nochmals. Das wäre natürlich auch nicht das erste Mal, dass eine solche Finanzierung scheitern würde. Wer die Geschichte dieser Beziehung zwischen Sponsor und Kunstmuseum kennt, weiss, dass das schon mehrfach vorgekommen ist. Was passiert, wenn das Kunstmuseum scheitert und sich der Sponsor zurückzieht, auch wenn man im Moment meint, die Stiftung sei sicher und es werde auf alle Fälle gemacht, was passiert nachher mit dem Gebäude? In diesem Gebäude hat es zudem wichtige Infrastruktur, und das ist ein weiterer Punkt, der uns stark stört. In diesem Gebäude befinden sich die Heizung und die Wasserverteilung des gesamten Gebäudekomplexes, wie es Katharina Altas im Vortrag gesagt hat. Der Verkehrsrechner des Tiefbauamts der Stadt Bern für sämtliche Lichtsignalanlagen der Stadt Bern ist in diesem Gebäude drin. Das Notstromaggregat der Polizei inklusive Tanks und Kamin befinden sich in diesem Gebäude. Ausserdem dient das Treppenhaus des Gebäudes als gebäudeübergreifender Fluchtweg. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir schon immer von Nachhaltigkeit reden: Dieses Gebäude herauszureissen, weil man jetzt das dem Kunstmuseum geben will, das dort unter anderem die Administration hineintun will, ist definitiv nicht nachhaltig. Es ist eine Infrastruktur und diese nur wegen der Nutzung herauszureissen und an einem anderen Ort einzubauen, ist nicht nachhaltig. Und darum lehnt die FDP/JF-Fraktion das Geschäft ab.

Thomas Fuchs (SVP) für die Fraktion SVP: Das Geschäft ist tatsächlich ein bisschen heikel, dass das Baurecht gratis abgegeben wird, stört uns. Andererseits muss man klar sehen, von der Summe her ist es dann nicht das, was die Stadt für die Sanierung ausgeben müsste. Wenn man jetzt da noch einen kleinen Beitrag oder Baurechtszins verlangen würde, würde sie mit dem Geld wahrscheinlich noch viel mehr Spielplätze kaufen.

Was uns natürlich stört ist, dass jemand kommt und sagt, ich gebe einen grossen Betrag als Spende. Man würde sich jetzt vorstellen, Christoph Blocher würde den doppelten Betrag geben, dafür müsste aber die Hodlerstrasse doppelt so breit gemacht werden. Was macht man dann? Kommt man dem entgegen, weil man sagt, dass es sonst kein Geld gebe? Wir stimmen dem Geschäft zu, aber wir verlangen klar eine Stellungnahme des Gemeinderats, der sagt, dass er auf solche Spiele nicht eingeht. Es kann nicht sein, dass der, der zahlt, auch befiehlt, auch wenn man das so sagt. Es gibt weitere Punkte, die man nicht zusammen verquicken kann. Sonst könnte man auch irgendetwas anderes fordern, wie zum Beispiel: Ich möchte meine Liegenschaften doppelt so hoch bauen und gebe dafür 20 oder 30 Millionen Franken. Damit dürfen wir gar nicht anfangen. Wenn jemand Mäzen sein will, soll er etwas geben, weil er es gut findet und nicht mit Auflagen, weil er irgendwie politisch Einfluss nehmen oder Sachen durchbringen will, die seinem politischen Gusto entsprechen und von denen man weiss, dass man sie sonst nicht durchbringen würde. Dann einfach zu sagen, man gebe ein wenig Geld, damit diesen Wünschen nachgekommen wird, das geht nicht an. Ich bitte um eine klare Stellungnahme des Gemeinderates, dass man das nicht mit sich machen lässt und sich nichts vorschreiben lässt. Wir gehen auch davon aus, dass das nicht so in einem Zusammenhang

stehen darf, und stimmen dem Geschäft unter dem Vorbehalt zu, dass hier der Gemeinderat noch klar Stellung bezieht.

Direktor FPI *Michael Aebersold*: Ich war dazumal im Stadtrat, als jemand für das Zentrum Paul Klee grosszügig gespendet hat und habe dem auch zugestimmt. Das hatte eine ganze Reaktion und nachher vor allem auch Folgekosten für den Betrieb. Das ist selbstverständlich, das kann ich Ihnen, Thomas Fuchs, versichern, wir wären ja erpressbar, wenn irgendjemand kommt und sagt, er gebe 30 Millionen Franken, wolle dafür aber das und das haben, geht das nicht. Stattdessen wird verhandelt und am Schluss schaut man, was machbar ist und was nicht.

Die Sperrung, die erwähnt wurde, ist keine Sperrung, sondern eine temporäre Sperrung. Also man hat dort eigentlich auch die Politik des Gemeinderats mit den Vorstellungen des Mäzens unter einen Hut bringen können. Es wird übrigens noch eine Vorlage geben, bei der Sie entscheiden können, und auch der Kunstmuseums-Wettbewerb und das ganze Zeug ist nicht bei mir. Hier geht es um etwas Einfaches, nämlich um das Mosaiksteinchen «Abgabe dieses Gebäudes im Baurecht». Es ist ein Mosaiksteinchen in einer Riesenkiste, das muss man sagen, in eine spannende Kiste, mit dem ganzen Kunstmuseum und dem Neubau. Wir wollen auch den Bärenplatz und den Waisenhausplatz aufwerten – eine langjährige Forderung. Ich glaube, das ist auch gefordert worden, bevor ich im Jahr 2000 in den Stadtrat gewählt wurde. Hier kann die Stadt mit dem Gebäudeteil einfach mithelfen, das coole Projekt in dieser Stadt Bern zu realisieren, indem man die Gebäudeteile abtrennt und, sobald die Polizei auszieht, wir das Gebäude im Baurecht abgeben können. Es ist nicht so – die FDP hat ihre Hausaufgaben nicht gemacht – dass dort alles herausgerissen wird. Also dort wird man zum Teil den Untergrund gemeinsam nutzen können, beziehungsweise werden wir dort Dienstbarkeiten abmachen, dass man eben die Dinge, die dort drin sind, zum Teil noch nutzen kann. Wir werden wohl kaum im zweiten UG Büros einrichten. Also das ist ebenfalls klar, dass man dort einen intelligenten Weg findet. Zur kostenlosen Abgabe im Baurecht: Als Finanzdirektor habe ich mich natürlich auch gefragt, ob wir das gratis geben oder nicht. Es war klar, dass die Stadt einem solchen Projekte auch etwas mitgeben soll. Also das ist der Beitrag der Stadt Bern an das Gesamtprojekt und ist verlinkt, das wurde gesagt, mit der Beteiligung des Kantons und der Burgergemeinde. Wir haben es uns explizit offengehalten, dass, wenn die Beteiligungen nicht zustande kämen, man dort selbstverständlich einen Baurechtszins eintreibt.

Die Kosten wurden erläutert. Noch zu diesem Beitrag von Hansjörg Wyss: Es haben verschiedene Verhandlungen stattgefunden. Da waren meine Kollegin von der TVS und selbstverständlich der Stadtpräsident dabei. Ich selber habe Herrn Wyss nie persönlich getroffen. Man hat einen Vertrag abgeschlossen, was vielleicht wichtig ist für die Leute, die wissen, wie so etwas läuft. Ein Vertrag, der auf Schweizer Recht basiert. Also wir haben nicht Gerichtsstand Amerika, es ist sichergestellt, dass das Geld fliesst. Man hat auch die Bonität angeschaut. Die Milliarden sind da, man kann die 25 Millionen Franken auch zahlen. Wir sind klar der Meinung, dass das der Fall ist. Was auch noch wichtig ist: Von Seiten der öffentlichen Hand bezahlt der Kanton den Betrieb alleine, rund 65 Prozent. Es gibt dann noch private Fundraisings, Sponsoring und so weiter, die die restlichen 35 Prozent zahlen.

Noch zur Nachhaltigkeit: Auch das muss nochmals betont werden. Wir können im UNESCO-Weltkulturerbe nicht einfach Sonnenkollektoren aufs Dach bauen. Aber man hat wirklich sehr gute Kriterien, die in den Wettbewerb einfliessen. Man hat übrigens auch noch einen ausgewiesenen Experten in der Jury, der Erfahrung mit solchen Gebäudeplanungen hat und ganz sicher darauf achtet, dass das energieeffizient und nachhaltig wird. Das ist auch in einem Altbau möglich. Entsprechend bitte ich Sie, dem Mosaiksteinchen mit der Abgabe im Baurecht zuzustimmen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Gemeinderatsantrag zu. (58 Ja, 7 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 023

4 Zentrales Dokumenten-Management-System für die Stadtverwaltung Bern; Investitions- und Verpflichtungskredit

2021.FPI.000035

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat bewilligt für das Projekt Zentrales Dokumenten-Management-System für die Stadtverwaltung Bern einen Investitionskredit von Fr. 1 808 000.00.
2. Der Stadtrat genehmigt den Verpflichtungskredit von Fr. 57 790.00 mit einer Laufzeit von 5 Jahren (2023 – 2027) zulasten der Erfolgsrechnung der Abteilung Informatikdienste.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Bern, 17. August 2022

FSU-Sprecherin *Mirjam Roder* (GFL): Die Ausgangslage ist wie folgt: In der Stadtverwaltung sind zurzeit viele verschiedene Dokumentenmanagementsysteme, kurz DMS, in Betrieb. Um den Bedürfnissen nach Digitalisierung, durchgängigen Prozessen und Standardisierung gerecht zu werden, soll ein zentrales DMS-Kernsystem geschaffen werden. Das kurzfristige Ziel ist die Einführung eines Standardproduktes als DMS-Kernsystem, das Abschliessen eines Rahmenvertrags, der Aufbau einer mandantenfähigen Systemumgebung und die Anbindung des Kernsystems ans Immobiliensystem DOMUM. Für DOMUM hat der Stadtrat im März 2021 den Kredit gesprochen und es wurde am 5. September 2022 erfolgreich eingeführt. Das Ziel ist es, eine stadtweite DMS-Strategie auszuarbeiten und umzusetzen, damit dann alle neuen Projekte und die bestehenden nach Ablauf des Lebenszyklus' nur noch das zentrale DMS verwenden. Mittel- bis langfristig soll so die Anzahl an verschiedenen DMS reduziert werden, was zur Entlastung der Mitarbeitenden und zu einer Senkung der Betriebskosten führen soll. Die vollständige Überführung wird circa acht bis zehn Jahre dauern.

Zum Vorgehen: Es wurde eine offene Ausschreibung durchgeführt, auf die aber keine Angebote eingegangen sind. Deswegen hat man dann eine Freihandvergabe gemacht und daraufhin der Firma ELO Digital Office CH AG mit Sitz in Wallisellen den Zuschlag erteilt. Bei ELO wurden die Gesamtkosten als attraktiv empfunden, und es kann von den Erfahrungen in der Durchführung von ähnlich grossen Projekten in den Städten Zürich und Basel profitiert werden. Sie zählen zudem zu den führenden Implementierungspartnern auf dem Schweizer Markt, die über ausgewiesenes Fachwissen im Bereich der Automatisierung von dokumentenbasierten Geschäftsprozesslösungen verfügen. Das Produkt von ELO ist ausserdem bereits bei der Personalvorsorgekasse der Stadt Bern in Betrieb, womit man von Erkenntnissen zur Umsetzung und Inbetriebnahme profitieren kann.

Der Einsatz von Open Source Software wurde für das Vorhaben ebenfalls geprüft und mit den entsprechenden Schlüsselpersonen besprochen. Es wurde als nicht zielführend beurteilt. Das Angebot umfasst die Lizenzierung, die Einführung von DMS-Produkten sowie die Nutzung über fünf Jahre mit der Option auf Verlängerung um weitere fünf Jahre. Mit dem vorliegenden Geschäft werden aber nur die Mittel für die ersten fünf Jahre beantragt.

Der Zeitplan sieht vor, im 4. Quartal 2022 – also jetzt – zu starten und das Projekt bis zum zweiten Quartal 2023 abgeschlossen zu haben. Es umfasst also ein halbes Jahr. Der, wie ich finde, relativ sportliche Zeitplan wurde vom Evaluations-Team wie auch von ELO als realistisch eingestuft.

Zu den Finanzen: dem Stadtrat wird ein Investitionskredit in der Höhe von rund 1,8 Millionen Franken und für den Betrieb über fünf Jahre ein Verpflichtungskredit in der Höhe von 57 790 Franken beantragt. Weil von ELO bereits ein Risikozuschlag von 30 Prozent aufgenommen wurde, wurden die Reserven mit nur 5 Prozent kalkuliert, anstatt 10 Prozent, wie in anderen Projekten. Die Finanzierung des Projekts erfolgt über die Investitionsrechnung der Informatikdienste. Von den Kapitalfolgekosten und Betriebskosten werden rund 630 000 Franken pro Jahr verursachergerecht mit einem Verteilschlüssel an die jeweiligen Dienststellen weiterverrechnet. In der FSU sind keine Anträge gestellt worden und sie empfiehlt Ihnen das Geschäft einstimmig zur Annahme.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Investitions- und Verpflichtungskredit einstimmig zu.

5 Grundstück 248/VI, Looslistrasse/Untermattweg, 3027 Bern: Kauf; Investitionskredit

2022.FPI.000057

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Grundstück 248/VI, Looslistrasse/Untermattweg, 3027 Bern: Kauf; Investitionskredit.
2. Er bewilligt für den Erwerb des Grundstücks 248/VI von der Galexis AG einen Investitionskredit von Fr. 3 700 000.00 zuzüglich Notariats- und Grundbuchkosten zulasten der Investitionsrechnung von Immobilien Stadt Bern.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Bern, 14. September 2022

Anträge

1. SVP: Nichteintreten: Auf die Vorlage sei nicht einzutreten.
2. GLP/JGLP Rückweisung: Das Geschäft soll an den Gemeinderat zurückgewiesen werden, mit der Auflage, mit den Projektentwickelnden der Parzelle Weyermannshaus West (Die Post AG) zu klären, wo genau auf der Parzelle, in welchem Flächen-Umfang und zu welchem ungefähren Zeitpunkt die ohnehin gesetzlich vorgegebenen Spielplätze auf der Parzelle Weyermannshaus West vorgesehen sind. Zusammen mit diesen Informationen soll das vervollständigte Geschäft dem Stadtrat wieder vorgelegt werden.
3. SVP Rückweisung: Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen, unter der Auflage, nach einer kleineren Fläche zu einem wesentlich tieferen Kaufpreis zu suchen oder Verhandlungen zur Weiterführung am bisherigen Standort, welcher ohnehin noch bis 2028 genutzt werden kann, zu treffen.
4. SVP Eventualrückweisungsantrag: Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen, unter der Auflage, die Eckwerte des Kaufvertrags wie folgt zu ändern: Ab Zahlung des Kaufpreises (Beginn von Nutzen- und Schaden) gehen die Einnahmen vollumfänglich z.G. der Käuferin Stadt Bern und nicht wie geplant weiterhin z.G. der Verkäuferin, wie dies bei Handänderungen immer der Fall ist.
5. SVP: 2. Er bewilligt für den Erwerb des Grundstücks 248/VI von der Galexis AG einen Investitionskredit von Fr. 3 700 000.00 zuzüglich Notariats- und Grundbuchkosten zulasten der Investitionsrechnung von Immobilien Stadt Bern, **unter Vorbehalt, dass ab Zahlung des Kaufpreises (Beginn von Nutzen- und Schaden) die Einnahmen vollumfänglich z.G. der**

Käuferin Stadt Bern gehen und nicht wie geplant weiterhin z.G. der Verkäuferin. Wie dies bei Handänderungen immer der Fall ist.

6. GFL/EVP: Bei der Erstellung des Spielplatzes sollen sowohl die Bedürfnisse von kleinen Kindern wie auch von Schulkindern berücksichtigt werden. Als Modell dienen die Spielplätze Schützenweg und Längmuur.

FSU-Sprecher *Thomas Fuchs* (SVP): Es geht um einen Investitions- und Verpflichtungskredit für den Kauf einer Landparzelle der Firma Galenica an der Looslistrasse und am Untermattweg von 3,7 Millionen Franken.

Eins kann man vorwegnehmen: Es ist fast ein historischer Entscheid, weil es der teuerste Spielplatz der Welt ist, über den Sie heute entscheiden können.

Ich war mehrfach vor Ort. Es hat heute relativ nahe einen Spielplatz, der im Besitz der Burgergemeinde ist. Dort konnte man eine Nutzung bis 2028 aushandeln – eine Parzelle, die aus meiner Sicht für einen Spielplatz geeignet ist. Er liegt aber in der falschen Zone, nämlich in der Industrie- und Gewerbezone und darum müsste man dort eine Zonenplanänderung machen oder nochmal eine Ausnahmegewilligung erteilen, wenn man den Spielplatz länger als bis 2028 brauchen will. Die Stadt Bern hat gesagt, man brauche einen Kinderspielplatz und man war im Quartier auf der Suche nach geeigneten Parzellen, hat aber nichts anderes gefunden als die heute zur Diskussion stehende Parzelle von 2537 m². Das ist eine Riesenparzelle und ich empfehle Ihnen, sich das mal anschauen zu gehen am Wochenende. Machen Sie einen Ausflug an die Looslistrasse und schauen Sie sich die Parzelle an. Überlegen Sie sich, ob Sie dort Ihre Kinder spielen lassen möchten. Sie liegt mitten im Industriegebiet. Es hat Lastwagen, das Dysli Car-Unternehmen. Es ist ehrlicherweise nicht gerade das Top-Gebiet von Bethlehem. Es ist eine relativ problematische Siedlung und das ist freundlich ausgedrückt. Der Platz ist logischerweise auch viel zu gross für einen Spielplatz. Ich bin gestern noch einmal durchgefahren. Der Parkplatz verfügt momentan über 90 Parkplätze, die eigentlich alle besetzt waren. Ehrlicherweise müsste man sagen, dass man ungefähr einen Viertel dieser Parzelle für einen Kinderspielplatz brauchen würde. Man hat aber nachher gesagt, dass man dort auch eine Begegnungszone machen will. Ich habe bereits in der Kommission gesagt, dass ich nicht wüsste, wer sich dort begegnen will. Aber man kann das durchaus als politischen Willen anschauen, dass man dort eine Begegnungszone macht. Der Preis, den ich erwartet habe, lag bei 500 bis 600 Franken pro m² für einen Spielplatz. Man liess Bewertungen machen, die viel höher ausfielen. Aber man muss sagen, dass diese Bewertungen auf der Annahme basierten, dass man ein Mehrfamilienhaus auf die Parzelle baut, und es ist natürlich logisch, dass das andere Werte ergibt. Man könnte wahrscheinlich 100 bis 150 Wohnungen auf diese Parzelle stellen, was eigentlich Sinn machen würde, denn man will in der Stadt Bern ja Wohnungen bauen. Wenn man das Land aber nachher für Schrebergärten oder für Pflanzplätze oder einfach zum Verweilen oder eben als Kinderspielplatz braucht, ist der Verkehrswert nicht korrekt. Man müsste eigentlich dem Auftraggeber sagen, dass wir eine Bewertung für die künftige Nutzung wollen. Ich bin seit 25 Jahren im Liegenschaftsgeschäft. Ich erlaube mir wirklich zu sagen, dass ich in diesem Bereich doch ein bisschen Bescheid weiss. Man zahlt hier fast 1500 Franken pro m² für einen Kinderspielplatz. Die Frage ist, ob Sie etwas anderes finden, wenn Sie nächstes Wochenende durch das Quartier laufen. Man hätte sicher die Möglichkeit, dort etwas zu finden. Es hat sehr viele alte Liegenschaften und Flächen und man würde wahrscheinlich einen Verkäufer finden, der bereit wäre, für einen Kinderspielplatz eine solche alte Baracke wegräumen zu lassen.

Zumindest haben wir in der Kommission diskutiert, welche Alternativen es gäbe. Die Stadt sagt eigentlich, dass sie sich bewusst ist – man konnte es auch im Vortrag des Gemeinderats lesen –, dass es ein enorm hoher Preis ist. Es ist also allen bewusst, dass das viel Geld ist, das man hier ausgibt. Darum habe ich vom teuersten Kinderspielplatz der Welt gesprochen.

Folgendes kommt noch dazu und ist eigentlich bei einem Liegenschafts Kauf unüblich: Es gibt einen sogenannten Nutzen-Schaden-Termin. Ab diesem Datum, also wenn man den Kaufpreis bezahlt hat, gehen alle Erträge zugunsten des Käufers des Landes oder Liegenschaft. Zum Beispiel Nutzen/Schaden per 1. Januar 2023, dann geht logischerweise das Geld, das aus dem Haus oder der Parzelle reinkommt – die gesamten Erträge – zum neuen Besitzer. Die Stadt Bern hat aber vereinbart, dass die Erträge weiterhin zu Galenica gehen. Also, man zahlt den ganzen Kaufpreis und verzichtet auf die Erträge. Das ist absolut unüblich. Ich habe in den letzten 25 Jahren in meiner täglichen Arbeit kein einziges solches Geschäft gesehen. Es ist natürlich so, dass der Verkäufer das grundsätzlich verlangen kann, wenn er einen findet, der damit einverstanden ist. Es ist wirklich sehr unüblich. Man könnte einen solchen Kauf zum Beispiel als Privater nicht einmal über eine Bank finanzieren, weil die Erträge nicht an den neuen Eigentümer gehen.

Also das ist sehr speziell, aber wie gesagt, es ist ein freier Markt. Wenn sich Verkäufer und Käufer einig sind, ist das durchaus eine Möglichkeit. Man müsste aber bei der Steuerverwaltung das Geschäft genauer anschauen. Aus meiner Sicht ist das eine klare Umgehung der Grundstückgewinnsteuer. Wenn man den Kaufpreis heruntersetzt und weiss, dass man noch künftige Erträge daraus erhält, dann wird das natürlich steuerlich ganz anders behandelt. Bei einer Liegenschafts Grundstücksgewinnsteuer ist der Kaufpreis massgebend, auf dem Gewinn zahlt man viel Steuern. Wenn man den Gewinn über Jahre als Ertrag bekommt, sieht das anders aus. Also beschissen ist eigentlich letztendlich auch hier wieder der Staat. Man hat das in der Kommission eingehend besprochen und ich denke, das Resultat, das herauskam, zeigt das ein bisschen. Es gab 4 Ja-, bei 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. Also eigentlich das knappste Resultat, um den Antrag zu genehmigen. Ich vertrete in dem Sinne die Kommissionsmehrheit, die Ihnen mit 4 Ja- zu 3 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen empfiehlt, dem Investitionskredit zuzustimmen.

Judith Schenk (GLP) zu Antrag 2 und für die Fraktion GLP/JGLP: Ich mache die Antragsbegründung und das Fraktionsvotum. Wir sind uns alle einig, dass das Grundstück extrem teuer ist und die Kosten für das Stück Bauland für einen Spielplatz exorbitant sind. Zudem kann man die vorliegende Zahl ungefähr verdoppeln, bis der Spielplatz dann wirklich nutzbar sein wird. Über die Kosten für den Rückbau der bestehenden Bauwerke, den Bau und die Installation des Spielplatzes sowie dessen Instandhaltung haben wir noch gar noch nicht diskutiert. Die GLP/JGLP ist eine Fraktion bestehend aus Eltern, Bonuseltern und Lieblingstanten. Natürlich sind Spielplätze und Freizeitangebote für Kinder megawichtig für uns. Für das geben wir auch gerne Geld aus und auch, wenn es nicht anders geht, dann darf es auch teures Bauland sein. Dafür muss uns die Stadt aber einfach zuerst überzeugen, dass es keine bessere Variante gibt. Und aus folgenden Gründen hat das vorliegende Geschäft keinen guten Eindruck bei uns hinterlassen. Für mich sind die Preisverhandlungen per se widersprüchlich dargestellt. Einerseits will die Verkäuferin das Geschäft so rasch wie möglich abschliessen, will das Land nicht unter Wert verkaufen und geht dann gleich 1,5 Millionen Franken mit dem Preis runter. Weiter hinterlässt es keinen sehr guten Eindruck, dass die Stadt einerseits das Land der Verkäuferin weiterhin zur Nutzung überlassen will. Sie weiss nicht einmal, ob die Mitarbeitenden der Galenica, also der jetzigen Besitzerin, Parkplatzgebühren zahlen müssen. Aber das wirklich ausschlaggebende Argument für unseren Antrag steht bereits im ersten Absatz des Stadtratsvortrags. Es *müssen* auf dem Areal Weyermannshaus West Spielflächen und Spielplätze erstellt werden. Das besprochene Grundstück, das gekauft werden soll und das Areal Weyermannshaus liegen direkt gegenüber. Im Worstcase werden sich also zwei Spielplätze direkt gegenüber liegen, wenn die Stadt das nicht vorher gründlich abklärt.

Weiter grenzt das wunderschöne Weyeri-Bad hinten ans Weyermannshaus West Areal an. So einen riesigen Platz muss man auch im Winter nutzen können und er ist gerade einmal

650 Meter zu Fuss vom besprochenen Grundstück entfernt. Kinder, die noch zu klein sind für die Strecke und diese noch nicht selber laufen können, müssen hoffentlich auch nicht alleine auf den Spielplatz gehen, der direkt vor einem Block liegt. Wir bitten Sie deshalb um die Annahme unseres Antrags. Wir sind nicht gegen den Kauf dieser Parzelle und schon gar nicht, wie bereits gesagt, gegen mehr Spielplätze, aber wir müssen wirklich sichergehen, dass es keine bessere und frankenmässig günstigere Variante gibt. Darum wollen wir, dass die Stadt in diesem Geschäft noch einmal ganz genau über die Bücher geht. Das ist eigentlich unser Antrag.

Zum Fraktionsvotum: Den Anträgen 1 bis 3 stimmen wir zu, weil wir einfach nicht zufrieden sind mit der Qualität des Geschäfts. Anträge 4 und 5 weisen wir zurück, weil sie einfach nicht so viel Sinn machen. Die Verkäuferin kann ihre Konditionen auch entsprechend einfach anpassen. Und zum Antrag 6 möchte ich einen kleinen Ausschnitt aus dem 30-seitigen Spielplatzkonzept der Stadt Bern vorlesen: «Obwohl auf einem Spielplatz Angebote für Kinder im Vordergrund stehen, soll er gleichermassen für ein möglichst breites Publikum attraktiv sein und verschiedenen Altersgruppen Spiel- und Nutzungsangebote offerieren. Die Ausbildung verschiedener Zonen für unterschiedliche Altersgruppen erscheint sinnvoll zur Vorbeugung von Konflikten zwischen den verschiedenen Nutzergruppen.» Ich glaube, die Stadt Bern bringt das hin.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

X

für das Protokoll

X

Michael Hoekstra

Christine Otis

Präsenzliste der Sitzung 20.35 bis 22.40 Uhr

Vorsitzend

Präsident Manuel C. Widmer

Anwesend

Yasmin Amana Abdullahi
 Valentina Achermann
 Janina Aeberhard
 Timur Akçasayar
 Katharina Altas
 Ursina Anderegg
 Tom Berger
 Nicole Bieri
 Lea Bill
 Laura Binz
 Gabriela Blatter
 David Böhner
 Regula Bühlmann
 Michael Burkard
 Eva Chen
 Francesca Chukwunyere
 Dolores Dana
 Milena Daphinoff
 Sibyl Martha Eigenmann
 Vivianne Esseiva
 Alexander Feuz
 Jelena Filipovic
 Jemima Fischer
 Sofia Fisch

Thomas Fuchs
 Katharina Gallizzi
 Lionel Gaudy
 Franziska Geiser
 Claude Grosjean
 Lukas Gutzwiller
 Bernadette Häfliger
 Erich Hess
 Michael Hoekstra
 Thomas Hofstetter
 Seraphine Iseli
 Bettina Jans-Troxler
 Anna Jegher
 Nora Joos
 Barbara Keller
 Ingrid Kissling-Näf
 Fuat Köçer
 Nora Kruppen
 Anna Leissing
 Corina Liebi
 Maurice Lindgren
 Simone Machado
 Salome Mathys
 Matteo Micieli

Szabolcs Mihalyi
 Tanja Miljanovic
 Dominic Nellen
 Barbara Nyffeler
 Halua Pinto de Magalhães
 Simone Richner
 Claudio Righetti
 Mirjam Roder
 Sarah Rubin
 Michael Ruefer
 Kurt Rügsegger
 Judith Schenk
 Florence Schmid
 Sara Schmid
 Chandru Somasundaram
 Ursula Stöckli
 Irina Straubhaar
 Michael Sutter
 Johannes Wartenweiler
 Lukas Wegmüller
 Janosch Weyermann
 Marcel Wüthrich

Entschuldigt

Lena Allenspach
 Ruth Altmann
 Mirjam Arn

Diego Bigger
 Thomas Glauser
 Ueli Jaisli

Mahir Sancar
 Therese Streit-Ramseier
 Bettina Stüssi

Vertretung Gemeinderat

Marieke Kruit TVS

Michael Aebersold FPI

Entschuldigt

Alec von Graffenried PRD

Reto Nause SUE

Franziska Teuscher BSS

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin
 Anita Flessenkämper, Protokoll

Mago Flück, Ratsweibel
 Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberi

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Bevor wir zu den Kleinen Anfragen kommen, möchte ich Sie bitten, sich für das Abschlussessen in zwei Wochen anzumelden, denn die Anzahl Plätze ist beschränkt. Denn wenn Leute am Boden sitzen müssten, wäre das nicht lustig.

- Die Traktanden 18 bis 20 werden vorgezogen. -

18 Kleine Anfrage David Böhner (AL): Wie hoch ist der Stromverbrauch des Rendez-vous am Bundesplatz (in kWh)?

2022.SR.000171

David Böhner (AL): Besten Dank für die Antwort des Gemeinderats. Ich bin extrem erstaunt: 15 Kilowattstunden für das Rendez-vous am Bundesplatz für eine halbe Stunde. Es sind vermutlich sechs Beamer. Die Lautstärke stammt von den Boxen, die dort sind. Das dünkt mich ist eine extreme Leistung. Chapeau. Ich hoffe, die Angaben stimmen. Ich habe das Gefühl, dass, wenn ich zu Hause eine halbe Stunde staubsauge, ich auch fast auf so viel komme. Wenn das stimmt, dünkt es mich auf jeden Fall, man müsste diese Anlage dort stehen lassen und das Bundeshaus die ganze Zeit auf diese Weise beleuchten, anstatt mit den anderen Lichtern, die normalerweise brennen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

19 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger/Thomas Glauser, SVP): Kritische Fragen zur Preisgestaltung der EWB-Tarife und zum Eigendegrad des EWBs

2022.SR.000174

Alexander Feuz (SVP): Ich bin gespannt, ob es effektiv so ist, dass es keine Mehrkosten verursachen soll, wenn man den Anteil Naturgas erhöht. Vielleicht noch eine kurze ketzerische Bemerkung: Ich kann mich noch erinnern, als Doris Leuthard und die Mitte gesagt haben, wie gut es mit der Energiewende herauskommen würde. Wenn Sie jetzt Zeitung gelesen haben, sehen Sie, dass wir Kleider nicht mehr bügeln sollen. Als Sparmassnahme sollen wir die Wäsche mit nicht mehr als 30 Grad waschen. Die Empfehlung von Ärzten wegen Fusspilz lautet, dass 60 Grad besser wären – das einfach nur zu Ihrer Kenntnis. Das ist eine Energiestrategie, die gescheitert ist.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

20 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger/Thomas Glauser, SVP): Verzicht auf die geplanten Auslauf Tore beim Bueberseeli/Marzili aus Spargründen: Folgen für den Hochwasserschutz? Was für Mehrkosten drohen, wenn die Auslauf Tore nun – entgegen der ursprünglichen Planung – neu nicht mehr im Trocken, sondern im fliessenden Gewässer eingebaut werden müssen?

2022.SR.000179

Alexander Feuz (SVP): Ich bin gespannt, ob es mit dem Hochwasserschutz effektiv so ist. Frage 2b haben sie nicht beantwortet. Ich habe nach den ursprünglichen Kosten gefragt. Zur Frage nach den Mehrkosten werde ich auch mit den Spezialisten Rücksprache nehmen. Wir werden später sehen, wie teuer es wird. Wenn Sie Taucher und Spezialfirmen brauchen, wird das dann relativ schnell sehr teuer oder ganz teuer. Deshalb wäre ich für Transparenz gewesen. Und wie gesagt: Die Frage wurde nicht beantwortet. Ich bleibe am Thema dran.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

5 Fortsetzung: Grundstück 248/VI, Looslistrasse/Untermattweg, 3027 Bern: Kauf; Investitionskredit

2022.FPI.000057

Mirjam Roder (GFL) zu Antrag 6 und für die Fraktion GFL/EVP: Ich halte das Fraktionsvotum und begründe den Antrag im Namen von Therese Streit-Ramseier, die heute leider mit Corona zuhause bleiben musste. Der Antrag stammt also aus ihrer Feder. Die GFL/EVP-Fraktion stellt den Antrag, dass beim Erstellen des Spielplatzes darauf geachtet wird, dass er nicht nur auf kleine Kinder ausgerichtet, sondern auch für Schulkinder attraktiv gestaltet wird; auch im Hinblick darauf, dass die Kosten für den Spielplatz hoch sind. Deshalb soll auch auf alle Kinder Rücksicht genommen werden. Schon seit 2005 ist die Unterversorgung des Untermatt-Quartiers mit Spiel- und Begegnungsflächen bekannt. Durch die Entwicklung Weyermannshaus West wird sich das für die Kinder aus dem Untermatt-Quartier nicht ändern. Im Entwicklungsgebiet werden rund 800 neue Wohnungen entstehen. Die Untermatt selber ist eines der kinderreichsten Quartiere der Stadt Bern. Das Grundstück für den Spielplatz liegt an der Schnittstelle zwischen Untermatt-Quartier und Weyermannshaus West. Und genau dieser Bewegungsraum wird zur Durchmischung der Bevölkerung beitragen.

Zum Fraktionsvotum: Wir haben das vorliegende Geschäft in der Fraktion intensiv diskutiert. Auf der einen Seite hatte es klar befürwortende Stimmen. Auf der anderen Seite gab es Skepsis bezüglich des Vorgehens, eine Parzelle in der Wohnzone für einen Spielplatz zu kaufen, obwohl es in der Stadt an Wohnraum mangelt. Im Artikel der Zeitung «Der Bund» wurde aber vom Gemeinderat versichert, dass die Fläche in der Wohnzone bleibt und somit zu einem späteren Zeitpunkt als Reserve für Wohnbauten genutzt werden könne; das aber hoffentlich erst, wenn eine alternative Fläche für einen Spielplatz gefunden wurde, vielleicht eine, die auch etwas zentraler im Quartier liegt. Wir hoffen auch, dass sich der Gemeinderat an dieses Versprechen halten wird, und das hier noch einmal so bestätigt. Wir begrüßen sehr, dass der Gemeinderat sich dafür eingesetzt hat, dass auch bei der Überbauung Weyermannshaus West genügend Grün- und Begegnungsflächen geschaffen werden. Wir hoffen aber, dass die auch öffentlich zugänglich sein werden. Wir haben gehört, dass die Spielplätze dort von den Grundeigentümer*innen zur Verfügung gestellt werden und nicht öffentlich sein werden. Schon bei der Brännensiedlung hat es private Spielplätze, wo explizit steht, dass nur die Anwohner*innen sie benützen dürfen. Das ist unverständlich. Hat man Angst, dass auch die ge-

fährlichen Bethlehem-Kinder dort spielen oder was ist genau die Überlegung dahinter? Wir finden das eine gefährliche Entwicklung, der man unbedingt entgegenwirken muss. Aber zurück zum Looslistrasse/Untermattweg-Spielplatz.

Wir waren uns in der Fraktion alle einig, dass das Quartier unbedingt einen Spielplatz braucht. Das ist zu Recht ein langjähriges Anliegen von Vertreter*innen aus dem Quartier. Im Quartier hat es bis jetzt nur ein Provisorium, das wieder wegsoll, einen lieblosen Minispielplatz an einer hochfrequentierten Strasse. Als ich einem Kollegen erzählt habe, dass das Quartier keinen richtigen Spielplatz hat, meinte er: Doch, da habe es doch so einen Kiesfleck bei der Strasse hinten. Ich finde, das ist eine sehr treffende Bezeichnung für den Minispielplatz. Aber abgesehen davon hat es in diesem Quartier wirklich nichts. Ich bin gerade letzte Woche wieder mal durch das Quartier gegangen und habe mich ein bisschen umgesehen. Ich muss sagen, es hat einfach nichts, wo man verweilen oder sich mit anderen Leuten aus dem Quartier austauschen oder eben spielen könnte – nicht mal eine Bank habe ich gesehen. Von der Strasse abgesehen, sind die einzigen freien Flächen kleine Rasenflächen zwischen den Blöcken, die aber zu einem grossen Teil abgesperrt sind, damit auch ja keine Kinder darauf spielen; kein Wunder also, ist die Fluktuationsrate in diesem Quartier so hoch. Es lädt ja nicht gerade ein, länger zu bleiben. Besonders für Familien mit kleinen Kindern ist es wichtig, dass es in unmittelbarer Nähe einen Spielplatz gibt.

In anderen Quartieren haben sich die Bewohnenden stark für die Spielplätze eingesetzt; zum Beispiel im «Breitsch», wo die Anwohnenden für den Schützenwegspielplatz gekämpft haben. Das wird im Untermatt-Quartier aufgrund der sozioökonomischen Zusammensetzung der Bewohnenden aber wohl nicht passieren. Aber das Untermatt-Quartier hat wie alle anderen Quartiere auch einen Spielplatz verdient. Es ist übrigens nicht der teuerste Spielplatz der Welt. Wir haben gehört, dass der Schützenwegspielplatz noch ein bisschen mehr gekostet hat. Wir hoffen natürlich auch, dass etwas ganz Tolles darauf entsteht, wie zum Beispiel beim Längmuurspielplatz oder dem Schützenwegspielplatz. Diese beiden wurden in der Fraktion als der «füdleblutte» Wahnsinn bezeichnet. Aus den vorhergenannten Gründen darf ich mit Freude sagen, dass die GFL/EVP-Fraktion das Geschäft einstimmig annehmen wird.

Alexander Feuz (SVP): Ich werde die Anträge begründen. Janosch Weyermann wird das Fraktionsvotum halten. Eine erste Vorbemerkung: Die SVP hat gar nichts gegen Spielplätze. Sie kennen mich ja. Ich bin fast auf allen Spielplätzen in der Stadt Bern gewesen. Ich finde, das ist etwas Schönes, etwas Wichtiges. Aber die zweite Vorbemerkung lautet: Man muss auch gesunden Menschenverstand haben. Waren Sie einmal dort? Wissen Sie, welche Areale es dort sonst noch gibt? Das «Weyerli» ist nahe. Wenn Sie das einfach mal gesehen haben, müssen Sie sich fragen, ob es hier um einen Kinderspielplatz geht oder darum, strategisches Gelände zu einem übertriebenen Preis zu holen und zu festigen? Zu unseren Anträgen: Zuerst ein Nichteintretensantrag: Auf die Vorlage sei nicht einzutreten. Für uns ist das Geschäft absolut jenseitig. Spielen wir doch mit offenen Karten. Es geht hier nicht um den Spielplatz. Es geht hier darum, strategische Landreserven zu halten, und dafür praktisch jeden Preis zu zahlen. Meines Erachtens ist das einmal mehr ein unsauberes Spiel. Darum sagen wir: Nichteintreten ist eine saubere Lösung. Es gibt Alternativen. Und mit diesen Alternativen in der Nähe kann man leben. Ich glaube, das wäre der richtige Weg. Denken Sie auch ein bisschen an die Finanzen. Denn was ist wirklich nutzbar, was ist wünschbar? Wenn Sie das genau studieren, müssen Sie zum Schluss kommen, auf das Geschäft sei nicht einzutreten.

Ich komme zum zweiten Antrag. Damit verlangen wir eine Rückweisung an den Gemeinderat mit der Auflage, nach einer kleineren Fläche zu einem wesentlich tieferen Kaufpreis zu suchen oder Verhandlungen zur Weiterführung am bisherigen Standort zu führen. Ich habe vorhin gesagt, es gibt viele Kinderspielplätze. Es gibt hier andere Varianten. Wir wissen, welche Varianten es gibt. Es geht wirklich darum, eine strategische Landreserve zu holen. Aber wenn

es um die Kinder geht, gibt es andere Möglichkeiten, dann könnte man anders verhandeln. Aber: Will ich nicht, kann ich nicht. Darum bitte ich Sie, den Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Der nächste Antrag ist der Eventualrückweisungsantrag. Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, dass die Eckwerte des Kaufvertrags wie folgt zu ändern seien. Ab Zahlung des Kaufpreises/Beginn von Nutzen und Schaden gehen die Einnahmen vollumfänglich zugunsten der Käuferin, der Stadt Bern, und nicht wie geplant weiterhin zur Verkäuferin. So ist das eigentlich bei Handänderungen normal. Man muss einfach sagen, es gibt auch gewisse Grundsätze mit Nutzen und Schaden. Auch hier setzt die Stadt Bern sich einmal mehr darüber hinweg. Ich habe das schon ein paarmal festgestellt. Ich denke nur an das Alters- und Pflegeheim Kühlewil. Das haben wir zuerst für x Millionen renoviert und kurz darauf haben wir es für ein Dreckgeld an eine weitere Organisation verschertelt. Das sind für mich einfach gewisse Grundsätze. Es ist nicht korrekt, wenn man es so macht. Ich bin kein Steuerrechtler, das wissen Sie. Aber für mich ist es fraglich, ob das eine versteckte Kaufpreiszahlung ist, und ob man hier nicht noch allenfalls grundstückgewinnabgabepflichtig wäre und es einen Verstoss gegen die Steuerwahrheit darstellt. Ich bitte die Steuerrechtler, den Ball aufzunehmen. Ich habe immer gesagt, im Steuerrecht gibt es einen Grundsatz: In Dubio pro Fiskus – im Zweifel gegen den Steuerpflichtigen, im Grundsatz für den Fiskus. Und hier bin ich gespannt, was der Gemeinderat zu diesen Vorwürfen zu sagen hat, die wir hier auf das Tapet bringen, nämlich, dass man hier wieder etwas tut, das unkorrekt ist.

Zum Antrag 5: «Er bewilligt für den Erwerb des Grundstücks 248/VI von der Galexis AG einen Investitionskredit von Fr. 3 700 000.00 zuzüglich Notariats- und Grundbuchkosten zulasten der Investitionsrechnung von Immobilien Stadt Bern, unter Vorbehalt, dass ab Zahlung des Kaufpreises (Beginn von Nutzen- und Schaden) die Einnahmen vollumfänglich z.G der Käuferin Stadt Bern gehen und nicht wie geplant weiterhin z.G. der Verkäuferin. Wie dies bei Handänderungen immer der Fall ist.» Das ist für mich eigentlich ein Grundsatz, den man bei Kaufverträgen immer hat. Ich hoffe, dass mich die Juristen aller Parteien darin unterstützen. Wir können natürlich immer davon abweichen, aber es ist sehr aussergewöhnlich. Wahrscheinlich geht es eben darum, wieder etwas einzufädeln. Man operiert hier mit versteckten Waffen. Darum stellen wir den Ergänzungsantrag. Ich rufe die Juristen-Kollegen auf, zu diesem Punkt Stellung zu nehmen. Für uns ist dieser Antrag klar begründet.

Fraktionserklärungen

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die GB/JA!-Fraktion ist sehr erfreut über das Geschäft und unterstützt es natürlich; erstens, weil der Bedarf an Spiel- und Begegnungsräumen im Untermatt-Quartier riesig ist und schon seit sehr, sehr vielen Jahren vehement eingefordert, und von der Stadt auch schon länger anerkannt wird, und zweitens, weil die Stadt bei Verdichtungsentwicklungen vorwärtsmachen muss und dabei Sozialräume und Grünflächen zwingend vorausschauend eingeplant werden müssen; gerade, wenn es um sozialräumliche Schnittstellen zwischen verschiedenen Quartieren geht. Und das ist eine grosse Herausforderung. Es wird sich aber längerfristig für das Zusammenleben in der Stadt mehr als auszahlen. Und drittens finden wir es grundsätzlich auch sehr wichtig, dass die Stadt wieder zu mehr Boden kommt, weil wir so mehr Handlungsspielräume für die Stadtentwicklung im Gesamten haben. Das Geschäft ist jetzt eigentlich auch nichts anderes als die Umsetzung des bereits vom Gemeinderat verabschiedeten Richtplans Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Ausserholligen und der Überbauungsordnung Weyermannshaus West. Das Vorhaben ist dort schon festgehalten. Der Vorschlag zum Kauf genau dieser Parzelle wurde vorgängig in der Erarbeitung dieser Instrumente seitens der Quartierkommission Bümpliz-Bethlehem (QBB), verschiedensten Quartiervereinen, des Dachverbands offene Arbeit mit Kindern in der Stadt Bern (DOK) und übrigens interessanterweise auch von der GLP selbst eingebracht. Die For-

derung ist jetzt zum Glück aufgenommen worden und das Geschäft liegt vor. Wir bedanken uns beim Gemeinderat für die Verhandlungen mit Galenica für das vorliegende Geschäft. Wir können heute zusammen einen sehr wichtigen Pflock einschlagen und einen langjährigen Mangel beheben. Zu der aktuellen Situation in der Untermatt. Ich weiss nicht, wer das Quartier kennt und vor Augen hat, wie es dort in dem durch grosse Strassen und Industrie abgeschnittenen Quartier genau aussieht. Die Untermatt ist eines der kinderreichsten Quartiere und die allermeisten Kinder kommen aus sozioökonomisch prekarisierten Verhältnissen. Gleichzeitig wird die Unterversorgung mit öffentlichen Räumen schon seit fast 20 Jahren festgestellt und angemeldet. In dieser Zeit hat man immer wieder mit provisorischen Spielräumen versucht, Lösungen für die Kinder zu finden. Das ist erstens übermühsam und vor der Ausgangslage der Quartierstruktur sehr herausfordernd. Ich war in die Suche des jetzigen Provisoriums als DOK-Präsidentin auch involviert und ich kann Ihnen sagen, das ist eine riesige Hauruckübung. Parkplätze sind für sehr viele privaten Bodenbesitzer*innen wichtiger als die Bedürfnisse von Kindern. Einzelpersonen wollen keine Kinder vor einer Wohnung haben, wegen: Achtung Kinderlärm. Das erschwert die Standortsuche massiv. Alternativen zu finden, ist wirklich nicht einfach, weil die nicht vorhanden sind. Es hagelt sofort Einsprachen, wenn man auch nur ein kleines Stück «freischaufeln» will.

Das Vorhaben Lösungen zu suchen beschäftigt immer wieder verschiedenste Akteur*innen und auch die Verwaltung. Dabei sind schon sehr, sehr viele Stunden draufgegangen und es kann nicht sein, dass genau in einem Quartier in der Untermatt jetzt nicht schnellstmöglich endlich eine langfristige Lösung angepackt wird. Es ist schon viel zu viel Zeit vergangen und die Lage hat an Dringlichkeit nicht verloren. Das Provisorium des aktuellen Spielplatzes läuft schon bald wieder aus.

Bei der Schaffung von Spiel- und Begegnungsräumen für Kinder von Luxus zu reden, liebe GLP, finde ich ziemlich zynisch und auch ein bisschen ignorant. Vielleicht ist es einfach auch ein Mangel an Wissen über die Wichtigkeit und die Funktion von öffentlichen Spielräumen. Kinder haben gemäss der Uno-Kinderrechtskonvention das Recht auf freies Spielen und auf Erholung. Und dafür braucht es Platz und dafür braucht es Räume. Das Zurverfügungstellen von öffentlichen Spielräumen ist nicht einfach ein Nice-to-have, wie es heute Abend manchmal ein bisschen geklungen hat. Wir sind als Stadt verpflichtet, Räume zu schaffen. Wenn sie nämlich nicht vorhanden sind, führt das zu Verhäuslichung der Kinder und das kann zur Einschränkung ihrer fundamentalen Rechte führen, weil, wenn sie zu wenig Zugang zu Freiräumen haben, der Kontakt zu anderen schwer ist und sie Probleme in ihrer Entwicklung haben. Spielplätze haben eine zentral wichtige Funktion für die Kinder, aber auch für erwachsene Personen. Sie bieten Bewegungs- und Erlebnis- und Lernräume. Und sie können vor allem wichtige Treffpunkte für die ganze Quartierbevölkerung sein. Durch die Erschliessung entstehen auch klimapolitisch immer wichtiger werdende Grünräume. Die Kinder und die restliche Bevölkerung in der Untermatt, haben ein Anrecht auf öffentlichen Raum, und zwar schon sehr lange. Darum muss es jetzt schnell vorwärtsgehen. Die Investition lohnt sich nicht nur darum, weil die Menschen in der Untermatt Anrecht darauf haben, sondern auch aufgrund der kommenden Arealentwicklungen rundherum. Durch die Schaffung dieses Raums auf genau dieser Parzelle kann eben eine durchlässige Schnittstelle zwischen dem bestehenden Untermatt-Quartier und dem wachsenden Quartier in Weyermannshaus West entstehen. Es ist sehr wichtig, dass wir die Stadt genau so sozialräumlich denken und weiterentwickeln. Ja, es ist ein sehr, sehr grosser Betrag, aber diese Investition ist eine nachhaltige Investition. Im Vergleich mit ein paar Tagen Spass durch Fussball in dieser Stadt, für die wir ja fast das Doppelte an Geld in die Hand genommen haben, ist diese Investition sehr viel nachhaltiger.

Uns wäre es klimapolitisch lieber, wenn die Parkplätze vor der Galenica so schnell wie möglich verschwinden würden. Wir priorisieren aber in diesem Fall, dass der Kauf und vor allem auch die Umsetzung des Spiel- und Begegnungsraums auf dieser Parzelle möglichst schnell

geht. Wir haben darum auch auf Anträge verzichtet, die den Deal der Stadt mit Galenica gefährden oder verzögern würden. Wir erwarten dafür vom Gemeinderat, dass er aber, sobald es okay kommt, mit der Inbetriebnahme des Spielraums loslegen kann. Wir lehnen darum den Nichteintretensantrag und alle Rückweisungsanträge ab. Antrag 6 GFL/EVP nehmen wir an, auch wenn für uns nicht ganz klar ist, worauf er genau abzielt. Auch die Begründung ist ein bisschen kryptisch. Wir verstehen ihn aber so, dass es darum geht, auf dieser Parzelle einen fach- und kindergerechten Spielraum zu gestalten und nicht einfach eine Plastikschaukel irgendwo in eine Ecke zu stellen oder so. Für uns ist klar, dass es auch in Richtung eines Abenteuerspielplatzes gehen soll. Wir gehen davon aus – das ist eigentlich mittlerweile auch State of the Art, wie man so schön sagt –, dass der Gemeinderat und die verantwortlichen Dienststellen in der Verwaltung die Gestaltung mit den Fachorganisationen und der Quartierbevölkerung und vor allem mit den Kindern zusammen schnell an die Hand nehmen werden. Wir bedanken uns bei allen, die dem Geschäft zustimmen.

Chandru Somasundaram (SP) für die SP/JUSO: «Drei Zimmer für fünf Personen, sozialer Wohnungsbau der Fünfzigerjahre. Sie war im elterlichen Schlafzimmer untergebracht. Die Brüder teilten sich das Kinderzimmer. Später fuhr sie mit den Rollschuhen unter den Augen des gesamten Wohnblocks die Strasse auf und ab. Raus aus der engen Wohnung, in der ein unberechenbarer Vater allen Raum einnahm und man nie wusste, was kam.» So beschreibt die Soziologin Hannelore Bublitz in ihrem Buch «Die verborgenen Codes der Erben» die Lebensbedingungen von Kindern, die in sogenannten einfachen Verhältnissen aufwachsen. Und wir wissen alle: Solche Verhältnisse bestehen auch in der Stadt Bern. Da müssen wir uns nichts vormachen.

Gerade das Untermatt-Quartier im Westen Berns weist eine besondere Sozialstruktur auf. Hier leben viele Menschen ohne Schweizerpass, viele Arbeiter*innen und junge Familien mit niedrigem Einkommen. Zu all dem kommt noch, dass der Stadtteil 6 den grössten Anteil von Sieben- bis 15jährigen aufweist. 28,1 Prozent aller Bernerinnen in dieser Altersklasse wohnen im Stadtteil 6. Nicht selten leben gerade hier Kinder in engen Wohnungen und sind auf Spiel- und Begegnungsorte im Quartier angewiesen.

Quartierspielplätze bieten wichtige Voraussetzungen für eine gesunde geistige, körperliche und soziale Entwicklung von Kindern. Kinder brauchen sinnliche und gestaltbare Räume, die ihre Kreativität und Fantasie anregen und vielfältige Bewegungs- und Spielerfahrungen ermöglichen. Die Pandemie hat eindrücklich gezeigt, welchem Risiko Kinder und Jugendliche ausgesetzt sind, wenn sie nicht regelmässig nach draussen gehen können. Für die soziale und motorische Entwicklung von Kindern ist das Wohnumfeld ausschlaggebend. Hier passiert die Integration und Bewegungsförderung im Alltag auf natürliche Art und Weise. Spielbereiche sind mehr als Räume für Kinder. Vielfältige und anregende Gelände werden zu begehrten Begegnungsorten für Jung und Alt. Ungezwungener Kontakt und spontaner Erfahrungsaustausch schaffen einen Ausgleich zum Schulalltag, zur institutionellen Betreuung oder auch zur Familie. Es ergibt sich eine soziale Bereicherung. Die Integration und der Zusammenhalt im Quartier wird unterstützt. Dazu sind Begegnungs-, Erlebnis und Spielräume in der Wohnsiedlung und im Quartier dringend nötig. Tatsache ist, dass das Untermatt-Quartier ein Unterangebot an Spiel- und Begegnungsflächen für Kinder und Jugendliche hat. Das hat die Stadt Bern schon 2012 in ihrer Spielraumanalyse über den Stadtteil 6 festgestellt. Es besteht also dringender Handlungsbedarf. Das Einzugsgebiet des geplanten Quartierspielplatzes reicht von Bethlehem-Säge bis zum «Weyerli» und kürzt Wege für Kinder und Jugendliche massiv ab, um sich im Quartier zu treffen. So profitieren junge Menschen von einer erhöhten Sicherheit. Zudem handelt es sich beim Untermatt-Quartier um ein Quartier ohne Schulinfrastruktur; also ein Manko mehr in Sachen Spiel- und Begegnungsfläche. Jetzt kann man einwenden, dass die Überbauung Weyermannshaus West für die nötigen Flächen sorgt. Das stimmt aber

so nicht. Das Projekt soll gestaffelt über 10 bis 20 Jahre umgesetzt werden. Grund dafür sind die unterschiedlichen Baurechtsverträge. Weiter wird die Grünfläche nur für private Eigennutzung zur Verfügung stehen. Das reicht einfach nicht. Es ist heute Handlungsbedarf gegeben. Ob die Grünflächen ausreichend sind, ist heute auch noch ungewiss. Die Planung ist noch nicht so weit. Zudem müssen der sozialräumliche Aspekt und das menschliche Verhalten auch noch berücksichtigt werden. Es ist halt so, dass Kinder und Jugendliche aus dem Untermatt-Quartier grosse Hemmungen haben werden in Weyermannshaus West in einem neuen Quartier eine Begegnungsfläche aufsuchen.

Wenn wir dem Kredit zustimmen, machen wir den Weg für eine wichtige Familieninfrastruktur im Quartier frei und werten es auch auf, was den Ruf des Untermatt-Quartiers verbessert und die Fluktuation senkt.

Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats. Aber wir fordern ebenfalls, dass es nach dem Kauf keine Umzonung geben darf. Die Parzelle soll weiterhin als Wohnzone erhalten bleiben und nicht in eine Zone zur öffentlichen Nutzung umgezont werden. So bleibt gewährleistet, dass zu einem späteren Zeitpunkt Wohnungen gebaut werden können, wenn der Bedarf besteht. Und die Stadt kauft hier Bauland. Das ist eine Investition, die sich auszahlt. Solch eine Landreserve steigt im Wert, gerade auf Stadtgebiet. Ich komme zum Schluss: Mit diesem Projekt werden die Familien in ihrem Alltag entlastet, weil der Nachwuchs sich sicher im Quartier bewegen kann. Weiter werden die Gesundheit und die Eigenständigkeit der Kinder und Jugendlichen gefördert, was in einem Quartier mit dieser Sozialstrukturenorm wichtig ist. Die vorgeschlagene Investition des Gemeinderats stellt somit eine Investition in die Zukunft dar und kommt den Menschen im Quartier direkt zugute. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion SVP: Sie haben es im Votum von Kommissionsprecher Thomas Fuchs gehört: Es ist ein historischer Tag. Sie werden hier wirklich Zeuge oder Zeugin eines historischen Tags, indem sich die tief in den roten Zahlen steckende Stadt Bern den teuersten Spielplatz aller Zeiten gönnt. In Zeiten leerer Kassen passt es eben nicht so ganz, 3,7 Millionen Franken nur für ein Stück Land auszugeben. Vorher wurde gesagt, der Schützenweg sei teurer gewesen. Aber dort hat man auch noch gebaut. Man hat nicht nur das Land gekauft. Darum geht es nicht so ganz auf. Und es passt eigentlich auch nicht ganz zu dem, was wir immer von dieser Seite hören. Jedes Mal ziehen Sie mit diesen Sprüchen in die Wahlen: Mehr Wohnraum für alle, mehr günstigen Wohnraum für alle, verdichtet bauen. Und was machen Sie hier? Eine Grünfläche mit einem Spielplatz überbauen, wo doch gleich daneben auf einem Riesenareal x Spielplätze kommen werden. Sie haben oben ein Waldstück. Kinder wollen doch in den Wald. Lassen Sie doch die Kinder in den Wald gehen und spielen, statt sie in einer Industriezone spielen zu lassen. Daneben liegt das grösste Freibad Europas, wie es immer wieder angepriesen wird, aber das spielt offenbar keine Rolle. Sie finden es cool, 3,7 Millionen Franken auszugeben und Spielplätze zu basteln. Noch etwas zur Wohnstrategie: Das Mädergutareal soll überbaut werden. Gerade kürzlich wurde da das erste Projekt vorgestellt. Dort wollen Sie verdichtet bauen, denn es brauche mehr Wohnraum. Und hier einmal mehr: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern? Wirklich direkt angrenzend ist ein riesiger Perimeter, der überbaut werden soll – Weyermannshaus West. Sie wollen doch nicht sagen, dass der Grundeigentümer oder die, die dort bauen werden, kontrollieren und sagen werden: Das sind die Kinder vom Untermatt-Quartier – die dürfen hier leider nicht spielen. Also bitte, hören Sie doch auf mit solchem Zeug.

Und was mir ganz sauer aufstösst und was ich doch sehr quer in der Landschaft finde, ist der Deal mit der Galenica und dass Sie dem zustimmen und hier eigentlich einem Grosskonzern Gratisparkplätze zur Verfügung stellen, gegen die Sie sonst schiessen. Und Galenica will sogar noch Erträge daraus ziehen. Also, überlegen Sie doch einmal, welchem Geschäft Sie hier

zustimmen wollen. Aber dann dürfen Sie wirklich in keiner Budgetdebatte mehr jammern, wenn es um irgendwelche 10 000 Franken für irgendeinen Verein geht, die man streichen will, wenn Sie hier 3,7 Millionen Franken einfach hinauswerfen und einem Grosskonzern noch ein Mega-Geschenk machen. Wie gesagt, uns stösst das Ganze sauer auf. Wir werden es ganz klar ablehnen, vielleicht noch zu den Anträgen: Wir haben ja selber eingereicht. Antrag 2 GLP/JGLP werden wir selbstverständlich unterstützen. Zum Antrag 6 GFL/EVP: Wir finden, dass Kinder im Schulalter mit Trottinett und Velo so mobil sind, so dass sie irgendwie eben auf andere Spielplätze ausweichen können; wie gesagt, in das Freibad Weyermannshaus oder oben in einen Wald und es gibt genug andere Spielplätze und Spielmöglichkeiten. Und ja: Wir sind momentan ein bisschen im Flow: Velostation, Personalreglement, Gebührenreglement. Wir planen hier ganz klar das Referendum, denn das geht in unseren Augen einfach nicht.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Ich teile grundsätzlich den Unmut meines Vorredners. Das Geschäft wurde schon in der Kommission unvorteilhaft präsentiert und das vertrauensstrapazierende Verhalten des Gemeinderats in vergleichbaren Geschäften in der Vergangenheit tut das Übrige dazu, dass es hier durchaus gerechtfertigt ist, bei diesem Geschäft ein negatives Votum einzulegen. Wir sprechen über eine horrende Summe von 3,7 Millionen Franken, die sich die Stadt Bern in dieser prekären finanziellen Situation schlicht und einfach nicht leisten kann. Ich möchte hier nochmals den vielzitierten Emile de Girardin wiedergeben: «Gouverner, c'est prévoir; et ne rien prévoir, c'est courir à sa perte.» Und ja, ins Verderben rennen wir hier definitiv. Anstatt weitsichtig und frühzeitig eine konsequente Quartierplanung in Angriff zu nehmen, schläft die Stadtverwaltung und das Prädikat «nicht erfüllt» ist hier noch gnädig. Wenn man von Noten sprechen will, geben wir eine Zwei. Jetzt müssen wir mangels Alternativen nehmen, was übrig bleibt, und das ist ein Parkplatz für 3,7 Millionen Franken mit den derzeitigen Überbauungsordnungen. Es sind 3,7 Millionen Franken, die man in Bauland investiert, wobei zum Glück die Verwaltung selber daraufgekommen ist, dass man das nach dem Kauf nicht umzonen sollte. Merci dafür. Somit stellt der Kauf eine Wertanlage dar. Und wir sprechen hier von einem Spiel- und Bewegungsraum. Wir reden hier von einer Kernaufgabe der Stadt Bern. Wir reden hier vom Untermatt-Quartier. Die Untermatt gehört zu den kinderreichsten Quartieren der Stadt Bern und weist einen hohen Anteil an sozioökonomisch benachteiligten und migrantischen Bewohner*innen auf. In der Untermatt gibt es keine öffentlichen Plätze. Es gibt keine Pärke und nur einen kleinen provisorischen Spielplatz, der schon zutreffend als Kiesfleck betitelt wurde. Die Unterversorgung des Untermatt-Quartiers mit öffentlichem Raum wurde bereits 2005 in der Quartierplanung festgestellt. Seither hat sich die Situation nicht verbessert. Jetzt haben wir die Parzelle, die an der Schnittstelle von Untermatt-Quartier und dem Entwicklungsgebiet Weyermannshaus West liegt, wo ein gemeinschaftlich genutztes Quartier mit rund 800 neuen Wohnungen entstehen soll – ein Spiel- und Freiraum also an einer Schnittstelle, die das bestehende Untermatt-Quartier und das neue Quartier zusammenführen sollen, und daher ein Riesenpotenzial birgt, was die Sozialräumlichkeit angeht.

Damit kann in Ausserholligen im Zuge des Entwicklungsschubs auch langfristig ein Mehrwert für das bestehende sozioökonomisch benachteiligte Untermatt-Quartier geschaffen werden. Das ist Integration und das ist Inklusion. Ohne solche Begegnungszonen wird die Entwicklung im Entwicklungsschwerpunkt Ausserholligen nicht mehr durchmischt und auch die Bevölkerung wird nicht dazu beitragen, dass in dem Quartier mehr passiert, das gilt es unbedingt zu vermeiden.

Aufgrund dieser zwei Herzen, die in ihrer Brust schlagen, hat die Fraktion FDP/JF die Stimmfreigabe beschlossen, auch bezüglich der Anträge. Aber ich möchte jetzt trotzdem noch schnell etwas sagen zu dem voreingenommenen Kommissionsvotum, das wir gehört haben.

Die Einnahmen, die die Galenica für die Parkplätze bekommt, belaufen sich auf 40 000 Franken. Wenn wir auf zwei Jahre rechnen, sind es 80 000 Franken, die man dort verliert. Das ist auf die 3,7 Millionen Franken – vorher waren es 5 Millionen Franken – verkraftbar. Wir haben das Geld schon dümmel ausgegeben. Zudem ist es ein Gewinn für die Privatwirtschaft, der wiederum indirekt Steuereinnahmen generiert, und da kann auch die SVP nichts dagegen haben.

Einzelvotum

Thomas Fuchs (SVP) SVP: Simone Richner hat mich persönlich angegriffen, nachdem sie Sätze aus einem grünen Programm vorgelesen hat. Ich habe das Sitzungsprotokoll der Kommission und dort stehen keine positiven Argumente drin ausser jenen des Gemeinderats. Deshalb kann ich als Kommissionssprecher auch nicht positiv darüber berichten; abgesehen davon, dass das Resultat 4 zu 3 bei 3 Enthaltungen war. Man müsste auch das vielleicht zur Kenntnis nehmen. Und die 40 000 Franken waren eine Schätzung des Gemeinderats. Der Gemeinderat wusste nicht einmal, ob Galenica die Plätze vermietet oder nicht. Es sind 90 Parkplätze. Bei Kosten von 75 Franken, das können Sie selbst ausrechnen, kommt man nicht auf 40 000 Franken, sondern auf das Doppelte. Und wenn es einen Gewinnsteuereinfluss hätte, das müssten Sie, Simone Richner, als Hauseigentümergeverbandsvertreter auch wissen, macht das relativ schnell 30, 40 Prozent Gewinn aus, die der Staat verliert.

Direktor FPI Michael Aebersold: Also zuerst mal muss ich sagen, dass ich froh bin, meinen Leuten gesagt zu haben, sie sollen vor der Pause nachhause gehen. So mussten sie sich nicht die Kommentare anhören, die Verwaltung schlafe. Das will ich in aller Form zurückweisen. Sie können einfach nach vorne kommen und schiessen. Sie können Gas geben gegen die politisch Verantwortlichen. Wir sind gewählt dafür, dass man auf uns einprügelt, und haben auch einen entsprechenden Lohn. Übergeordnet ist es Fakt, dass die Privaten ihr Land in Wert setzen und dann kommen Forderungen von überall. Gerade heute wieder: Es seien 20 oder 100 neue Fussballfelder bereitzustellen. Immobilien Stadt Bern (ISB) versucht mit hohem Aufwand, auch diese Bedürfnisse erfüllen zu können. Ich muss einfach sagen, freie Flächen kann ich nicht aus dem Hut zaubern und eine freie Fläche wird relativ selten von irgendjemandem einfach geschenkt. Am Schluss kommt dann noch: Jetzt brauchen wir noch Infrastruktur, die nicht rentiert, die beim Kauf kostet, bei der Erstellung, beim Unterhalt. Das sind die Fakten und so funktioniert das. Das wäre das eine. Um zurück zum Geschäft zu kommen: Es wurde gesagt, dass es ein strategischer Entscheid war. Und auch Sie, Thomas Fuchs, wissen, dass man das Geld dumm oder weniger dumm ausgeben kann. Land kaufen ist nie dumm. Das Land werden wir in 10, in 20, in 30 Jahren haben. Und sein Wert wird nur in eine Richtung gehen, nämlich nach oben. Wir haben hier eine Reserve. Hier können wir ein bisschen von den Bernburgern lernen, die das sehr geschickt machen und ihr Land halt auch, wenn es sein muss, hüten. Und hier haben wir ja jetzt das Glück, dass wir «Figgi und Mühli» haben. Also, wir können jetzt einen Spielplatz machen. Ich kann Ihnen versichern, dass ich nie Handbieten würde dafür, das in eine öffentliche Nutzung umzuzonen oder so. Das ist eine Landreserve und die behalten wir langfristig. Kurz- und mittelfristig gibt es dort einen Spielplatz und ich kann Ihnen auch sagen, wir werden alles daransetzen, so rasch wie möglich nach dem Kauf dort den Spielplatz auch realisieren zu können.

Ich komme jetzt noch zu ein paar Fakten. Es ist schon gesagt worden – ich will das noch einmal wiederholen: Im Untermatt-Quartier hat es heute einen enormen Mangel an Spiel- und Begegnungsflächen. Der Druck auf das wird enorm zunehmen. Darum habe ich auch gesagt: Der Preis ist, wenn man ihn per se anschaut, enorm hoch. Aber – und das ist wichtig – wir verhandeln mit einem Privaten, eben dieser Firma, die notabene sehr willkommen ist, wenn ich das als Steuereinsamler rasch anmerken darf. Es hat eine Schätzung über den Wert des

Lands gegeben. Oder meinen Sie, man geht dorthin und würfelt und dann kommt irgendwo ein Marktwert von fünf Millionen Franken heraus? Wir gehen davon aus, dass man das Land auf dem Markt für fünf Millionen Franken, vielleicht sogar noch mehr Geld, hätte verkaufen können. Wir haben Verhandlungen geführt. Meine Leute haben 3,7 Millionen Franken ausgehandelt. Teil dieses Deals ist, dass die jetzt die Parkplätze noch zwei Jahre oder so benutzen können. Ich will dazu noch festhalten, dass sie bewirtschaftet werden. Ja, das habe ich seinerzeit nicht gewusst, Thomas Fuchs, aber man kann uns auch immer vorgängig zu den Kommissionssitzungen Fragen stellen und diese beantworten wir. Wir haben herausgefunden, dass die nicht nur bewirtschaftet werden, sondern dass die Einnahmen teilweise gebraucht werden, um andere Mitarbeitenden, die mit dem öffentlichen Verkehr kommen, zu subventionieren; also, eigentlich alles in allem eine ganz gute Geschichte. Entsprechend bitte ich Sie, dem zuzustimmen. Ja, es ist viel Geld. Es ist aber parkiert. Es ist wirklich parkiert in Boden und Land und andere Möglichkeiten. Um schlussendlich noch etwas zum Spielplatz zu sagen, der jetzt besteht: Der ist nicht am richtigen Ort, in der falschen Zone und vor allem können wir ihn trotz Einsprachen betreiben, weil er befristet ist.

Zu Weyermannshaus West gibt es vielleicht noch zwei Dinge zu ergänzen: Einerseits müssen dort selbstverständlich Spielflächen für die Kinder, die einmal dort leben und wohnen werden, realisiert werden. Es ist ja nicht ausgeschlossen, dass es wie bei der Hubergasse auch eine coole Sache gibt, von der auch Kinder aus der Umgebung angezogen werden. Erwähnt werden muss auch noch der positive Aspekt, dass wir dort mittelfristig die Perspektive haben, allenfalls auch noch zusätzlichen öffentlichen Raum für Spielplätze zu schaffen. Diese Möglichkeit ist noch nicht vollständig vergeben. Umso mehr macht der Kauf Sinn, weil, wenn es sich zeigt, dass wir genügend Freiflächen haben, haben wir eben noch ein bisschen Land, auf das wir irgendeinmal noch Wohnungen stellen könnten. Ich bitte Sie, sämtliche Anträge abzulehnen und dem Kauf zuzustimmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 1 SVP Nichteintreten ab. (18 Ja, 52 Nein, 0 Enthaltene) [Namen](#) 026
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 2 GLP/JGLP Rückweisung ab. (29 Ja, 36 Nein, 1 Enthaltene) [Namen](#) 027
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 3 SVP Rückweisung ab. (22 Ja, 47 Nein, 0 Enthaltene) [Namen](#) 028
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 4 SVP Eventualrückweisung ab. (15 Ja, 55 Nein, 0 Enthaltene) [Namen](#) 029
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 5 SVP ab. (13 Ja, 57 Nein, 0 Enthaltene) [Namen](#) 030
6. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 6 GFL/EVP zu. (42 Ja, 28 Nein, 0 Enthaltene) [Namen](#) 031
7. Der Stadtrat stimmt dem so bereinigten Verpflichtungskredit zu. (45 Ja, 22 Nein, 3 Enthaltene) [Namen](#) 032

6 Nydeggbücke: Gesamtsanierung der Brückenoberfläche und der Brückenkonstruktion; Ausführungskredit; Kostenanteil der Stadt Bern (Abstimmungsbotschaft)

2018.TVS.000138

Gemeinderatsantrag

I. Der Stadtrat genehmigt die Vorlage Gesamtsanierung Nydeggbücke. Vorbehalten bleiben Änderungen, die sich bei der Ausführung als notwendig erweisen und die den Gesamtcharakter des Vorhabens nicht verändern.

II. Er unterbreitet den Stimmberechtigten den folgenden Beschluss zur Abstimmung:

1. Für die Ausführung des Sanierungsprojekts Nydeggbücke werden folgende Kredite bewilligt:

Fr. 27 000 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto I5110-193 (Kostenstelle 510110), für den Projektbestandteil Strassenbau;

Fr. 600 000.00 zulasten der Sonderrechnung Stadtentwässerung, Konto I8500297 (Kostenstelle 850200), für den Projektbestandteil Abwasseranlagen.

2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

III. Die Botschaft an die Stimmberechtigten wird genehmigt.

Bern, 21. September 2022

Anträge

1. PVS: Bis zur Fertigstellung der ersten Sanierungsetappe prüft die Stadt ein neues Verkehrskonzept über die Nydeggbücke mit dem Ziel den MIV deutlich zu reduzieren. Die Ergebnisse der Prüfung werden der Kommission PVS vorgelegt.
2. PVS: Bis zur Fertigstellung der ersten Sanierungsetappe prüft die Stadt, welche flankierenden Massnahmen bei einer Sperrung/Teilspernung für den MIV getroffen werden müssten, damit es nicht zu unerwünschteren Verkehrsverlagerungen kommt. Die Ergebnisse der Prüfung werden der Kommission PVS vorgelegt.
3. PVS Minderheit: Bis zur Fertigstellung der ersten Sanierungsetappe prüft die Stadt, wie sich eine Sperrung/Teilspernung für den MIV auf das Tramprojekt „Tram Bern Ostermundigen“ auswirken würde. Die Ergebnisse der Prüfung werden der Kommission PVS vorgelegt.
4. PVS: Bis zur Fertigstellung der ersten Sanierungsetappe wird geprüft, ob statt nur 6 insgesamt 16 Parkplätze entfernt werden können.
5. PVS: Bis zur Fertigstellung der ersten Sanierungsetappe wird geprüft, wie sich eine Verkehrsberuhigung auf der Hodlerstrasse in der Praxis auf den Verkehr auf der Nydeggbücke auswirkt. Die Ergebnisse der Prüfung werden der Kommission PVS vorgelegt.
6. PVS: Im Zuge der Sanierung soll geprüft werden, wie der obere Bereich der Nydeggtreppe aufgewertet und die Sicherheit verbessert werden kann.
7. GB/JA: Die 31 Parkplätze auf der Nydeggbücke und entlang der Nydeggstasse sollen im Zuge der 1. Sanierungsetappe aufgehoben werden.

PVS-Sprecherin *Tanja Miljanović* (GFL): Ich freue mich sehr, Ihnen mein erstes PVS-Geschäft vorzustellen. Ich fahre täglich über die Brücke und habe mich sehr gefreut, dieses Geschäft zu bekommen. Zumindest habe ich mich gefreut, bis Ratsweibel Mago Flück mit dem gefühlt fünf Kilo schweren Dossier am Donnerstag vor den Herbstferien zu mir kam. Ihr hört es. Es ist ein sehr umfangreiches Geschäft. An dieser Stelle möchte ich auch dem Gemeinderat und der Verwaltung – insbesondere Brigitte Gämperle und Simon Bühler, aber auch den anderen Verwaltungsmitarbeitenden im Tiefbauamt – für die sehr gute Zusammenarbeit danken. Die

Kommission hat eine lange Liste von übergreifenden Fragen gestellt und ich danke auch für die sehr rasche Beantwortung all dieser Fragen.

Zum Geschäft: Es handelt sich um einen Ausführungskredit für die Sanierung der Nydeggbücke in Höhe von 27,6 Millionen Franken. Die letzten 600 000 Franken würden über die Sonderrechnung Stadtentwässerung laufen. Die Brücke aus dem Jahr 1845 ist die zweitälteste Brücke in der Stadt Bern. Sie hat drei Brückenbögen mit einem Haupt- und zwei Nebenbögen. Der Hauptbogen ist aus Granit. Und das ist auch der Teil, der eigentlich keine oder kaum Schäden an der Substanz aufweist. Bei den zwei Nebenbögen ist nur die äussere Steinreihe aus Hartstein. Der innere Bereich ist aus Sandstein. Und in diesem Bereich zeigt die Nydeggbücke den stärksten Sanierungsbedarf. Aber fangen wir beim Sichtbarsten, sprich Spürbarsten an. Jeder, der schon einmal mit dem Velo über die Brücke fahren musste, und ich sage bewusst «fahren müssen», weiss jetzt, wie sich eine Gehirnerschütterung anfühlt oder aber gehört zu den ruchlosen Leuten, die wie meine imaginäre Zwillingsschwester mit dem Velo über das Trottoir fahren. Ursache für die Schüttelpartie ist eine deformierte Pflasterung und eine teilweise tiefe Spurenbildung. Regnet es, bilden sich Wasserpfützen, auch, weil die Entwässerungsrinnen defekt sind. Die Nydeggbücke ist nur über dem Hauptbogen gegen Wasser abgedichtet. Über den beiden Nebenbögen gibt es keine Abdichtung. Entsprechend stark zeigen sich da die Schäden an den seitlichen Flügelmauern, an den Pfeilern und auch am Gewölbe. Die Wände sind durchnässt. Und nebst weisslichen Salzablagerungen erkennt man auch Absandungen, Risse, Abplatzungen und defekte Fugen. Nebst den fehlenden Abdichtungen sind auch die defekten und undichten Wasserleitungen in den Innengewölben der Brücke für die heutigen Schäden verantwortlich. Das sind also die Probleme und Herausforderungen. Jetzt kommen wir zu den Lösungen. Geplant ist eine Sanierung in zwei Etappen. Heute geht es aber allein um die erste Etappe. Die Liste der einzelnen Massnahmen ist lang und breit. Strassenverkehrsteilnehmende werden sich über die Instandstellung der Fahrbahn freuen. Dazu soll es ein oder zwei neue IV-Parkplätze auf dem Aargauerstalden geben. ÖV-Benutzer*innen profitieren von der Versetzung der Bushaltestelle und noch mehr von der Erhöhung der Haltekante um 22 Zentimeter, die dadurch jetzt konform zum Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz BehiG) wird. Für die Fussgänger*innen wird die Nydeggtreppe saniert, eine Rampe und auch eine neue Treppenanlage beim Klösteristutz gebaut, die Hofmauer bei der Nydeggkirche verbessert. Und das Trottoir wird nicht nur saniert, sondern auf beiden Seiten auch um 50 Zentimeter verbreitert. Die Steuerzahler wird es freuen, dass die grössten Verursacher der heutigen Schäden beseitigt werden, indem die Fahrbahn abgedichtet wird und die Entwässerungsleitungen erneuert werden. Dazu werden die Zugänge zu den Innenräumen der Brücke verbessert, was die Pflege der Brücke in Zukunft erleichtern wird. Die Statiker werden aufatmen, weil die Brücke noch eine Stützmauer bekommt, und erdbebensicherer gemacht wird. Der Denkmalschutz freut sich zusammen mit den Verkehrsteilnehmenden über die Verschiebung des Kreisels, weil nicht nur die historische Symmetrie der Brücke wieder hergestellt wird, sondern der Verkehrsknoten durch die Verschiebung für alle deutlich sicherer gestaltet werden kann. Über die Kanalisation und die Werkleitungen freut sich eigentlich niemand, aber wir sind trotzdem alle froh, gibt es sie und werden sie gut unterhalten. Eine gemeinsame Freude dürfte auch der Baumersatz an der Nydegggasse sein. Heute fehlen einige Bäume oder sind in keinem guten Zustand. Im Rahmen des vorliegenden Ausführungskredits sollen zwanzig neue Bäume gepflanzt werden. Die neuen Bäume werden in neue, breitere und tiefere Pflanzentröge gesetzt, die so konzipiert sind, dass sie gleichzeitig auch zur Brückenstabilität beitragen. Das freut nicht nur Klimaanpassungskämpfer*innen, sondern auch die Bauingenieur*innen. Der einzige Punkt, über den sich nicht ganz alle freuen dürften, ist die Aufhebung von sechs Autoparkplätzen zugunsten eines neuen Publibike-Parkplatzes und im Rahmen der Versetzung der Bushaltestelle Nydegg. Über die Art der Pflasterung auf der

Fahrbahn wird im Rahmen eines Monitorings erst noch entschieden. Für die Variante 1 wird eine Mischung zwischen bestehenden und bearbeiteten Pflastersteinen geprüft. Bei der Variante 2 würden nur neue Steine verlegt. Das Monitoring sollte im dritten Quartal 2023 abgeschlossen sein. Während der Sanierung wird die Brücke für den Hauptverkehr geschlossen und teilweise über die Untertorbrücke umgeleitet. Für den Langsamverkehr empfiehlt die Stadt, dass nur ein Steg auf der Seite aareaufwärts gebaut wird. Dann müssten die Velos zwar 124 Meter über die Brücke geschoben werden. Dafür könnte man über eine Million Franken sparen. Die erste Etappe würde zwischen 2025 und 2027 gebaut werden. Erst wenn die Brücke wirklich dank der neuen Abdichtung ausgetrocknet ist, also zwischen 2029 und 2030 würde man die zweite Bau- oder Sanierungsetappe vornehmen.

Zu den Kosten: Die Gesamtkosten belaufen sich auf 34,1 Millionen Franken. Bernmobil beteiligt sich für ihre Leitungen mit 1,8 Millionen Franken, EWB mit 4 Millionen, die Telekommunikationsanbieter mit 700 000 Franken und die Stadt Bern mit 27,6 Millionen Franken, wobei 600 000 Franken über die Sonderrechnung Stadtentwässerung abgewickelt werden. Als Reserve hat die Stadt Bern 2,4 Millionen Franken eingestellt und sie rechnet mit einer Kostenungenauigkeit von ungefähr 25 Prozent. Die Abschreibung des Strassenbaus erfolgt über 40 Jahre, die Kapitalfolgekosten der Abwasseranlage über 80 Jahre.

Damit kommen wir zu den Anträgen der PVS. Sie hat fünf Anträge und einen Minderheitsantrag gestellt. Alle Anträge verbindet, dass die Kommissionsmehrheit grundsätzlich eine Verkehrsberuhigung auf der Nydeggbücke wünscht, aber die Sanierung der Brücke selbst mit ihren Prüfaufträgen nicht verzögern möchte. Antrag 1 verlangt, dass ein neues Verkehrskonzept über die Nydeggbücke geprüft wird, und zwar mit dem Ziel, den MIV deutlich zu reduzieren. Diese Massnahme soll mittelfristig zu einer verkehrsberuhigten Unteren Altstadt beitragen. Antrag 2 verlangt, dass die Stadt prüft, wie eine Sperrung oder auch eine Teilspernung für den MIV über die Brücke flankiert werden müsste, damit es nicht zu ähnlich unerwünschten Verkehrsströmen wie zum Beispiel auf der Viktoriastrasse kommt. Die PVS-Minderheit möchte, dass geprüft wird, wie sich eine allfällige künftige Sperrung oder Teilspernung für den MIV auf das Tramprojekt Bern-Ostermundigen auswirken könnte. Antrag 4 verlangt, dass die Stadt prüft, ob man statt der heute eingeplanten sechs nicht doch sechzehn Parkplätze auf der Brücke entfernen könnte. Aus der Sicht der Kommission braucht es auf der Nydeggbücke als Zugang in die Unesco-Altstadt einfach nicht 26 Parkplätze. Gemäss dem zweitletzten Antrag soll die Hodlerstrasse als Hebel für die Verkehrsberuhigung auf der Nydeggbücke geprüft werden. Der letzte PVS-Antrag möchte den oberen Bereich der Nydeggtreppe aufwerten lassen. Die PVS empfiehlt Ihnen das Geschäft mit 8 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zur Annahme. Die Abstimmungsbotschaft empfehlen wir Ihnen auch einstimmig zur Annahme.

Jelena Filipovic (GB) für die Fraktion GB/JA!: Ich freue mich sehr, heute Abend ein paar Worte zu der zweitältesten Brücke in der Stadt Bern sagen zu dürfen. Ich möchte auch nicht künstlich verlängern. Es ist offensichtlich, dass die neue Brücke saniert werden muss. Wir haben bei der ersten Sanierung vor 40 Jahren nämlich verpasst, neben der Fahrbahn auch die Flügelmauern abzudichten, weshalb das Wasser jetzt in die Brücke eindringt und zahlreiche Sandsteinblöcke stark verwittert sind. Die Gründe für die Sanierung sind ja von der Kommissionssprecherin schon bestens erläutert worden.

Was für mich das Geschäft noch ein bisschen spannender macht, sind die Massnahmen, die wir jetzt umsetzen könnten, wenn man schon dabei ist, die Brücke abzusperren und aufzureissen – eine Win-win-Situation, wie man so schön sagt. Es geht um Massnahmen, die in den Neunzigerjahren nicht die höchste Priorität genossen haben, aber jetzt definitiv umgesetzt werden müssten. Neben der barrierefreien Anpassung der ÖV-Haltestellen und einem freien Zugang zum Klosterlistutz, müssen wegen den ungünstigen Wachstumsbedingungen jetzt auch die stark beschädigten 13 Linden ersetzt werden. Wir haben also etwas gelernt in

der letzten Zeit. Bäume brauchen Wurzelraum, um lang überleben zu können. Und beim Wurzelraum müssen wir jetzt ganz anders in die Zukunft planen. Linden müssen jetzt wohl einer hitzeresistenteren Baumart weichen, weil das Stadtklima für die Linden langfristig nicht tragbar ist. Wir könnten natürlich auch rasch dafür sorgen, dass sich unser Klima nicht so radikal erhitzt, damit wir auch in Zukunft nicht Bäume aus Spanien anpflanzen müssen, aber das würde ja bedeuten, dass wir unsere Klimaziele schneller erreichen müssten. Und wie wir im Controllingbericht 2021 zu unserer Klima- und Energiestrategie gesehen haben, ist das wohl keine gangbare Option, weshalb wir jetzt zur Sicherheit doch auf die 20 hitzeresistenten Bäume setzen. Dabei könnte man ja etwas vorwärtskommen, wenn man wollte. Und jetzt komme ich gerade zur Antragsbegründung der GB/JA!-Fraktion. Unser Antrag fordert die Aufhebung aller gebührenfreien Parkfelder entlang der Nydeggbücke. Es gibt ja bereits ein zeitgemässes Parkierkonzept für die Untere Altstadt, das den Anwohnenden und dem Gewerbe zugutekommt, und zahlreiche Parkiermöglichkeiten im Klösterstutz-Parking für Tourist*innen, die den Bärenpark besuchen. Es gibt daher keinen Grund, lediglich sechs Parkplätze aufzuheben, wie der Antrag des Gemeinderats vorsieht. Das würde dem Klima zugutekommen und dem florierenden Fussverkehr auf der Brücke, auf der man gerne mal stehenbleibt, um das eine oder andere schöne Foto von der Aare oder von der Altstadt zu schiessen. Alle PVS-Anträge und die PVS-Minderheitsanträge nehmen wir natürlich an. Wir wären aber froh, wenn Sie unseren Antrag annehmen würden, weil er über die Überprüfung hinausgeht, und wir konkret bei der Reduktion der insgesamt 8 500 Parkplätze endlich vorwärtskommen können.

Tanja Miljanović (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die GFL/EVP-Fraktion begrüsst die Sanierung der Nydeggbücke. Im Fraktionsvotum möchten wir uns in erster Linie zu den Anträgen äussern. Die GFL/EVP-Fraktion setzt sich seit Jahren immer wieder mit einer konsensorientierten Politik der kleinen, aber stetigen Schritte für eine autofreie Untere Altstadt ein; einerseits aus klimatischen Überlegungen, klar, aber genauso wichtig ist uns die Aufenthaltsqualität für Berner und Bernerinnen, Besucher und Besucherinnen und ja auch für unsere Touristen. Wer uns vorwerfen möchte, wir wollten eine tote und stille Altstadt haben, nur weil wir in der Unteren Altstadt keinen MIV haben möchten, liegt selbstverständlich völlig falsch. Wer MCW (Manuel C. Widmer) kennt, weiss, dass Lärm und Leben für die GFL/EVP-Fraktion genauso in die Stadt gehören wie der beige Sandstein. Wer Francesca Chukwunyere kennt, weiss, dass bei uns jede unnötige Reglementierung und jedes unnötige Verbot sehr wenig Überlebenschancen hat. Wer Marcel Wüthrich kennt, weiss, wie wichtig uns eine nachhaltige und konsequente Politik ist. Mirjam (Roder) ist unsere Kämpferin für sichere Räume bei Tag und Nacht im Stadtgebiet. Bettina (Jans-Troxler) setzt sich für eine Stadt ein, die für alle von den ganz Jungen bis zu den ganz Erfahrenen attraktiv ist. Michael Ruefer würde nie eine Massnahme unterstützen, die den Läden und dem Gewerbe in der unteren Altstadt schaden könnte. Lukas (Gutzwiller) ist allzeit bereit, und prüft, dass wir alles richtig machen. Und ich habe gerne eine konsensorientierte Lösung, mit der man das Maximum herausholt, ohne in einem offenen Aufstand zu enden. Warum sage ich das alles? Einerseits ist es langsam Ende Jahr und da bietet sich ein Loblied auf die eigene Fraktion immer an. Aber das ist nicht alles. Die GFL/EVP-Fraktion unterstützt alle Anträge aus der PVS und zwar nicht, weil wir – um einen von unserem Stadtpräsidenten kürzlich gebrauchten Ausdruck zu kapern – vom Affen gebissen wurden, sondern weil die PVS-Anträge ein wichtiges Anliegen aufnehmen und zwar auf eine konsensorientierte Art und Weise. 26 Parkplätze auf einer historischen Brücke am Eingang in eine Unesco-Altstadt setzt schlicht die falschen Anreize. Wir möchten unbedingt, dass mindestens 16 Parkplätze aufgehoben werden. Die ein bisschen schlechtere Erschliessung mit Parkplätzen für die besonders betroffenen Zielorte Nydegkirche und Nydegggasse 9 bis 17 scheint uns in Anbetracht der Vorteile einer verkehrsberuhigten Altstadt und einer verkehrsberuhigten Lebensqualität in der Unteren Altstadt akzeptierbar. Wichtig ist uns auch, dass die

PVS kein Generalverbot für den MIV ausspricht, sondern unterschiedliche Massnahmen prüfen möchte, die zu einer Verkehrsberuhigung auf der Nydeggbücke und auch in der Unteren Altstadt führen könnten, und zwar ohne böse Überraschungen wie ungewollte Verlagerungen und Verstopfungen anderer Verkehrsachsen und -knoten. Den Antrag GB/JA! lehnen wir ab. Es wird zwar grundsätzlich schon das Richtige gefordert, aber aus unserer Sicht leider ohne genügend Rücksicht auf die anderen Interessen.

Barbara Nyffeler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Es gibt Geschäfte, bei denen man ausführlich über Notwendigkeit und Wünschbarkeit, sinnvolle Ausbaustandards und vertretbare Kosten diskutieren kann. Im Fall einer Brückensanierung stellen sich diese grundsätzlichen Fragen aus unserer Sicht nicht. Eine Brücke muss stabil sein, sie muss sicher sein und muss alle paar Jahrzehnte einmal grundlegend überarbeitet werden. Die Kirchenfeldbrücke haben wir vor ein paar Jahren gehabt. Die Kornhausbrücke ist gekommen und eben auch die Nydeggbücke. Sanierungsarbeiten an unseren Hochbrücken dauern lange, kosten viel und sind mit Unannehmlichkeiten für alle Verkehrsteilnehmenden verbunden. Aber es muss halt sein und das Projekt so wie es jetzt vorliegt, ist sorgfältig ausgearbeitet. Die Nydeggbücke ist Eingangsbereich und Visitenkarte für die Altstadt und dank dem Projekt werden die vier stark frequentierten Bernmobil-Haltestellen im Bereich der Nydeggbücke endlich hindernisfrei ausgestaltet und es gibt auch neue Bäume.

Die erste Bauphase wird happig und gerade für den Langsamverkehr relativ schwierig sein. Es soll einen Steg geben. Das Velo muss aber geschoben werden, und wir bedauern, dass wir hier festhalten, dass aus Kostengründen und auch ein bisschen wegen den baulichen Voraussetzungen eine bessere, sprich breitere Lösung nicht möglich ist. Die SP/JUSO-Fraktion stimmt dem Kredit über 26,7 Millionen Franken zu und ist auch mit der Abstimmungsbotschaft einverstanden.

Zu den PVS-Anträgen stellen wir uns wie folgt: Die Anträge 1 bis 3 lehnen wir ab. Die Anträge 4 und 5 nehmen wir an. Zu Antrag 6 haben wir keine einheitliche Meinung. Über den neuen Antrag 7 haben wir nicht diskutieren können.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Die Brücke hat eine Gesamtsanierung bitter nötig, das streitet niemand ab. Ich gehe an dieser Stelle auch nicht auf Details der Sanierung ein. Diese ist unbestritten und auch gut geplant. Jetzt kommt eigentlich der interessante Aspekt: Die Brücke war bis 1994 im Besitz des Kantons. Dieser hat auch die damalige Sanierung weitgehend finanziert. Wäre das noch heute so, müsste die Stadt die 27 Millionen Franken nicht ausgeben. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Heute hat also weitgehend die Stadt die Last zu tragen. Damit mache ich auf ein Postulat für die Entlastung der Stadtfinanzen durch die Abgabe der Durchgangsstrassen an den Kanton aufmerksam, den wir vor ein paar Wochen eingegeben haben.

Zu den Anträgen: Wir lehnen alle Anträge ab, ausser Antrag 6. Noch ein Wort zu den Anträgen 4 und 7 betreffend die Aufhebung von Parkplätzen. Das ist einmal mehr ein ideologischer Evergreen. Nur ist es in diesem Fall einmal mehr wieder nicht schlau. Es ist, erstens, ein Konzept «Untere Altstadt, Verkehrskonzept» in Arbeit, das umgesetzt wird. Man sollte nicht an zwei Stellschrauben gleichzeitig schrauben, weil man dann nicht weiss, was wie wirkt. Das ist der eine Grund. Der zweite Grund sind die Parkplätze. Die sind sehr wichtig für die Nydeggkirche. Die Parkplätze werden von Besucherinnen und Besuchern dieser Kirche gebraucht. Vielfach sind das eben auch betagte oder mobilitätseingeschränkte Personen. Dort alle Parkplätze aufzuheben, ist schlicht ein Blödsinn, eine Frechheit und unsozial. Darum bitten wir Sie, die beiden Anträge unbedingt abzulehnen. Dem Gesamtgeschäft stimmt die FDP/JF-Fraktion selbstverständlich zu.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion SVP: Auch wir stehen hinter dem wirklich gut vorbereiteten Geschäft. Wir sehen, dass hier deutlicher Sanierungsbedarf besteht. An dieser Brücke hat der Zahn der Zeit genagt. 40 Jahre ist es her, seit dort das letzte Mal etwas gemacht wurde. Wasser, Salz – alles hat seine Spuren hinterlassen – darum unbedingt sanieren. Wir haben gar nichts dagegen. 27 Millionen Franken sind viel, aber da wirklich 40 Jahre nichts gemacht wurde, ist das fair. Nicht zu vergessen: Es wird im Rahmen dieses Geschäfts eine SVP-Motion endlich umgesetzt – darum umso besser.

Uns irritiert ein bisschen, dass man wieder mit ideologisch rot-grün geprägten Vorstössen das Geschäft torpediert. Wenn diese angenommen werden, erschwert uns das die Zustimmung zu diesem Geschäft. Meine Vorrednerin hat es vorhin angesprochen: Das Verkehrskonzept Altstadt. Ich glaube, Frau Verkehrsdirektorin hat mit den Altstadt-Bewohnerinnen und -Bewohnern wirklich gekämpft. Wenn Sie die Anträge durchwinken, hätte sie die Altstadt-Bewohnerinnen und -Bewohner gerade wieder auf der Matte und müsste mit ihnen auskäsen, wie viele Parkplätze es künftig noch gibt. Den Deckmantel Unesco-Weltkulturerbe lasse ich einfach auch nicht gelten, weil vom Rosengarten die Autos praktisch nicht sichtbar sind. Sie stehen nicht mitten auf der Brücke, sondern vor allem Richtung Untere Altstadt hinauf, also nicht auf der Seite des Bärengrabens. Die Parkplätze verschandeln also kein Stadtbild. Wir wollen auch kein Disneyland in der Altstadt. Auch in italienischen Altstädten fährt ab und zu mal ein Auto durch. Darum lehnen wir die Anträge bis auf Antrag 6 ab und stimmen dem Geschäft zu.

Einzelvotum

Johannes Wartenweiler (SP): Zum Geschäft selber muss ich, glaube ich, nichts mehr sagen. Ich glaube, wir sind alle froh, wenn die Brücken nicht einstürzen. Aber ich möchte noch etwas zu diesen Wünschen, Parkplätze abzubauen, sagen. Grundsätzlich ist das eine Diskussion, die man führen kann und immer wieder führen muss. Es geht darum, wie bringen wir das Gleichgewicht hin zwischen dem Raum für Autos und dem Raum für andere Verkehrsteilnehmer und für andere Nutzungen. Da hat es natürlich in den letzten 50 Jahren ein gewisses Ungleichgewicht gegeben, das man jetzt einfach wieder etwas korrigieren muss. In diesem konkreten Geschäft finde ich aber, ist es eine Überfrachtung des Geschäfts und verkompliziert die Situation, die ohnehin schon kompliziert ist.

Marieke Kruit, verschiedene Institutionen, aber auch die Sozialpartner sind seit Jahren in eine Diskussion involviert, die «Verkehrskonzept Wirtschaftsstandort Innenstadt» heisst. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie kompliziert das alles ist, auch nur kleinste, minimalste Schritte zu erreichen, damit irgendetwas geht. Es hat immer überall in jeder Ecke irgendjemanden, der sagt: Das geht nicht und hier geht es nicht. Und hier ist noch die Bundessicherheit und hier ist noch eine Migros und hier ist noch die Altstadt. Das ist alles extrem kompliziert. Und jetzt haben wir für die Untere Altstadt eine Situation hergestellt, mit der wir versuchen, Flächen für den Wirtschaftsverkehr freizuspielen, das heisst, für die, die liefern, holen, bringen müssen, also für jene, die es nötig haben. Die Privaten sollen in die Parkhäuser oder raus aus dem Zentrum. Das ist ein Kompromiss, den man diskutiert und beschlossen hat, und jetzt auch so umsetzen möchte. Aber wir sind erst am Anfang dieser Diskussion. Sie können Gift darauf nehmen, dass es Einsprachen geben wird, und ich gehe davon aus, dass es etliche Leute gibt, die in der Unteren Altstadt wohnen, die die Rechtsmittel bis zum bitteren Ende ausschöpfen werden. Aber der politische Wille, dass wir das umsetzen, ist, glaube ich, gross genug, um auch diese Durststrecke zu überstehen und am Schluss zu dem Punkt zu kommen, wo wir wirklich ein Verkehrsregime haben, das auch ein bisschen dem entspricht, das wir haben wollen. Wenn wir jetzt eine Diskussion über Parkplätze auf der Nydeggbrücke führen, geht es am Schluss nur noch um die blöden Parkplätze auf der Nydeggbrücke und nicht mehr

um die Sanierung der Nydeggbücke. Deswegen bin ich in diesem Geschäft strikt dagegen, dass wir diese Diskussionen jetzt vermischen. Nach dem Motto «Schuster bleib bei deinen Leisten» sollten wir uns einfach mal darauf konzentrieren, die Nydeggbücke so wiederherzustellen, dass sie in den nächsten 50 Jahren funktioniert.

Direktorin TVS *Marieke Kruit*: Ich danke der Referentin für das Vorstellen des Geschäfts. Es steht, glaube ich ausser Frage, dass die zweitälteste Brücke Berns saniert werden muss. Es steht wirklich einiges an bei diesem doch bedeutenden Bauwerk und Wahrzeichen Berns. Ich muss nicht ins Detail gehen, die Referentin hat alles bestens ausgeführt. Kurz zusammengefasst: Es braucht eine Sanierung der bestehenden Substanz. Es geht in erster Linie um den Werterhalt dieser wunderschönen Brücke, aber auch um Hindernisfreiheit und Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden.

Die Gesamtkostenbetrag, die Referentin hat es schon ausgeführt, beläuft sich auf gesamthaft 34 Millionen Franken. Der Anteil der Stadt beträgt 27,6 Millionen Franken. Die übrigen Kosten werden von Bernmobil, EWB und den Telekommunikationsunternehmen übernommen. Herausfordernd wird vor allem die erste Bauetappe eben sein, weil die Brücke für den Gesamtverkehr gesperrt werden muss. MIV und ÖV werden via Untertorbrücke umgeleitet und für den Fuss- und Veloverkehr gibt es einen Steg parallel zur Nydeggbücke. Ich kann Ihnen sagen, das ist eine recht aufwendige, aber wirklich auch nötige Sache. Wir haben auch geprüft, ob es Lösungen gibt, den Fuss- und Veloverkehr in dieser Zeit zu trennen, sei es mit einem breiteren oder einem zusätzlichen Steg. In beiden Fällen müssten wir aber massiv in die Grundsubstanz der historischen Natursteinbrücke eingreifen. So müssten Bohrungen durch die ganze Brückenkonstruktion gemacht werden, ein heikles und natürlich auch entsprechend teures Unterfangen. Wir haben darum davon abgesehen. Wir werden aber mit den Fachverbänden zusammen versuchen, eine möglichst gute Lösung finden. Der Gemeinderat bittet, dem Projekt zuhanden der Stimmbevölkerung auch zuzustimmen.

Jetzt sage ich gerne noch etwas zu den Anträgen. Es ist mir wichtig, hier noch einmal zu sagen, dass wir hier über ein Infrastrukturprojekt beraten, bei dem es in erster Linie um den Werterhalt geht. Und mir ist wirklich wichtig, dass man das Fuder hier nicht überlädt und auch keine starke Vermischung mit Verkehrsprojekten macht. Ich kann verstehen, dass Sie das möchten. Aber wenn Sie diese Änderungen wollen, reichen Sie doch bitte einen Vorstoss ein. Die Anträge, die eine Reduktion des MIV oder eine Sperrung für den MIV fordern, bitte ich Sie abzulehnen. Solche Forderungen könnten erst umgesetzt werden, wenn die Überprüfung des Basisnetzes abgeschlossen ist, und das ist sicher später, als hier verlangt. Also, ich kann zu diesem Zeitpunkt, an dem Sie das möchten, eigentlich noch gar nicht viel darüber sagen. Der Zeitpunkt steht vor allem quer in der Landschaft, weil der Lead beim Basisnetz gar nicht bei der Stadt ist, sondern bei der Region und dem Kanton; einfach, dass Sie sich dessen bewusst sind. Zu den Anträgen betreffend Reduktion der Parkplätze: Auch hier verstehe ich natürlich das Anliegen. Aber wollen Sie wirklich eine Parkplatzdiskussion führen bei einem Infrastrukturprojekt, das zur Abstimmung kommt? Zudem haben wir erst gerade den Verkehrskommiss Untere Altstadt beschlossen. Verschiedene Rednerinnen und Redner haben das auch schon erwähnt. Dort gibt es viele Änderungen für die Bewohnenden und das Gewerbe der Unteren Altstadt, und ich denke wirklich auch, dass wir hier nicht das Fuder überladen sollten. Man sollte jetzt wirklich zuerst einmal abwarten, wie sich die Einführung des neuen Regimes bewährt. Dann kann man über weitere Schritte nachdenken. Wichtig ist mir hier auch noch zu sagen, dass, wenn man die Parkplätze wegnimmt, man nicht einfach das Trottoir verändern oder den Trottoirbereich grösser machen kann. Das hätte nämlich zusätzliche denkmalpflegerische Arbeiten und auch Planungsarbeiten zur Folge und natürlich auch ein anderes Preisschild. Das muss ich Ihnen auch sagen. Darum sagt der Gemeinderat: Bitte lehnen Sie die

Anträge ab. Dann noch zum Antrag 6 PVS zur Nydeggtreppe. Dagegen spricht nichts. Eine Aufwertung ist dort so oder so geplant.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 1 PVS ab. (19 Ja, 45 Nein, 2 Enthalten) [Namen](#) 033
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 2 PVS ab. (24 Ja, 44 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 034
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 3 PVS Minderheit ab. (22 Ja, 45 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 035
4. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 4 PVS zu. (43 Ja, 23 Nein, 2 Enthalten) [Namen](#) 036
5. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 5 PVS zu. (41 Ja, 27 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 037
6. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 6 PVS zu. (65 Ja, 1 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 038
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag 7 GB/JA! ab. (21 Ja, 44 Nein, 2 Enthalten) [Namen](#) 039
8. Der Stadtrat stimmt dem so bereinigten Geschäft zu. (62 Ja, 2 Nein, 3 Enthalten) [Namen](#) 040
9. Der Stadtrat stimmt der Abstimmungsbotschaft zu. (67 Ja, 1 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 041

7 Haltestellenanpassung für Doppelgelenktrolleybusse der Linie 10; Projektierungs- und Ausführungskredit

2021.TVS.000208

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat genehmigt die Vorlage Haltestellenanpassung für Doppelgelenktrolleybusse der Linie 10; Projektierungs- und Ausführungskredit. Vorbehalten bleiben Änderungen, die sich bei der Ausführung als nötig erweisen und die den Gesamtcharakter des Vorhabens nicht verändern.
2. Für die Projektierung und Ausführung des Projekts Haltestellenanpassung der Linie 10 wird ein Kredit von Fr. 1 370 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto I5100812 (Kostenstelle 510110), genehmigt. Allfällige Beiträge Dritter werden zu Abschreibungszwecken verwendet.
3. Der Gemeinderat wird beauftragt, diesen Beschluss zu vollziehen.

Bern, 7. September 2022

Anträge

1. PVS: Im Rahmen des vorliegenden Projekts ist die BehiG konforme Umgestaltung der Haltestelle Bahnhof zu prüfen und möglichst umzusetzen.
2. PVS: Das Projekt für die hindernisfreie Umgestaltung der Haltestelle Weissensteinstrasse stadteinwärts ist zeitnah zu starten.

PVS-Sprecherin *Katharina Gallizzi* (GB): Die Buslinie 10 Köniz-Ostermundigen wird nach dem Bau der Tramline Bern-Ostermundigen aufgesplittet. Auf der Teilstrecke Bern-Köniz wird der Betrieb per Dezember 2025 auf Doppelgelenk-Trolleybusse umgestellt. Die Busse sind länger als herkömmliche Trolleybusse und werden mit Strom statt mit Diesel betrieben. Darum braucht es Anpassungen. Das Projekt steht unter der Federführung von Bernmobil und wird von der Stadt, dem Kanton und der Gemeinde Köniz mitgetragen. Für die nötigen Anpassungen der Haltestellen sind die Strasseneigentümer*innen zuständig. Der Stadtrat hat allerdings nichts dazu zu sagen, ob man auf die Doppelgelenk-Trolleybus umstellt. Ebenfalls nichts zu sagen haben wir zu den Fahrleitungen. Für die Stromversorgung und Ladung der Busse ist

auf einer Teilstrecke – zwischen den Haltestellen Monbijou und Brühlplatz – eine Fahrleitung notwendig. Wir können auch nichts sagen zu den Wendeschlaufen in Schliern; das einfach, um klarzustellen, worum es geht. Es geht hier einzig und allein um die sechs Haltestellen auf Berner Boden. Mit Ausnahme der Haltestelle Weissensteinstrasse stadtauswärts sind die Haltestellen alle schon so dimensioniert, dass sie von diesen Doppelgelenkbussen problemlos angefahren werden können. Die Haltestelle Eigerplatz und Dübystrasse entsprechen auch den Vorgaben des Bundesgesetzes über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz BehiG). Vier Haltestellen sind aber noch nicht BehiG-konform. Es geht dort um die Haltestelle Bahnhof. Die ist aber nicht Teil des Projektes. Sie soll im Zuge des Projekts Zukunft Stadtraum Bahnhof vom Stadtplanungsamt oder auch im Rahmen des Projekts zweite Tram-Achse – beide Projekte mit Zeithorizont 3035 oder noch später – umgestaltet werden. Am Hirschengraben soll die Anpassung im Rahmen des Projekts Zukunft Bahnhof Bern (ZBB) erfolgen, also etwa ab 2025. Allerdings gibt es eine Verzögerung, wie wir den Zeitungen entnehmen konnten.

Bei der Haltestelle Monbijou erfolgt vorerst auch keine Anpassung. Die soll erst mit der Gleisanierung der Linie 9 vorgenommen werden. Im Rahmen der Arbeiten an diesem Projekt hat man gesehen, dass es im Moment keine aufwärtskompatible Lösung gibt, die man mit der Umgestaltung der Linie 9 annehmen könnte. Darum macht man das jetzt nicht, hat es auf später verschoben. Die Haltestelle Weissensteinstrasse stadteinwärts steht im Moment auch nicht zur Diskussion. Die bestehende Haltestelle kann von Doppelgelenkbussen problemlos angefahren werden. Allerdings ist sie vorerst nicht hindernisfrei gestaltet, weil die Karosserie dieser Doppelgelenkbussen nicht über die höhergelegte Haltekante fahren könnten. Sie würden diese streifen. Damit auch diese Haltestelle BehiG-konform gestaltet werden könnte, müsste man entweder Privatland erwerben, damit die Busbucht verlängert werden kann oder es müsste eine Kaphaltestelle erstellt werden. Das geht aber nur, wenn es eine massive Reduktion des MIV geben würde. Aber die betroffene Strasse gehört dem Kanton und darum kann die Stadt auch nicht selber entscheiden. Die beiden möglichen Lösungen sind also sehr zeitintensiv und müssen in einem separaten Geschäft behandelt werden, weil das Geschäft, das wir jetzt beraten, bis 2025 abgeschlossen sein muss, weil wir mit diesen Bussen sonst gar nie starten können.

Also geht es noch um die Haltestelle Weissensteinstrasse stadtauswärts. Diese weist einen zu engen Kurvenradius auf und auch die können die Doppelgelenkbusse nicht anfahren, weil sie sonst den Randstein überstreichen. Darum muss man die Haltestelle verschieben. Man verschiebt sie etwas weiter stadtauswärts in die Nähe der Kreuzung. Durch die Verschiebung dieser Haltestelle sind Verbesserungen für die Velos machbar. Ausserdem kann die Haltestelle auch hindernisfrei gemacht werden. Geplant ist eine Kaphaltestelle mit einem niveaugleichen Einstieg und natürlich auch mit taktilen Elementen, damit sie allen Vorgaben des BehiG entspricht. Für die Velos gibt es eine Umfahrung. Und das ist recht wichtig, weil die Haltestelle an einer Velohauptroute liegt. Das heisst, es wird wirklich auch für die Velos eine gute Lösung geben. Nach der Umfahrung dieser Haltestelle kommt eine Ampel und dort wird man auch die Ampelschaltung anpassen müssen, damit die Velos nach Umfahrung des Busses nicht vor dem Rotlicht warten müssen, sondern weiterfahren können. Wie man das genau macht, wird man im Laufe des Projekts noch ausarbeiten.

Die Kosten des ganzen Projekts finden Sie im Vortrag. Ich liste nicht alles auf, aber das beläuft sich auf insgesamt 1,37 Millionen Franken. Die PVS empfiehlt Ihnen das Geschäft einstimmig zur Annahme, weil die Erstellung einer neuen Haltestelle an der Weissensteinstrasse für die Einführung dieser Doppelgelenk-Trolleybusse notwendig ist. Zudem wird durch die Umgestaltung auch eine velohauptrouten-taugliche und BehiG-konforme Lösung erbracht.

Die PVS hat aber auch noch zwei Anträge formuliert, die ich noch kurz begründe. Sie beziehen sich auf die BehiG-konforme Umgestaltung weiterer Haltestellen, die jetzt nicht zu diesem

Projekt gehören. Antrag 1 bezieht sich auf die Haltestelle am Bahnhof. Wie bereits erwähnt, soll diese erst im Zuge des Projekts Stadtraum Bahnhof und der zweiten Tram-Achse hindernisfrei werden. Beide Projekte werden aber sicher nicht vor 2035, höchstwahrscheinlich noch einiges später, umgesetzt. Der Bahnhof ist aber der wichtigste Umsteigeknotenpunkt der Stadt Bern. Und gerade, weil wir jetzt die Linie 10 entkoppeln – der eine Teil wird mit Bussen und der andere mit Trams bedient – werden dort noch mehr Menschen umsteigen müssen. Darum fordert der Antrag PVS, dass im Rahmen des Projektes geprüft wird, ob man die Haltestelle trotzdem behindertengerecht ausgestalten kann. Das BehiG würde eigentlich verlangen, dass schon bis 2023 sämtliche Haltestellen auf Stadtboden BehiG-konform sind. Das wird man niemals erreichen, aber zumindest für einen so wichtigen Knotenpunkt wie dem Bahnhof muss es nach Meinung der PVS eine Lösung geben, bei der man nicht bis 2035 warten muss. Auch Antrag 2 bezieht sich auf die Haltestelle Weissensteinstrasse stadteinwärts. Wie bereits erwähnt, ist es hier nicht sehr einfach, diese hindernisfrei zu gestalten, weil der Kanton einen Teil des Landes hat. Vielleicht müsste man auch noch Land dazukaufen. Das werden langwierige Prozesse. Darum fordern wir, dass man das Projekt jetzt startet, weil man davon ausgehen kann, dass es auch bei einem zeitnahen Beginn doch noch sehr lange gehen kann. Die PVS bittet Sie auch diese zwei Anträge anzunehmen.

Fraktionserklärungen

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die GB/JA!-Fraktion wird dem Geschäft natürlich zustimmen. Seit Jahren wird eine Lösung für die immer überfüllten 10er-Busse gesucht. Die ursprünglich geplante Tram-Lösung ist ja leider aufgrund der Ablehnung des Projekts Tram Region Bern nicht umsetzbar. Darum sollen jetzt die Doppelgelenk-Trolleybusse eingesetzt werden. Die sind erstens CO₂-neutral und zweitens verfügen sie auch über die nötige Kapazität, damit die Linie und damit auch der ganze ÖV attraktiv bleibt. Zur Attraktivität eines ÖV-Angebots gehört es aber auch, dass der ÖV von allen Menschen gleichermaßen genutzt werden kann, das heisst, auch von Menschen mit einer Beeinträchtigung. Auch sie sollen sich frei und selbstbestimmt im öffentlichen Raum bewegen und ÖV nutzen können. Aus diesem Grund sind unserer Fraktion die PVS-Anträge sehr wichtig. Wir werden sie unterstützen und hoffen, Sie machen das auch. Das Geschäft nehmen wir an.

Michael Ruefer (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Wenn ich richtig gerechnet habe, sind heute rund Zweidrittel der Flotte von Bernmobil elektrisch. Gerechnet wird in sogenannten Sitzplatzkilometern, wie das in der Fachsprache heisst. Bis 2030 sollen es mehr als 90 Prozent sein; natürlich unter der Voraussetzung, dass nicht jede umgerüstete Bushaltestelle, die es eben dafür auch braucht, auf eine Beschwerde stösst. Wir begrüssen ausdrücklich, dass der ÖV seinen Vorteil, Energieeffizienz und Klimaschonung ausspielt und gegenüber dem MIV weiter vorwärtsmacht. Energieeffizienz und die Klimaneutralität sind die schlagenden Argumente für einen starken ÖV, auch dann, wenn der MIV nach und nach elektrisch wird.

Mit der Umrüstung der Linie 10 kann man mehrere Fliegen mit einer Klappe erledigen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass es auf dieser Linie eigentlich ein Tram oder irgendein anderes Verkehrsgefährt wie eine U-Bahn brauchen würde, um die Kapazitäten zu bewältigen. An Bern ist es ja bekanntlich nicht gescheitert. Und diverse Studien sind jetzt in der Region am Laufen. Mit der Beschaffung der neuen Doppelgelenk-Trolleybusse macht man jetzt also nicht nur klimapolitisch, sondern auch bei der Kapazitätsbewältigung einen ersten Schritt vorwärts. Die GLP/JGLP-Fraktion begrüsst den Fokus dieses Projekts, der darauf gerichtet ist, dass man sagt, als Stadt müssen wir nur dort Anpassungen vornehmen, wo es unbedingt nötig ist, hier konkret bei der Haltestelle Weissensteinstrasse. Und trotzdem gibt es für uns ein kleines Aber. Aus unserer Sicht hat man bei der BehiG-konformen Umgestaltung so wichtiger Haltestellen wie Bahnhof, Monbijou, Hirschengraben ein bisschen zu wenig genau hingeschaut.

Uns ist auch bewusst, dass man hier nicht alle der sechs betroffenen Haltestellen sofort BehiG-konform umbauen kann. Ins Geld gehen bekanntlich die Verschiebung von Wartehallen, Anpassungen von Werkleitungen und Veränderungen am Strassenraum. Ich liess mir erklären, dass es relativ schwierig zu beziffern ist, wie teuer eine BehiG-konforme Umgestaltung im einzelnen ist. Bei Gesamtprojekten liegen sie naturgemäss tiefer als bei separaten Projekten, bei denen es immer eine Extrabaustelleninstallation braucht. Man rechnet in der Finanzplanung im Schnitt mit Kosten von 350 000 Franken pro Haltestelle.

80 Prozent aller Haltestellen, insgesamt also 346 Haltestellen von Bernmobil, müssen noch angepasst werden – knapp die Hälfte davon im Rahmen von ordentlichen Sanierungsprojekten. Für rund 100 Haltestellen braucht es einen Rahmenkredit, den uns der Gemeinderat demnächst vorlegen wird. Da rechnet man mit etwa 24 Millionen Franken. Im Fall der meistfrequentierten Haltestellen der Linie 10 Monbijou, Hirschengraben und Bahnhof gibt es Abhängigkeiten mit dem Gesamtprojekt Stadtraum Bahnhof. Wir haben es schon gehört: Zweite Tram-Achse, ZBB und Gleisersatz im Monbijou. ZBB, das wissen wir alle, wir haben es auch gerade in der Zeitung lesen können, steht hoffentlich schon bald vor der Türe. Aber jetzt mit diesen Korrekturen im Hirschengraben sieht es relativ anders aus. Dort startet man jetzt mal, das wurde auch gerade kommuniziert, nächstes Jahr mit einer Testplanung. Und zur zweiten Tram-Achse ist eine Studie bei der Regionalkonferenz am Laufen. Bei den Projekten Stadtraum Bahnhof und zweite Tram-Achse ist klar: Sie werden sicher nicht heute oder morgen realisiert, sondern wohl eher in einem Zeithorizont 2040 plus. Aus unserer Sicht sollte man sich zur Umsetzung des BehiG bei diesen stark frequentierten Haltestellen, vor allem eben beim Bahnhof, nicht allzu stark von Projekten abhängig machen, die in allzu ferner Zukunft realisiert werden und heute noch mit einer Prise Vorsicht zu geniessen sind. Entsprechend unterstützen wir Antrag 1 PVS, dass man nochmals prüft, was man bei der Haltestelle Bahnhof machen kann, was sehr zentral ist. Zu Antrag 2 PVS haben wir Stimmfreigabe beschlossen.

Direktorin TVS *Marieke Kruit*: Ich danke der Referentin für das sehr sorgfältige Vorbereiten und Vorstellen des Geschäfts. Die Förderung der E-Mobilität ist dem Gemeinderat natürlich ein wichtiges Anliegen, genauso wie ein gut funktionierendes ÖV und ein sicheres Verkehrssystem. Die Umstellung der Fahrzeugflotte auf elektrisch betriebene Busse entspricht auch dem Ziel der Eignerstrategie von Bernmobil und leistet natürlich auch einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der städtischen Energie- und Klimastrategie.

Es wurde schon erwähnt, dass die Tram-Lösung von der Könizer Bevölkerung leider abgelehnt wurde. Darum sollen künftig auf der Linie 10 Doppelgelenk-Trolleybusse fahren. So können die alten Dieselbusse, die 2025 das Ende ihrer Lebensdauer erreichen, durch E-Busse ersetzt werden, womit der CO₂-Ausstoss natürlich reduziert wird. Die Linie 10 ist wirklich enorm stark ausgelastet. Bernmobil stösst in Spitzenzeiten deutlich an die Grenzen des Machbaren. Mit diesen Doppelgelenkbussen können wir für die nächsten 20 Jahre die nötigen Transportkapazitäten schaffen.

Wir haben, genau wie Köniz, eine Mitwirkung durchgeführt. Die öffentliche Zustimmung war sehr hoch. Ich hoffe natürlich, dass die Zustimmung hier auch hoch ist, damit wir mehr Kapazität schaffen und die Elektrifizierung vorantreiben können.

Zu den Anträgen: Die beiden Anträge der PVS unterstützt der Gemeinderat natürlich. Die hindernisfreie Umgestaltung der Haltestellen ist ihm ein wichtiges Anliegen. Wir müssen diesbezüglich vorwärtsmachen. Wir werden vieles im Rahmen laufender Projekte machen, aber wir werden Ihnen auch einen Rahmenkredit zu den Haltestellen vorlegen, die nicht im Rahmen anderer Projekte umgestaltet werden. Deshalb werden wir das Thema hier noch einmal diskutieren.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 1 PVS zu. (61 Ja, 0 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 042
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 2 PVS zu. (61 Ja, 1 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 043
3. Der Stadtrat stimmt dem so bereinigten Projektierungs- und Ausführungskredit zu. (63 Ja, 0 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 044

8 Geschäftsreglement des Stadtrats (GRSR); Teilrevision; Änderungsantrag des Büros des Stadtrats: Monatliche Auszahlung Sitzungsgeld (Art. 12 GRSR) und keine Papierauflage der Kleinen Anfragen (Art. 65 GRSR); 2. Lesung

2020.SR.000164

Antrag der Aufsichtskommission

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag der Aufsichtskommission vom 3. September 2021 zur Teilrevision des Geschäftsreglements des Stadtrats (GRSR) vom 12. März 2009.
2. Er stimmt dem folgenden Ergänzungsantrag der Aufsichtskommission zu den Revisionsanträgen des Büros des Stadtrats gemäss Ziffer 3 zu: (**fett=neu**)

Art. 44 Präsenzliste *nachweis*

Bei ihrem Erscheinen im Grossratssaal tragen sich die Mitglieder des Stadtrats auf einer Liste ein. **erfassen ihre Präsenz mittels eines elektronischen Zeiterfassungssystems.** Die Liste **elektronische Zeiterfassung** ist massgebende **dient als** Grundlage für die im Protokoll festzuhaltende Präsenz **und die Ausrichtung des Sitzungsgeldes.**

3. Der Stadtrat beschliesst folgende Revision des Geschäftsreglements des Stadtrats gemäss den Anträgen des Büros des Stadtrats vom 12. August 2020

Art. 12 Entschädigungen

1-5 [unverändert]

6 Das Stadtratssekretariat rechnet die Sitzungsgelder ab und zahlt sie jeweils quartalsweise aus.

Art. 65 Kleine Anfrage

1 [unverändert]

2 Die Kleine Anfrage wird dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht. Die Antwort des Gemeinderats wird spätestens am zweiten auf die Kenntnisnahme folgenden Sitzungstag traktandiert. Die Beantwortung der Kleinen Anfrage erfolgt schriftlich mittels E-Mail bis spätestens um 11 Uhr des Sitzungstages. *und wird als Tischvorlage verteilt.*

3 [unverändert].

4. Die Änderungen treten 30 Tage nach dem rechtskräftigen Beschluss des Stadtrats in Kraft.
5. Die Stadtkanzlei wird mit der Aufnahme der Änderungen in der amtlichen städtischen Rechtssammlung beauftragt.

Bern, 13. September 2021

Synopsis und Anträge

GRSR neu, Änderungsanträge Büro

Art. 12 Entschädigungen

1-5 [unverändert]

~~6 Das Stadtratssekretariat rechnet die Sitzungsgelder ab und zahlt sie jeweils quartalsweise aus~~

Anträge AK / SR zu den Anträgen Büro

SVP¹:

⁶ Die Monatsabrechnung muss überprüfbar sein (Datum, Zweitangabe, Dauer und Art Sitzung; Stadtrat, entsprechende Kommission, Delegation etc.).

	<p>Eventualantrag AK zur Redaktion von Antrag SVP²: ⁶ Die Monatsabrechnungen <i>der Mitglieder des Stadtrats enthalten Angaben über Datum, Zeit, Art und Dauer der Sitzungen.</i></p>	<p>Be- schluss s Stad- rat i.S. Pen- den- zen- berg vom 10.11. 2022: Art. 65 Kleine Anfra- ge</p>
	<p>AK³: Art. 44 Präsenzliste <i>nachweis</i> Bei ihrem Erscheinen im Grossratssaal tragen sich die Mitglieder des Stadtrats auf einer Liste ein. erfassen ihre Präsenz mittels eines elektronischen Zeiterfassungssystems. Die Liste elektronische Zeiterfassung ist massgebend dient als Grundlage für die im Protokoll festzu- haltende Präsenz und die Ausrichtung des Sitzungsgeldes.</p>	<p>10.11. 2022: Art. 65 Kleine Anfra- ge</p>
<p>Art. 65 Kleine Anfrage ¹ [unverändert] ² Die Kleine Anfrage wird dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht. Der Antrag des Gemeinderates wird am zweiten auf die Kenntnisnahme folgenden Sitzungstag traktandiert. Die Beantwortung der Kleinen Anfrage erfolgt schriftlich mittels E-Mail bis spätestens um 11 Uhr des Sitzungstages. und wird als Tischvorlage verteilt.</p>	<p>SVP⁴: ³ Den Fragestellern (Erstunterzeichnende) werden die Antworten zusätzlich in Papierform auf den Tisch gelegt; dies, sofern sie nicht auf den Erhalt in Papierform ausdrücklich verzichtet haben.</p> <p>SVP⁵: ⁴ Es ist zusätzlich eine genügend grosse Anzahl in Papierform aufzulegen.</p> <p>Simone Machado, GaP⁶: [...] und wird in Papier zur Verfügung gestellt.</p>	<p>¹ [un- verän- dert] ² Die Na- ch Einrei- chung der Klei- nen Anfra- ge</p>

wird diese dem Stadtrat *elektronisch* zur Kenntnis gebracht.

³ Die Antwort des Gemeinderates wird **dem Stadtrat** spätestens am zweiten auf die Kenntnisnahme folgenden Sitzungstag um 11.00 Uhr **elektronisch** **zugestellt.** **Traktandiert wird die Antwort des Gemeinderats nicht.**

AK-Sprecher Szabolcs Mihalyi (SP): Ich mache es kurz. Es geht um einen Antrag der Fraktion SVP, der im Zusammenhang mit den Entschädigungen verlangt, dass in einem zusätzlichen Absatz des Artikels festgehalten wird, dass die Monatsrechnungen der Stadträtinnen und Stadträte überprüfbar sein müssen. Die AK hat den Antrag SVP ausführlich diskutiert und stimmt ihm grundsätzlich zu. Es ist klar, dass die jetzige Abrechnung in dieser Form nicht wirklich verständlich ist. Das haben wir alle schon gesehen. Aber in der Kommission wurde klar, dass inzwischen schon Bemühungen im Gang sind, dass die Lohnabrechnungen für die Stadtratsmitglieder verbessert werden. Die Fraktionspräsidienkonferenz hat sich kürzlich auch damit befasst. Das Ratssekretariat hat dem Direktionspersonaldienst der Direktion PRD den Auftrag erteilt, zusammen mit den zuständigen Informatikverantwortlichen die Monatsabrechnungen zu überarbeiten. Die Fraktionspräsidien und auch die AK haben gesehen, dass auch aufgrund finanzieller Überlegungen der Antrag nicht eins-zu-eins umgesetzt werden könnte. Es ist vor allem auch eine Ressourcen- beziehungsweise eine Geldfrage und es muss auch nicht alles direkt im GR SR festgehalten werden. Aufgrund dieser Tatsachen lehnt die AK den Antrag SVP ab.

Wir lehnen auch den Antrag SVP zu Artikel 12 ab. Weil es keine Redaktionskommission des Stadtrates gibt, wollen wir aber im Falle einer Annahme des Antrags einen Eventualantrag für die Redaktion des Antrags SVP stellen. Was die Kleinen Anfragen betrifft, so habe ich festgestellt, dass das während meiner Corona-Abwesenheit schon bereinigt wurde.

Fraktionserklärung SP/JUSO

Szabolcs Mihalyi (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die aktuelle Lösung bei den Lohnabrechnungen der Stadtrats-Mitglieder ist unbefriedigend, aber die SP/JUSO-Fraktion stellt sich auch dahinter, dass das von den zuständigen Stellen in Kürze gelöst wird. Daher sehen wir keine Notwendigkeit einer Änderung durch den Stadtrat. Ich erlaube mir allerdings noch darauf hinzuweisen, dass die Stadtratsmitglieder nicht die einzigen sind, die solche Abrechnungen bekommen. Es gibt über 100, wenn nicht sogar 200 Leute, wenn ich das richtig sehe, die in irgendwelchen Kommissionen der Stadt, sei es in den Schulkommissionen oder in den Kommissionen des Gemeinderats ehrenamtlich tätig sind. Für sie gibt es bis auf weiteres auch keine Lösung. Man sollte vielleicht darüber nachdenken, das auch mal zu machen. In diesem Sinne empfehlen wir als Fraktion das Geschäft zur Annahme.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Eine kurze Zwischenbemerkung: Wir sind in der zweiten Lesung. Alle Anträge wurden also schon einmal begründet und besprochen. Ich weiss, dass diese Einlassung nicht auf viel Liebe stösst. Nichtsdestotrotz bin ich dankbar, wenn Sie sich auf neue Sachen beschränken, die wir in der ersten Lesung noch nicht gehört haben.

Alexander Feuz (SVP) zu den Anträgen SVP: Ich begründe die Anträge ganz kurz. Vor allem eine Änderung ist für mich von Interesse. Ich werde das Fraktionsvotum anschliessen, weil unser Mitglied in der AK, Thomas Glauser, krank ist und ich für ihn eingesprungen bin. Zum Antrag. Wir haben den Eventualantrag AK gesehen und sind zur Überzeugung gekommen, dass dieser dem entspricht, was wir wollen. **Darum ziehe ich den Antrag SVP zurück. Den Eventualantrag AK zur Redaktion des Antrags stellen wir als neuen Antrag SVP.** Er scheint mir sinnvoll. *Liest den Antrag vor.* Wenn wir diese Angaben haben, ist die Abrechnung nachvollziehbar. Damit kennt man den Mecano und die Sache ist nachvollziehbar, so wie der Eventualantrag AK und jetzige SVP-Antrag es verlangen. Ich bitte Sie, dem zuzustimmen. Allen anderen Anträgen stimmen wir zu. Für uns ist wichtig und für mich ist es eine Anstandssache, dass den Fragestellern die Antwort zugestellt wird. Es gibt viele Leute, die unterwegs sind. Die Kleinen Anfragen werden jetzt wahrscheinlich schubladisiert. Sie erscheinen nicht einmal mehr auf der Traktandenliste. Ich verlange keine postalische Zustellung. Das bringt nichts. Aber man sollte es hier im Ratsaal drin haben, damit man weiss, worum es geht. Für mich ist der Antrag sinnvoll, auch damit man eine genügende Anzahl in Papierform auflegt, damit die Leute, die an einem Thema interessiert sind, Kenntnis davon haben. Sie haben jetzt immer das Hohelied auf die Effizienz gesungen; auch vorhin wieder von Seiten der GLP wurde immer von Effizienz gesprochen. Aber für mich ist das doch eine Selbstverständlichkeit. Wenn man nicht Kenntnis von den kleinen Anfragen hat, dann werden die Leute ähnliche Kleine Anfragen oder weitere Vorstösse einreichen. Damit entsteht noch viel, viel mehr Aufwand. Ich habe die Reglementsänderung sowieso Blödsinn gefunden, aber die Mehrheit hat das beschlossen. Das akzeptieren wir. Aber stimmen Sie diesen Anträgen zu, so wie ich sie begründet habe. Ich bitte Sie, auch dem neuen Antrag SVP, der dem alten Antrag AK entspricht, zuzustimmen.

Fraktionserklärung

Marcel Wüthrich (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Manchmal hat es seine Tücken, wenn man die erste Lesung in der zweiten Lesung nicht mehr weiterverfolgt. So wie ich es verstanden

habe, lautet der Antrag des Büros zu Artikel 12, Absatz 6 zu streichen. Damit müsste man den Antrag SVP nicht mehr annehmen. Darum sind wir dafür, dass wir dem folgen, und auch Artikel 44, in dem es eben gemäss AK einen Präsenznachweis geben wird, würden wir ebenfalls zustimmen. Alle anderen Anträge lehnen wir ab.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 1 SVP ab. (5 Ja, 55 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 045
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 3 AK zu. (61 Ja, 0 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 046
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 4 SVP ab. (5 Ja, 58 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 047
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 5 SVP ab. (5 Ja, 58 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 048
5. Der Stadtrat stimmt der bereinigten Teilrevision zu. (57 Ja, 6 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 049

- Traktandum 12 wird vorgezogen. –

12 Motion Fraktion AL/GPB-DA/PdA+ (Mess Barry, parteilos/Daniel Egloff, PdA): Kinderfreundliche Velostadt Bern

2016.SR.000214

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.
Bern, 15. Februar 2017

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Einreichenden: Wenn Sie den Vorstoss anschauen, sehen Sie, dass er vor mehr als sechs Jahren eingereicht wurde. Und jetzt ist er traktandiert. Er ist schon längstens nicht mehr aktuell, weil es das Angebot «Bern rollt», diesen Veloverleih, schon länger nicht mehr gibt. Es macht keinen Sinn, darüber zu diskutieren. **Darum ziehe ich in Absprache mit den anderen Mitunterzeichnenden diesen Vorstoss zurück.**

10 Fortsetzung vom 28.11.2022: Motion Fraktion SP/JUSO (Halua Pinto de Magalhães/Fuat Köçer, SP): Ganzjähriges Aktionsprogramm gegen Rassismus – Neuaufgabe der Aktionswoche gegen Rassismus zum zehnjährigen Jubiläum

2018.SR.000130

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.
Bern, 17. Mai 2017

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Ich will das gerne erledigt wissen. Es noch in das nächste Jahr zu schleppen, wäre sehr mühsam. Wir sind in der Beratung stehengeblieben. Wir haben den Einreichenden Halua Pinto de Magalhães gehört. Wir kommen jetzt zu den Fraktionserklärungen.

Fraktionserklärung

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Es ist jetzt bereits 22.25 Uhr. Mir scheint es mutig, heute das Geschäft noch durchzupfeitschen

Sie müssen sich die Forderungen der Motionäre anschauen. Wir lehnen sie klar ab. Sie wollen die 10. Auflage der Aktionswoche. Schon das zeigt wieder die Taktik: Steter Tropfen höhlt den Stein. Das wollen Sie wahrscheinlich. Es muss einfach Geld ausgegeben werden. Jetzt, nachdem ich die ganze Entwicklung mit Woke gesehen habe, nachdem es ein Konzertverbot gegen einen Weissen mit Rastalocken gab, muss ich sagen, das ist völlig kontraproduktiv. Das geht völlig in die falsche Richtung. Die Leute haben langsam genug. Ich finde, es ist doch immer ein Kompliment, wenn jemand versucht, etwas aus einer anderen Kultur aufzunehmen, das gut ist; beispielsweise den Anorak. Das war früher ein Kleidungsstück der Eskimos. Jetzt trägt man das auch hier. Ich frage Sie: Wenn jemand in Schwarzafrika in einem Anzug und Lederschuhen herumläuft, ist das dann auch kulturelle Aneignung? Für mich ist es ein falscher Weg. Ich sage Ihnen ehrlich, dass ich es nicht richtig finde, dass sich die Mohrenzunft jetzt umbenannt hat.

Stadtratspräsident Manuel C. Widmer unterbricht das Votum: Wir sprechen zum Thema –

Alexander Feuz (SVP) setzt das Votum fort: Allgemeine Ausführungen darf man doch zum Rassismus noch anbringen, sonst ist es eben Diktatur. Bei anderen –

Stadtratspräsident Manuel C. Widmer unterbricht das Votum erneut: Kommen Sie bitte zurück zur Sache.

Alexander Feuz (SVP) setzt das Votum fort: Also ich bin nach wie vor der Meinung – und lege formell Protest gegen den Unterbruch ein –, ein Redner sollte eine gewisse Freiheit haben in der Bearbeitung des Themas. Das sind meine allgemeinen Ausführungen gewesen. Ich bin der Meinung, wenn der Kampf gegen den Rassismus dazu führt, dass eine Zunft zu Mohren nicht mehr Zunft zu Mohren heissen darf, dann ist das ein falscher Ansatzpunkt. Für mich ist das alles kontraproduktiv. Es ist doch eine Ehre, wenn jemand sagt, wir gehören zur Mohrenzunft. Und das soll jetzt Rassismus sein. Ich finde es auch einen Witz, wenn man keine Tobler Mohrenköpfe mehr nehmen darf.

Der Stadtratspräsident ermahnt den Votanten erneut, zum Thema zu kommen.

Alexander Feuz (SVP) führt sein Votum fort: Ich hoffe, dass, wenn das nächste Mal irgendjemand von der linken Seite ein bisschen vom Thema abschweift, auch eingegriffen wird. Ich protestiere gegen diese Vorgehensweise und halte das dann auch im Schlussvotum fest. Das Aktionsjahr soll durch eine grössere, ganzjährige Kampagne verstärkte Aufmerksamkeit im öffentlichen Raum schaffen. Entsprechende zusätzliche Mittel seien bereitzustellen. Man will noch mehr Geld ausgehen für Sachen, die ich falsch und verfehlt finde. Für die künftige Ausgestaltung des Aktionsprogramms gegen Rassismus sollen die Erfahrungen aus dem Aktionsjahr evaluiert und eventuell eine Ausweitung der Aktionswoche konzipiert werden. Ziele, die wir ablehnen, soll man nachher noch mit weiterem Geld bewerben. Viertens: Für eine mögliche Neuausrichtung von Aktionswochen solle eine vertiefte thematische Auseinandersetzung geprüft werden. Dies könne beispielsweise im Rahmen einer sich über einen längeren Zeitraum hinziehende Veranstaltung stattfinden in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren. Es geht um Steuergeld für etwas, das absolut in die falsche Richtung geht. Sie haben es ja heute Abend gesehen, man darf nicht einmal mehr Kritik anbringen, wenn eine Zunft sich umbenennt.

Sie haben gerade gesehen, wie sich die Diktatur eben auswirken kann. Sie haben jetzt gerade als bestes Beispiel den Stadtratspräsidenten erlebt, der uns kujonieren und vorschreiben will, was wir sagen dürfen und was wir nicht sagen dürfen.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Ich wollte nur, dass Sie zum Thema zurückkommen. Und das Thema ist eine Woche, die bereits seit zwei Jahren vorbei ist.

Erich Hess (SVP) für die Fraktion SVP: Rassismus? Gibt es das in der Schweiz, gibt es das hier in der Stadt Bern? Nein, es gibt keinen Rassismus. Es gibt entweder Leute, die sich hier in unserem Land integrieren, und solche, die sich nicht integrieren. Die sollen nachhause gehen und dort können sie sich aufführen, wie sie wollen. Dafür müssen wir keine Aktionswoche durchführen, für die der Steuerzahler wieder einen Haufen Geld hinauswerfen muss. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite wollen sich Wohltätigkeitsorganisationen und Möchtegern-Sozialarbeiter mit Steuergeldern unter dem Strich wiederum gesundstossen.

Leute, die sich integrieren wollen, kenne ich genug. Das sind gut integrierte Ausländer. Ich kenne aber auch genug schlecht integrierte Ausländer, die zu faul zum Arbeiten sind, den ganzen Tag nur Flausen im Kopf haben und dem Steuerzahler auf dem Portemonnaie sitzen. Da hilft aber jede Aktionswoche gegen Rassismus hinten und vorne nichts. Wie entsteht Rassismus oder das, was Sie als Rassismus anschauen? Das sind gewisse Vorurteile, die wir gegen gewisse Leute haben. Ja, aber die entstehen nicht aus dem Nichts heraus. Die entstehen daraus, dass eben gewisse Gruppierungen sehr viel mit Drogen handeln. Aus anderen Ländern haben wir auch Leute, die in die Schweiz kommen, die aber nie mit Drogen handeln. Wieso werden dann gewisse Leute eher als Drogenhändler angeschaut als die anderen? Das hat aber mit Rassismus nichts zu tun. Das hat mit Tatsachen zu tun. Fertig.

Ich bitte Sie, die Freiheit, die Demokratie und die Eigenverantwortung von uns allen aufrechtzuerhalten, und nicht die Leute mit solch dämlichen Aktionen unnötig zu beeinflussen und Gehirnwäsche zu machen. Ich bitte Sie, den Vorstoss ganz klar abzulehnen.

Valentina Achermann (SP): Das ist kein Einzelvotum. Ich stelle **einen Antrag**. Der Vorstoss stammt aus 2018 und Punkt 1 und 2 beziehen sich auf das Jahr 2020. Das heisst, wenn wir ihn annehmen, können wir das gar nicht mehr umsetzen, und darum möchte ich Sie bitten, die Punkte 1 und 2 abzuschreiben, sollten wir den Vorstoss annehmen. Ich überlasse das Wort Halua Pinto de Magalhães. Ich weiss, es ist 22.30 Uhr, aber es sollte erwachsenen Personen trotzdem noch möglich sein, respektvoll zu bleiben.

Einzelvoten

Halua Pinto de Magalhães (SP): Ich bin natürlich sehr unglücklich, dass der Vorstoss schon letztes Mal in letzter Minute behandelt wurde. Ich konnte mein Votum halten und nachher wurde die Diskussion abgeklemmt. Dafür sind Sie alle in diesem Raum verantwortlich. Wofür soll man Vorstösse einreichen, wenn man sie nicht diskutieren kann? Klar, es ist jetzt gerade unglücklich gelaufen.

Es ist schon vorbei. Deshalb muss ich der Ratshälfte hier auch Recht geben. Dann hätte ich den Vorstoss gerade so gut zurückziehen können. Um jetzt noch auf das zu reagieren, was gesagt wurde: Sie haben es leider nicht wirklich verstanden. Es ist hier um die Institutionen gegangen, die sich mit Rassismus auseinandersetzen. Es ist nicht um gewisse Gesellschaftsdynamiken gegangen, die jetzt in der öffentlichen Diskussion sind. 1969 war das Jahr der Ratifizierung der internationalen Konvention für die Eliminierung von Rassenungleichheit als Reaktion auf die Vorkommnisse im zweiten Weltkrieg, die Sie vielleicht schon wieder etwas vergessen haben. 1994 hat man in der Schweiz das Anti-Diskriminierungsgesetz in Kraft gesetzt und mit dem muss man eben auch Ressourcen freischaffen. Das ist auch der Grund, wieso unter anderem jetzt auf Gemeindeebene auch mit Bundesgeldern eben solche Programme durchgeführt werden. Und die führen wir schon seit zehn Jahren durch. Sie werden auch in Zukunft durchgeführt werden. Dagegen müssen Sie eine Verfassungsinitiative auf

Bundesebene machen oder auf Bundesebene einfach das Gesetz ändern. Aber wir können auf städtischer Ebene natürlich mit unseren Institutionen, bei denen wir einen Einfluss haben, darüber diskutieren, wie wir das gerne ausgestalten möchten. Wie ich im Vorstoss dargelegt habe, bin ich der Meinung, dass einmal in der Woche (*verbessert sich*) einmal im Jahr eine Woche lang über dieses Thema reden nicht reicht. (*An die SVP*) Danke für das hämische Lachen hier von der Seite. Ein bisschen Anstand sollte man also schon erwarten können. Ich habe nichts mehr zu sagen.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Ich muss noch anmerken, dass Frau Gemeinderätin Franziska Teuscher sich entschuldigen lässt. Für sie ist es natürlich wegen dieser kurzfristigen Umstellung nicht möglich, hier zu sein. Sie lässt ausrichten, dass ihr das Thema wirklich wichtig ist.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion als Richtlinie erheblich. (42 Ja, 12 Nein, 8 Enthalten) [Namen](#) 050
3. Der Stadtrat stimmt der Abschreibung der Punkte 1 und 2 zu. (61 Ja, 1 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 051
4. Er nimmt die Antwort des Gemeinderats zur Motion als Begründungsbericht zur Kenntnis.

Tom Berger (FDP) für eine persönliche Erklärung: Liebes Grünes Bündnis, ich muss mich zuhänden des Protokolls in aller Form bei Ihnen entschuldigen. Ich habe Ihnen beim Traktandum über die Förderbeiträge für die Sportvereine unterstellt, dass Sie 2020 für eine Streichung waren. Das stimmt nicht. Sie haben die Streichung abgelehnt. Sie haben damals den SBK-Minderheitsantrag, die Streichung rückgängig zu machen, unterstützt. Es tut mir extrem leid, dass meine Falschaussage jetzt medial aufgenommen wurde. Ich habe das sofort gemeldet. Die erste Runde Bier für Ihre Fraktion im «Volver» geht auf mich. Und wenn die Falschaussage morgen immer noch in der Zeitung ist, dann gibt es am 8. Dezember noch etwas mehr Bier. Excusé, es tut mir wirklich leid, es war keine Absicht.

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Fortsetzung der Beratung von Traktandum ... und die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

- | | | |
|----|----------------|---|
| 9 | 2020.SR.000247 | Geschäftsreglement des Stadtrats (GRSR); Teilrevision; Antrag des Büros des Stadtrats: Änderungen zum Kommissionsgeheimnis (Art. 35 und Art. 36 GRSR); 2. Lesung |
| 11 | 2016.SR.000262 | Motion Fraktion SP (Halua Pinto de Magalhães): Westwind plus – Kinder- und Jugendkulturprojekt für Holligen |
| 13 | 2017.SR.000215 | Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Sozialhilfe an militante Islamisten/Extremisten und Reisen von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen ins Ausland: Stopp dem Missbrauch! Es braucht endlich ein griffiges Konzept! |
| 14 | 2016.SR.000218 | Postulat Fraktion SP (Katharina Altas/Marieke Kruit): Wohnen mit Dienstleistungen - Stadt Bern soll die Versorgungslücke für EL-Beziehende und RentnerInnen mit bescheidenem Einkommen schliessen |

- 15 2016.SR.000284 Postulat Michael Daphinoff und Milena Daphinoff (CVP): Weiterführung der kirchlichen Infrastruktur mit weltlicher Ausrichtung
- 16 2022.BSS.000055 Projekt «KIT23»: Investitionskredit Programm «Weiterentwicklung der Schul informatik-Plattform»; Projektierungskredit
- 17 2022.SR.000144 Dringliche Interpellation Fraktion FDP/JF (Tom Berger/Vivianne Esseiva, FDP): Wer bezahlt den technischen Support für «base4kids» an den Stadtberner Schulen?

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Dringliche Motion Erich Hess (SVP): Keine Subventionen für Zwangsheiraten
2. Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Stopp der geplanten Einschränkungen der Pauli-Zustellungen in Bern! Stopp unnötiger Ressourcenverschwendung!
3. Kleine Anfrage Vivianne Esseiva (FDP) und Dolores Dana (FDP): Auswirkungen Ausfall Nationalbankgelder auf die Stadt Bern
4. Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Florence Schmid, JF): Zwangsheiraten im Haus der Religionen
5. Kleine Anfrage Milena Daphinoff (Mitte) und Florence Schmid (JF): 45 Mio. Darlehen von der FIFA – Ausnahme oder Regel?
6. Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Tom Berger, FDP): Was erhofft sich der Gemeinderat von der Umfrage «Rosengarten, was machst du?»
7. Interfraktionelle Motion AL/PdA, GB/JA! (David Böhner, AL/Katharina Gallizzi, GB): Freiraum statt Planraum
8. Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Stopp der Diskriminierung in Betrieben, die von der Stadt gefördert werden und mit denen ein Leistungsvertrag besteht!
9. Kleine Anfrage Alexander Feuz (SVP): Was kostet die städtische Fehlplanung bei der Einschränkung der Hauszustellung der Post? Wer hat diese politisch zu verantworten?
10. Kleine Anfrage Alexander Feuz (SVP): Wasser predigen und Wein trinken auf Kosten der Steuerzahler?

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 22.38 Uhr

Namens des Stadtrats

Der Präsident

X

für das Protokoll

X

Manuel C. Widmer

Anita Flessenkämper